

Entscheiden Finanzmärkte alles? Sandleben zeigt: Der Weltmarkt besteht aus der Entwicklung der Nationalökonomie und ihrer Außenwirtschaft. Das sind zwei Seiten einer Medaille. Wer die Globalisierung entfesselt oder gezügelt sehen will, muss sich Gedanken über Außen- und Binnenmärkte gemacht haben. Der Autor entwickelt seine ungewöhnliche These durch eine Kritik des Hilferdingschen »Finanzkapitals«.

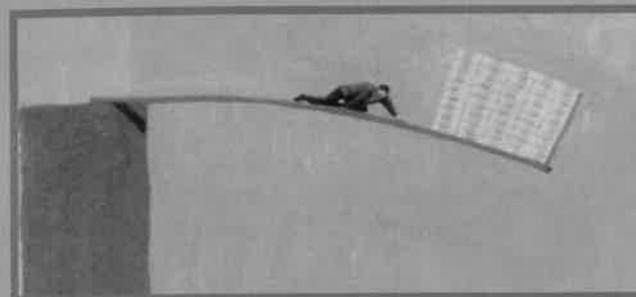
Warum gliedert sich die Welt überhaupt in Nationalstaaten? Sandleben zeigt zweierlei: Auf diese Frage haben die Wirtschaftswissenschaften keine Antwort. Woran es ihnen fehlt, ist eine Vorstellung von der Reproduktion wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verhältnisse. Inwiefern einem Staat mehr oder minder entwickelte Reproduktionsstrukturen zugrundeliegen, ist für die Problemstellung erheblich. Was Marx im »Kapital« und Luxemburg in »Die industrielle Entwicklung Polens« behandelt haben, ist, wie der Autor anregend auseinandersetzt, wegweisend.

Und zu welchem Resultat gelangt Sandleben? »Meine Theorie des Gesamtkapitals verstehe ich als Gegenthese sowohl zur Theorie des Finanzkapitals als auch zu der daraus abgeleiteten Globalisierungsthese.« Danach habe es die Globalisierung immer mit dem Setzen und Verändern von Grenzen zu tun. »Die Staaten setzen das ökonomische Werk ihrer Gesamtkapitale mit politischen Mitteln fort, wenn sie ihre äußeren Grenzen fixieren und diese je nach Bedarf durch außenpolitische Maßnahmen besonders schützen.«

Guenter Sandleben

Guenter S.

Nationalökonomie & Staat



**Zur Kritik der Theorie
des Finanzkapitals**

Guenter Sandleben ist Finanzmarktanalyst einer mittelgroßen Bank. Aus seiner fast 20jährigen Praxis kennt er das »Innenleben« des Finanzkapitals, den Umfang, aber auch die Grenzen dieser Macht. Nach dem wirtschaftswissenschaftlichen Studium in Dortmund und Berlin war er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter mit dem fachlichen Schwerpunkt Geschichte der ökonomischen Theorie tätig. Während dieser Zeit setzte er sich kritisch insbesondere mit der Klassischen Politischen Ökonomie und der Marxschen Theorie auseinander. Bis heute hält er als Lehrbeauftragter die Verbindung zur Hochschule aufrecht. Einige Aufsätze zu den Themen New Economy, Wirtschaftspolitik sowie über Globalität und Nationalität sind bereits erschienen.

Guenter Sandleben

Nationalökonomie & Staat

Zur Kritik der Theorie des Finanzkapitals

VSA-Verlag Hamburg

Inhalt

Einleitung	7
Kapitel 1	
Die Nationalstaaten unter dem Diktat des Finanzmarkts?	11
1. Die Imperialismusdebatte	11
Globalisierungstheorie als Weltwirtschaftslehre 12/Das Finanzkapital in der klassischen Imperialismustheorie 13/Die Renaissance der Imperialis- mustheorie in den 1970er Jahren 14	
2. Globalisierung einer Geldwirtschaft	17
Global operierendes Geldkapital 19/Finanzkapital und Nationalstaat 24/ Der Staat in der »Globalisierungsfalle« 27/Zusammenfassung 29	
Kapitel 2	
Das Finanzkapital – eine Kritik der klassischen Theorie bei Hilferding	31
1. Zur Konstitution des Finanzkapitals	32
Machtgewinn der Banken durch Mobilisierung des Kapitals 33/Macht- entfaltung durch den Kapitalkredit 34/Die Börse – »Mutter aller verrück- ten Formen« 38/Aktien- und Beteiligungsbesitz 40/Bankkapital – ein »Geldausdruck für fungierendes Kapital« 41	
2. Der Gründergewinn – eine wundersame Wertschöpfung der Börse	44
3. Das Finanzkapital und die Einschränkung der freien Konkurrenz	48
4. Vollständige Aufhebung der freien Konkurrenz durch das Generalkartell	51
5. Zusammenfassung	53

Kapitel 3

Die Konstitution des Weltmarkts

durch Nationalökonomien 56

1. Reproduktion und Börse 58
Zur Kernstruktur des Reproduktionsprozesses 58/Börse und fiktives Kapital: Über die tatsächliche Macht der Fondsmanager 60
2. Zur Konstitution eines Gesamtkapitals 66
Verschlingung der Einzelkapitale 66/Gesetz des Profitratenausgleichs 67/
Integration aller Einkommenskreisläufe 68/Besonderheiten in der Reproduktionsweise – Einfache Reproduktion 70/Akkumulation 71
3. Wie aus einem Gesamtkapital eine Volkswirtschaft
(Nationalökonomie) entsteht 73
4. Vielzahl von Nationalökonomien 78
Territoriale Fixierung des Kapitals 78/Das gesellschaftliche System der Produktivkräfte 84/Widerspruch zwischen Gleichheit des Kapitals und Ungleichheit der Profitraten 90

Kapitel 4

Warum gliedert sich die Welt in Nationalstaaten?

Auf der Suche nach einer Erklärung 93

1. Theorien über die Konstitution von Nationalökonomien 93
Merkantilisten: Handelskonflikte erhalten nationale Bedeutung 93/
Klassiker: Nationalökonomien mit Eigengesetzlichkeit 97/Marx: Weltmarkt, dessen integrierende Teile die einzelnen Länder sind 101/Rosa Luxemburg: Von der Nationalökonomie zur nationalen Frage 103/
Wirtschaftswissenschaften: Was ist Nationalökonomie? 106
2. Globalisierung zwischen Setzen und Verändern von Grenzen ... 110
Trennung von Politik und Ökonomie 111/Völker – Grenzen der Globalisierung? Zur Legende vom Werden der Nationen 116/Die populistische Seite der Nation 121

Ergebnis 128

Literatur 131

Einleitung

In der heutigen Globalisierungsdebatte taucht an zentraler Stelle der Begriff des Finanzkapitals auf. Darunter versteht man Kapital überwiegend in der Form von Aktien, Anleihen und Derivaten, die unter Inanspruchnahme der modernen Kommunikationstechnik in Sekundenschnelle über die Ländergrenzen hinweg und von jedem Ort der Welt aus gekauft und wieder verkauft werden können. Das Finanzkapital soll hochgradig mobil sein und dazu eine »imperialistische Tendenz« enthalten. Die Börse gilt als die Hauptarena des Kapitals und der Portfoliomanager als ihr eigentlicher Akteur. Aus dem Begriff des Finanzkapitals folgt als Konsequenz die Globalisierungsthese. Danach entsteht eine »neue Internationale des Kapitals«, mit dem Finanzkapital als »Kraftzentrum der Globalisierung«. Die Finanzmärkte würden zu Richtern und Geschworenen jeder Wirtschaftspolitik, ein Sonderweg sei unmöglich geworden. In dieser globalisierten Welt konkurrierten die Staaten um die Gunst der Kapitale, indem sie versuchten, Kapital durch Herstellung attraktiver Bedingungen ins Land zu locken. Dieser »intergouvernementale Wettbewerb« wird inzwischen unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Variationen breit thematisiert, aber immer unter der Basisannahme, dass das Kapital hochgradig mobil sei. Eine solche Anschauung kann aus einer sehr trüben Quelle schöpfen – aus Hilferdings Theorie des Finanzkapitals.

Allerdings bezieht sich darauf noch eine andere, mehr kritische Strömung. Bereits die klassische Imperialismuskonzeption, die bei näherem Hinsehen keineswegs als bescheidener Vorläufer einer Globalisierungsdebatte, sondern als ein Höhepunkt betrachtet werden sollte, stellte den damals von Hilferding formulierten Begriff des Finanzkapitals in den Mittelpunkt. Dies taten vor allem Lenin und Bucharin. Anfang der 1970er Jahre erlebte die Imperialismuskonzeption eine Renaissance und mit ihr der Begriff des Finanzkapitals, der auch auf diesem Weg Eingang in die Globalisierungsdebatte finden konnte.

In der vorliegenden Schrift soll gezeigt werden, dass die Globalisierungsdebatte durch ihre Fokussierung auf den Begriff des Finanzkapi-

tals einer Reihe von Mystifikationen aufsitzt, die zu falschen ökonomischen und politischen Konsequenzen führen mussten. Diese inhaltliche Kritik erweitere ich in zweifacher Hinsicht:

Erstens berücksichtige ich die theoriegeschichtlichen Bezüge der heutigen Debatte. Dabei wird sich zeigen, dass die klassische Theorie des Finanzkapitals, die der spätere österreichische Finanzminister Rudolf Hilferding in seinem 1910 erschienenen Buch »Das Finanzkapital« aufstellte, eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung für die heutige Globalisierungsdiskussion besitzt. Allerdings ist man weit davon entfernt, die theoretische Tiefe des Klassikers zu erreichen. Im Vergleich dazu bewegt sich die derzeitige Diskussion auf vulgärökonomischem Niveau. Indem ich die komplexere, entwickelte Vorstellung vom Finanzkapital widerlege, kritisiere ich zugleich deren heutige vulgäre Form.

Zweitens vertiefe und erweitere ich meine Kritik an der Theorie des Finanzkapitals bzw. an der daraus abgeleiteten Globalisierungsthese durch eine eigene positive Darstellung. Ich versuche nachzuweisen, dass ökonomische Gegenkräfte zur Globalisierung real vorhanden sind, die in der Globalisierungsdebatte schlicht übersehen werden. Dieser blinde Fleck folgt notwendig aus einem mystifizierten Begriff des Finanzkapitals, wodurch der wirkliche Reproduktionsprozess ausgeblendet wird.

Mit diesem Überblick ist die Gliederung des vorliegenden Buches umrissen: Im ersten Kapitel setze ich mich mit der aktuellen Globalisierungsdebatte auseinander, soweit sie in der Theorie des Finanzkapitals eine theoretische Fundierung erhält. Darstellung und Kritik stehen im Vordergrund. Daneben weise ich die theoriegeschichtlichen Wurzeln der Debatte nach, die zunächst zurückreichen bis zur Imperialismuskritik der 1970er Jahre, tatsächlich aber noch tiefer verankert sind. Der mit heute vergleichbare »Globalisierungsschub« vor dem ersten Weltkrieg bildete eine geschichtliche Grundlage für die Hilferdingsche Theorie des Finanzkapitals, die man aufgrund ihrer bleibenden Bedeutung sowie ihrer entwickelten Gestalt als »klassisch« bezeichnen kann. In einer vergleichenden Analyse zeige ich, dass hinter den heutigen Vorstellungen als komplexes Theoriegebäude der klassische Begriff des Finanzkapitals steht.

Das zweite Kapitel thematisiert dann die Hilferdingsche Theorie des Finanzkapitals, deckt deren Irrwege und Mythenbildungen auf, weist nach, dass durch das Abrücken vom tatsächlichen Reproduktionsprozess die Weichen falsch gestellt worden sind. Hilferdings merkwürdige,

aber dennoch aktuell gebliebenen Ansichten sind vor allem der Börsenwelt entnommen, dem dahinter stehenden zinstragenden Kapital, das Marx seiner Mystifikationen wegen als »die Mutter aller verrückten Formen« bezeichnete. Marx konnte natürlich nicht ahnen, dass gerade einer seiner berühmtesten »Nachfolger« solche »Verrücktheiten« auf die Spitze treiben würde. Es bedarf hier keiner längeren Erörterung, dass ich Hilferdings Vorstellungen aus der Sicht der heutigen Globalisierungsdebatte beleuchten werde, also alles andere nur keinen verstaubten dogmengeschichtlichen Streit um längst vergessene Theorien vom Zaun brechen möchte. Meine Kritik zielt deshalb in erster Linie auf die Teile der Hilferdingschen Theorie, die in der Globalisierungsdebatte meist stillschweigend als Voraussetzungen formuliert werden.

Im dritten und vierten Kapitel vollende ich meine Kritik an der Theorie des Finanzkapitals und der daraus abgeleiteten Globalisierungsthese durch eine positive Darstellung der Verhältnisse von Ökonomie und Staat. Im Vordergrund steht der vernachlässigte wirkliche Reproduktionsprozess. Als den Springpunkt meiner Analyse sehe ich die Theorie der Gesamtkapitale, die sich entlang ihrer Verwertungsgrenzen separieren, die Form von eigenständigen Volkswirtschaften bzw. Nationalökonomien annehmen und die Voraussetzung für die Staaten und Nationen bilden. Die eigentliche Schwierigkeit der Analyse besteht darin, die Nationalökonomien sowohl in ihrer notwendigen Vielzahl als auch in ihrer ökonomischen Eigenständigkeit – gewissermaßen als Gebilde eigener Art – nachzuweisen. Vernarrt in den Begriff des Finanzkapitals hat die Globalisierungsdebatte diese Kategorie völlig ausgeblendet, und die volkswirtschaftliche Theorie tut dies ebenfalls, indem sie nicht davor zurückschreckt, die Frage nach der Konstitution von Volkswirtschaften, was die Frage nach ihrem eigenen Gegenstand beinhaltet, in den Datenkranz abzuschieben.

Das wichtigste Resultat dieser Analyse besteht in dem Nachweis ökonomischer Grenzen der Globalisierung, die durch die Konstitution eines volkswirtschaftlichen Systems fixiert werden. Meine Theorie des Gesamtkapitals verstehe ich als Gegenthese sowohl zur Theorie des Finanzkapitals als auch zu der daraus abgeleiteten Globalisierungsthese. Durch eine Erweiterung der Analyse auf den Staat bzw. die Nation lassen sich jetzt auch die staatlich-nationalen Grenzen beurteilen, von denen manche Globalisierungsgegner hoffen, dass sie als Barriere gegen die ökonomischen Kräfte der Globalisierung eingesetzt werden könn-

ten. Ich versuche zu beweisen, dass solche politisch-nationalen Grenzen keine Eigenständigkeit gegenüber der Ökonomie besitzen. Dahinter stehen die Grenzen der Gesamtkapitale. Die Staaten setzen das ökonomische Werk ihrer Gesamtkapitale mit politischen Mitteln fort, wenn sie ihre äußeren nationalen Grenzen fixieren und diese je nach Bedarf durch außenpolitische Maßnahmen besonders schützen.

Für manche Globalisierungsgegner, die politische Mittel gegen die ökonomischen Kräfte der Globalisierung einsetzen wollen, muss diese Erkenntnis sehr ernüchternd sein: Politisch wird zwar die Globalisierung begrenzt, jedoch es sind Grenzen, die das nationale Gesamtkapital ökonomisch bereits besitzt. Einer Antiglobalisierungsbewegung bedarf es dazu jedenfalls nicht; die vom Gesamtkapital stumm geschaffenen Grenzen sind Hindernis genug, um die Globalisierung in einer vom jeweiligen nationalen Kapital gewünschten Weise einzudämmen. Das Bedürfnis nach stärkerer Regulierung und Begrenzung globaler Kräfte wächst notwendig aus einer ökonomischen Struktur heraus, die durch einen (globalen) Weltmarkt mit darin integrierten nationalen Gesamtkapitalen gekennzeichnet ist. Das Aufgreifen solcher Interessen ist zwar notwendig für die Nationalstaaten, kann jedoch kein Ansatzpunkt für eine Bewegung sein, die sich die Umgestaltung gerade jener Struktur zum Ziel gesetzt hat.

Kapitel 1

Die Nationalstaaten unter dem Diktat des Finanzmarkts?

Es dürfte kaum einen Zweifel darüber geben, dass die moderne Globalisierungsdebatte erst in den 1990er Jahren einsetzte. Der theoretische Diskurs erhielt seine Impulse durch eine Reihe globaler Ereignisse: Dazu gehörten der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus samt Wiederherstellung einer nun wieder einheitlichen kapitalistischen Welt, die rasche Zunahme des Welthandels und der Auslandsinvestitionen, die Deregulierung der Finanzmärkte, die mit der Revolutionierung der Informations- und Kommunikationstechnik entstandene »Verdichtung von Raum und Zeit«, der Aufschwung der Weltbörsen, verbunden mit einer gewaltigen Aufblähung des an der Börse gehandelten Wertpapiervermögens, die Umorientierung der Unternehmen in Richtung Finanzgeschäfte, der durch globalisierte Finanzmärkte scheinbar erzwungene »Lohn- und Sozialabbau«.

1. Die Imperialismusdebatte

Der Sache nach ist die Globalisierungsdebatte allerdings bedeutend älter. Bereits zu Beginn des vorigen Jahrhunderts schien die Wirtschaft in den Augen der damaligen Zeitzeugen von einer Internationalisierungswelle erfasst zu werden. Durchaus vergleichbar mit heute fiel die Aufmerksamkeit auf die rasche Zunahme des Kapitalexports und des Außenhandels, auf die wachsende Bedeutung der Banken und der Börsen, auf technologische Revolutionen des Transport- und Kommunikationswesens sowie auf die internationalen Fusionswellen. In seinem ungestümen Drang nach Akkumulation eroberte das Kapital alle noch freien Flecken des Erdballs, schuf gewaltige Kolonialreiche, stießen die Länder in der Konkurrenz um profitable Absatz- und Rohstoffmärkte schroff aufeinander, rüsteten auf, militarisierten sie mehr und mehr ihre Außenpolitik, scheuten sich immer weniger davor zurück, den Krieg als ein

politisches Mittel einzusetzen, der dann schließlich 1914 zum Weltkrieg eskalierte.

Globalisierungstheorie als Weltwirtschaftslehre

Die »Globalisierungsdebatte« der damaligen Zeit fand unter den Titeln »Weltwirtschaft« und »Imperialismus« statt. Wie stark verbreitet bereits die Vorstellung von einer Globalökonomie und eines Weltstaates waren, zeigt ein entsprechender Literaturüberblick, den Bernhard Harms einige Jahre vor Beginn des Ersten Weltkriegs in seinem mehrfach aufgelegten Buch »Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, Versuch der Begründung der Weltwirtschaftslehre« gegeben hat. Ein Stück Theoriegeschichte scheint sich zu wiederholen, wenn Harms die Globalität der Wirtschaft, die er Weltwirtschaft nannte, auf solche Tendenzen zurückführte, die in der heutigen Globalisierungstheorie erneut eine große Rolle spielen. Er nannte die Entwicklung der Kommunikations- und Transportmittel, die sprunghafte Ausweitung des internationalen Warenauschs, eine Zunahme der Kapitalanlagen im Ausland, die wachsende Bedeutung der Finanzmärkte, Änderungen in der Unternehmensorganisation (Entstehung »internationaler Unternehmen« und übernationaler Monopole, Trustbildungen) und schließlich eine wachsende Zahl privater und staatlicher internationaler Vereinbarungen.¹

Wenn Harms den Einfluss der drahtlosen Telegraphie auf die Finanzmärkte schildert, wird man leicht an einige Wirkungen der modernen High-Tech-Kommunikation erinnert: »Täglich laufen an den Haupthandelsplätzen der Erde die Telegramme ein und berichten über Marktverhältnisse... Die Orders werden telegraphisch erteilt, rückgängig gemacht, erweitert, ganz wie es das täglich sich ändernde Bild der Gesamtwetterlage erfordert... Angebot und Nachfrage der ganzen Welt (werden) miteinander in Beziehung gesetzt. Dazu kommt die telegraphische Geldüberweisung.«² Die Zunahme des Aktienkapitals zeige, wie »beweglich heute das internationale Kapital« sei.³ Das durch Fortentwicklung der Kommunikationstechnik an Mobilität gewonnene »Finanzkapital«, hier noch als Börsenkapital aufgefasst, tritt bereits in der Harmsschen Weltwirtschaftslehre als ein Hebel der Globalisierung in Erscheinung.

¹ Harms (1912), S. 119-316

² Harms (1912), S. 142f.

³ Harms (1912), S. 233

Harms wählt als Grundlage seiner Weltwirtschaftstheorie eine »reine Wirtschaftslehre« ohne räumlichen und zeitlichen Bezug. Die Begriffe seiner zeitlosen Ökonomie werden dabei in grober Verletzung der eigenen Voraussetzungen den Besonderheiten der kapitalistischen Epoche entnommen. Haushalte und Unternehmen, wie sie sich sowohl in der Trennung als auch in der besonderen Zwecksetzung erst in der Neuzeit herauszubilden beginnen, werden als ewig gültige menschliche Einrichtungen angesehen. Hier zeigt sich ein Fehler, der die Geschichte der Globalisierungstheorie wie einen roten Faden durchziehen sollte: Die historisch spezifischen Umstände der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ihre besonderen Formbestimmungen, werden nicht klar herausgearbeitet, werden mal mehr mal weniger übersehen und mit der stofflich, technischen Seite des gesellschaftlichen Lebens verquickt.

Für den Kapitalbegriff hatte dies fatale Konsequenzen. Wenn die Besonderheit, die das Kapitalverhältnis beinhaltet, in der »reinen Wirtschaftslehre« als allgemein menschliches Verhältnis angesehen wird, dann führt dies zu einer verkürzten Auffassung vom Kapital. In einer solchen Vorstellungswelt kann Kapital kaum mehr sein als ein Ding, das im gesellschaftlichen Verkehr genutzt wird, mit der besonderen Eigenschaft, sich zu vermehren. Als Kapital können dann völlig verschiedene Dinge auftreten: Produzierte Produktionsmittel, mit der Fähigkeit, einen Profit zu erzeugen, verleihbares Geld, Anleihen oder Aktien. Das Ausblenden der spezifisch kapitalistischen Formbestimmungen wiederholt sich – wengleich in weniger auffälliger Weise – selbst in der klassischen Imperialismustheorie.

Das Finanzkapital in der klassischen Imperialismustheorie

Den kritischen Part der damaligen »Globalisierungsdebatte« vertrat die Imperialismustheorie. Die entsprechenden Autoren orientieren sich überwiegend an der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie und benutzen diese Theorie in kritischer Absicht als einen »Steinbruch«, um sich die zeitgeschichtlichen, ökonomischen wie politischen Entwicklungen plausibel zu machen. Mit einer solchen Instrumentalisierung leiteten jene Kritiker eine Vulgarisierung der Marxschen Theorie ein, worauf hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann. Entsprechend der von mir beabsichtigten Fokussierung auf das Finanzkapital möchte ich lediglich die Theorie Hilferdings hervorheben, die bis heute richtungsweisend geblieben ist. Bereits damals diente diese Theorie Lenin und

Bucharin als Grundlage für ihre inzwischen als klassisch geltenden Imperialismusauffassungen. Unter dem Finanzkapital verstanden sie das Kapital in Geldform, das unter der Herrschaft der Banken steht, zugleich aber in industrielles Kapital verwandelt werde. Oder knapp entlang eines griffigen Hilferding-Zitats formuliert: »Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.« Gemeinsam sahen sie den Wendepunkt vom Konkurrenzkapitalismus hin zum Imperialismus in dem Übergang von der Herrschaft des Kapitals hin zur Herrschaft des Finanzkapitals unter Einschluss der Monopolisierungstendenzen.

Die Grundlagen waren gelegt, auf denen selbst die heutige Globalisierungsdiskussion noch steht: der angebliche Triumphzug der Banken bzw. ihrer Fondsmanager, die hohe Mobilität des Finanzkapitals durch die angenommene Geldform, die hiermit verbundene große Bedeutung der Wertpapiere, vor allem der Aktie, die Hegemonie des Kapitals in Geldform gegenüber dem Industrie- und Handelskapital, die Erpressbarkeit von Staaten.

Aus der Summe solcher Bestimmungen brauchten dann moderne Globalisierungstheoretiker nur noch die Schlussfolgerung ziehen, dass durch das mobile Finanzkapital die Wirtschaft mehr und mehr in Richtung einer einheitlichen Weltökonomie globalisiert werde, worin die Nationalstaaten ihre Bedeutung verlieren müssten.

Die Renaissance der Imperialismustheorie in den 1970er Jahren

Die klassische »Globalisierungsdebatte« trat allmählich in den Hintergrund, als mit den beiden Weltkriegen und der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 der Welthandel zerfiel und die nationalen Volkswirtschaften wieder stärkere Aufmerksamkeit erhielten. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte der Welthandel – ausgehend von einem stark geschrumpften Umfang – eine neue Phase der Expansion, wodurch die fast schon vergessene »Weltwirtschaftsdebatte« zunächst als Imperialismuskonversation der 1970er Jahre und schließlich in Gestalt der aktuellen Globalisierungsdebatte eine Renaissance erlebte. Möglicherweise schlägt das Pendel bald wieder zurück in Richtung einer stärkeren Betonung der volkswirtschaftlichen Besonderheiten.

Die Diskussion der 70er Jahre orientierte sich zunächst an der klassischen Imperialismustheorie. Dies begünstigte eine Rezeption des Hilferding'schen Begriffs des Finanzkapitals. Besonders eng an die klassi-

sche Imperialismustheorie Leninscher Prägung lehnten sich solche Autoren an, die sich der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus verpflichtet fühlten. Für sie bildete die Leninsche Imperialismustheorie die entscheidende wissenschaftliche Basis für die Analyse von Ökonomie und Politik des gegenwärtigen Imperialismus. Entsprechend dieser Grundausrichtung spielte der von Hilferding in die Leninsche Imperialismustheorie hinein gewanderte Begriff des Finanzkapitals natürlich eine Rolle, auf die hier nicht gesondert eingegangen werden muss.

Eine Reihe von Autoren, darunter Christel Neusüß, Bernhard Blanke sowie Elmar Altvater einerseits und Klaus Busch und Wolfgang Schöller andererseits griffen Anfang der 70er Jahre trotz mancher kritischer Bemerkungen zur Theorie Hilferdings die Vorstellungen vom Finanzkapital in einer besonderen Weise auf. Ohne diese Theorie näher zu behandeln, übernahmen sie wichtige Bestimmungen des Finanzkapitals, darunter die Vorstellung von einer generell hohen Mobilität des Kapitals.

Die Macht der Banken spielte in ihrer Argumentation noch keine Rolle, auch nicht die Stellung der Finanzmärkte. Den Grund für die Mobilität sahen sie in der allgemeinen Zirkulationsweise des Kapitals als $G - W - G'$ (Kauf von Waren, um sie teurer zu verkaufen) oder als $G - G'$ (zeitweise Fortgabe von Leihkapital gegen Zins).

Hierbei handelt es sich allerdings um die spezifischen Zirkulationsweisen des kaufmännischen oder des Zinstragenden Kapitals. Das industrielle Kapital fällt darunter nur soweit, wie es im Zirkulationsprozess erscheint; unter der allgemeinen Form des Kapitals wird also die Produktion samt der damit verbundenen kapitalbindenden Prozesse überhaupt nicht ausgedrückt, spielt demnach keine Rolle. Dies sollte weitreichende Konsequenzen haben. Indem die genannten Autoren das Kapital hauptsächlich unter der allgemeinen Form betrachteten, reduzierten sie das industrielle Kapital auf das Zirkulationskapital, identifizierten es in dieser Sichtweise mit dem Handel und dem Kreditgeschäft. Die verschiedenen Formen des Kapitals ertränkten sie im allgemeinen Kapitalbegriff.

Hilferding's Auffassung vom Finanzkapital, worin der Zirkulationsprozess und damit die Geldform die produktive Kapitalform der Industrie dominiert, erlebte in dieser zirkulationstheoretischen Sichtweise eine Renaissance. Einer solchen mobilen Geldform mussten Ländergrenzen fremd, also äußerlich sein, mussten gewissermaßen jenseits des Begriffs

liegen. Es wurde daher auch die These formuliert, dass das Kapital erst als Weltkapital »voll seinem Begriff«⁴ entsprechen würde.

Die im Unterschied dazu real existierenden nationalen Kapitale einer Volkswirtschaft schienen nur eine Art Zwischenstadium auf dem Weg in Richtung einer einheitlichen Weltökonomie zu sein. Allerdings würden die Staaten, wie man meinte, mit ihrer territorialen Fixierung einem solchen Weltkapital vorerst im Wege stehen, indem sie die Mobilität der Kapitale behinderten. Folge sei, dass durch die Existenz der Staaten die Durchsetzung des Wertgesetzes im auswärtigen Handel modifiziert werde.⁵

Das Verhältnis von Staat und Ökonomie besitzt bereits die in der heutigen Globalisierungsdiskussion anzutreffende Gestalt: Dort das mobile Kapital mit der Tendenz zur Globalökonomie und dann die Staaten als Störfaktoren, als eine dem Kapital äußere Begrenzung. Nicht die Kapitale, sondern die Staaten schaffen nach dieser Auffassung die Volkswirtschaften, indem sie die Einzelkapitale äußerlich zu einem »nationalen Gesamtkapital« zusammenfassen. Die Volkswirtschaft, nun ein Produkt des Staates, ist politisch definiert.⁶

⁴ »Denn erst als Weltkapital entspricht das Kapital voll seinem Begriff.« Altwater/Blanke/Neusüß (1971), S. 8 »Seinem Begriff, nämlich alle historischen Besonderheiten progressiv zu zerstören, wird das Kapital erst als reales Gesamtkapital auf dem Weltmarkt adäquat.« (ebenda., S. 20) Ähnliches bei Neusüß (1972), S. 96ff.

⁵ Altwater/Neusüß/Blanke (1971), S. 8ff. »Das Wertgesetz kann sich auf dem Weltmarkt nur in modifizierter Form durchsetzen. Die Grundlage dieser Modifikation ist die Möglichkeit der Brechung der Konkurrenz der Kapitale auf dem Weltmarkt durch den bürgerlichen Staat... Er setzt der freien Beweglichkeit des Kapitals Grenzen.« Ebenda. S. 16; vergleiche dazu die Monografie von Christel Neusüß (1972), S. 125ff; »In der nationalstaatlichen Verfasstheit des Kapitals ist damit die wesentliche Voraussetzung der Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt zu sehen.« Busch (1974), S. 45; vergleiche auch S. 34ff.

⁶ Die Vorstellung, wonach die Wirtschaft in der Hauptsache Weltwirtschaft sei, allerdings durch die Staaten politisch in Volkswirtschaften zergliedert werde, stellt weder eine Besonderheit jener Debatte noch ein besonderes Merkmal der gegenwärtigen Globalisierungsdiskussion dar. Es handelt sich bei dieser Vorstellung zugleich um die Grundüberzeugung der gewöhnlichen Volkswirtschaftstheorie bzw. der Außenwirtschaftslehre. Während die heutigen Volkswirte diesen Zusammenhang meist unkommentiert unterstellen, hat die ältere Theorie das Verhältnis von Staat und Ökonomie hin und wieder thematisiert. Dazu gehört in erster Linie die historische Schule, die den Staat jenseits der modernen Ökonomie ansiedelt und auf das historische Wirken absolutistischer Herrscher zurückführt. Vergleiche unter anderem Bücher (1908), S. 135 und S. 140. Die These von der Volkswirtschaft als ein »politischer Begriff« ist näher ausgeführt bei Harms (1912), S. 100ff. und Predöhl (1949), S. 12ff.

Woher kommen aber die vielen Staaten? Die Imperialismuskussion wich dieser Frage meist aus, befragte zuweilen die Geschichte und fand dort Antworten, die zwar einiges über die historische Entstehung der Staaten, nicht jedoch über deren stetige Reproduktion bekannt gaben.⁷ Es blieb ein ungelöstes Rätsel, wie auf der Grundlage eines mobilen, globalen Kapitals solche territorial fixierten Staaten entstehen und bislang überleben konnten.

2. Globalisierung einer Geldwirtschaft

Die theoretischen Weichen waren bereits gestellt, als die eigentliche Globalisierungsdebatte in den 1990er Jahren einsetzte. Dies gilt sowohl für den Kapitalbegriff als auch für das Verständnis von Staat und Ökonomie. Allerdings beinhaltet die Debatte eine Akzentverschiebung: Hatte man während der 1970er Jahre die Entwicklung hin zur einheitlichen Weltökonomie, die dem Kapitalbegriff entsprechen sollte, noch als einen langwierigen Prozess angesehen, meinte man nun unter dem Eindruck einer scheinbaren Beschleunigung der Globalisierungsdynamik, von einem solchen Endpunkt nicht mehr all zu weit entfernt zu sein. Als Motor dafür galten die mit dem spektakulären Börsenboom in den Vor-

⁷ Claudia von Braunmühl hat die Frage nach den Voraussetzungen für die Vielzahl der Staaten vergleichsweise deutlich herausgestellt. Vergleiche Braunmühl (1974), S. 39; Braunmühl (1976), S. 237. Sie sucht die Antwort aber nicht in den Reproduktionsbedingungen sondern in den »besonderen historischen Bedingungen und Voraussetzungen«, unter welchen die Staaten samt ihren Nationalökonomien entstanden sind. Braunmühl (1974), S. 39ff; Braunmühl (1976), S. 281 – 315. Dabei lässt sie den Leser im Unklaren, ob die historische Konstitution verschiedener nationaler Gesamtkapitale eine Voraussetzung der Staatenanzahl bildet, oder ob umgekehrt die nationalen Gesamtkapitale das Resultat der historischen Staatenbildung sind. In dem von den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) herausgegebenen Buch »Kapitalistische Weltwirtschaft« (1981) wird zwar die Pluralität der Gesamtkapitale als Voraussetzung der Staatenanzahl angedeutet, ohne dass jedoch dieser Zusammenhang näher entwickelt wird. Es fehlt vor allem eine ökonomische Analyse der Pluralität von Gesamtkapitalen. Statt sich zu fragen, wie sich diese Pluralität aus der Kapitalbewegung heraus stets reproduziert, sucht man den Grund dafür ebenfalls in der Geschichte: »Die Herausbildung einer Pluralität von Nationalkapitalen und damit von kapitalistischen Nationen ... verweist auf die geschichtlichen Ursprünge ihrer Entstehung. Die Begründung der Existenz dieser Vielheit in der realen Wirklichkeit des Kapitals im allgemeinen ist aus der Darstellung des Kapitals im allgemeinen selbst nicht zu begründen; die systematische Darstellung stößt hier an eine Grenze.« (S. 29) Dass dem nicht so ist, wird der Leser im dritten Teil des Buches erfahren.

dergrund getretenen Finanzmärkte, wo als Folge der High-Tech-Kommunikation globale Transaktionen in Sekundenschnelle sowie völlig ortsunabhängig unter Nutzung von »Realtime-Kursen« möglich waren. Eine »Internationale der Hochfinanz« schien sich etabliert zu haben, um das »Ende des Nationalstaats« einzuleiten.

Auf theoretischem Gebiet hat die moderne Globalisierungsdebatte kaum etwas Originelles hervorgebracht. Neue Gedanken fehlen ebenso wie eine tiefere Analyse des Verhältnisses von Ökonomie und Staat. Die Diskussion ist bis heute oberflächlich geblieben, hinterfragt nur wenig die aktuellen Entwicklungstendenzen, stellt diese kaum in einen historischen Zusammenhang, verlängert sie bruchlos in die Zukunft und vernachlässigt Gegentendenzen, so dass sich die Debatte in Widersprüche verwickelt und ihr schwerwiegende Fehleinschätzungen unterlaufen. Sie klagt die Verhältnisse mehr an, als sie zu erklären.⁸ Man bemüht sich wenig darum, die historisch spezifischen kapitalistischen Formen der Ökonomie von der technologisch-stofflichen Seite zu unterscheiden. Der Fehlschluss liegt dann nahe, aus der Fortentwicklung der Kommunikations- und Informationsmittel eine Tendenz in Richtung Globalökonomie abzuleiten, wie es bereits Harms in seiner Weltwirtschaftslehre vor rd. 100 Jahren getan hatte. Ein solcher technologischer Determinismus lässt sich nur dann vermeiden, wenn man die Tatbestände, die aus einer besonderen Wirtschaftsordnung hervorgehen, klar von den systemindifferenten trennt.

In der aktuellen Globalisierungsdebatte steht der Kapitalbegriff – wie schon in den 1970er Jahren – im Mittelpunkt, bildet gewissermaßen die Grundlage für die Globalisierungserwartungen. Als Anknüpfungspunkt dient zunächst die Vorstellung vom mobilen Geldkapital, wie sie zuvor unter Rückgriff auf Hilferdings Theorie formuliert worden ist. Hinzu kommt aber, dass die Börse mit ihrer speziellen Sichtweise des Kapitals

⁸ Mit dem in der deutschen Ausgabe formulierten Buchtitel »Der Terror der Ökonomie« hat Vivian Forrester das angebliche Diktat des Weltfinanzsystems mit samt der schrecklichen Konsequenzen für die lohnabhängigen Massen populär zu formulieren versucht. Die neue, nun globalisierte Welt wird kritisiert vom Standpunkt des kapitalistischen Industriezeitalters, als das Kapital »mit offenkundigen Garantien verbunden war wie solide (?) angesiedelte Fabriken... Die Vermögen befanden sich in Tresoren (?). Handel und Geldverkehr folgten nach vollziehbaren Kreisläufen« (1997, S. 31f.). Diese Verklärung weist zumindest in einem Punkt eine verblüffende Ähnlichkeit mit Hilferdings vorimperialistischer Epoche auf, als die Banken noch als harmlose Dienstleister der Industrie fungiert haben sollen.

eine besondere Bedeutung erhält. Durch diese zweite Komponente treten die Anschauungen Hilferdings noch stärker als während der 70er Jahre hervor.

Global operierendes Geldkapital

Im Vordergrund der Globalisierungsdebatte stehen die transnationalen Finanzmärkte, mit dem Finanzkapital als das »Kraftzentrum der Globalisierung«.⁹ Man ist sich weitgehend einig, dass der Triumphzug des Finanzkapitals irgendwann in den 70er Jahren mit der Deregulierung der Währungen begonnen habe, wodurch sich dem Finanzkapital »ungeahnte Wertschöpfungsmöglichkeiten durch Spekulationen«¹⁰ eröffnet hätten. Außerdem sei infolge stagnativer Tendenzen in der Industrie Kapital in Richtung der Finanzmärkte abgewandert, um dort die profitablen Möglichkeiten zu nutzen.¹¹ Dadurch entstehe eine »krasse Veränderung im Verhältnis zwischen produktivem Kapital und als Geld aufbewahrtem Kapital«.¹² Das Geld als »die frechste und arroganteste Form des Kapitals« soll alle übrigen Kapitalformen dominieren.

Was genau unter Finanzkapital zu verstehen ist, wie es sich abgrenzt von anderen Kapitalformen, in welchem Verhältnis es dazu steht, wird nicht näher ausgeführt. In jedem Fall soll das Finanzkapital die entscheidende Macht in der Wirtschaft bilden, durch seine Mobilität die »Realökonomie« beherrschen und selbst Staaten erpressen können. Es würde »ausgeprägte imperialistische Tendenzen«¹³ aufweisen. Als Folge seiner Geldform und seiner hohen Beweglichkeit wird das Finanzkapital

⁹ »Der Druck auf die Unternehmen und ihre Topmanager geht vom transnationalen Finanzmarkt aus, dem Kraftzentrum der Globalisierung. Der grenzenlose Aktienhandel löst die nationalen Bindungen gründlicher noch als die Vernetzung der Produktion.« Martin/Schumann (2002), S. 180. »Die simulative Geisterakkumulation des Spekulationskapitals ... ist auch logischerweise das Zentrum der Globalisierung, weil sie in einem weitergehenden Sinn als die reale Warenproduktion unmittelbar global sein kann.« Kurz (1999), S. 753

¹⁰ Biermann/Klönne (2001), S. 14

¹¹ Biermann/Klönne (2001), S. 10 und S. 15; Holloway (1995), S. 103

¹² Holloway (1995), S. 103

¹³ »Vor allem aber weist das kapitalistische System ausgeprägte imperialistische Tendenzen auf. Anstatt ein Gleichgewicht zu suchen, unternimmt es alles, um zu expandieren. Bevor es sich nicht sämtliche Märkte und Rohstoffquellen einverleibt hat, kommt es nicht zur Ruhe.« Soros (2001), S. 192

generell als »ungebunden«, »ankerlos« und deshalb als »global« charakterisiert.¹⁴

Zum Finanzkapital sollen verschiedene Kreditformen, Aktien, Anleihen, Ersparnisse, leihbares Geld und Spekulationsmittel gehören.¹⁵ Eine solche Vielfalt enthält auch die Hilferdingsche Theorie des Finanzkapitals. Da dort im Gegensatz zur heutigen Globalisierungsdiskussion der Zusammenhang der verschiedenen Formen sehr genau dargestellt wird, möchte ich den Leser auf das nächste Kapitel vertrösten, wo er eine ausführlichere Kritik daran findet. Hier gehe ich nur mit grobem Blick auf die Unterschiede ein, die innerhalb des so genannten Finanzkapitals zwischen Wertpapieren, Krediten und Leihkapital hinsichtlich der Geldform existieren.

Wertpapiere, ob Aktien oder festverzinsliche Titel, beruhen darauf, dass Geldkapital an eine Aktiengesellschaft oder an irgendeinen Kreditnehmer fortgegeben worden ist; sie sind demnach kein Geld sondern vielmehr ein Ausdruck für die Weggabe von Geld.¹⁶ Vom Standpunkt des einzelnen Besitzers stellt sein Wertpapier potenzielles Geld dar, das er durch Verkauf in Höhe des Wertpapierkurses realisieren kann. Allerdings muss er immer einen Käufer finden, der an seine Stelle tritt. Makroökonomisch, vom Standpunkt aller Wertpapierbesitzer aus betrachtet, ist eine solche Umsetzbarkeit der Wertpapiere in Geld ausgeschlossen.

¹⁴ »Geldmassen treiben ankerlos, in absoluter Freiheit um die Welt, ohne Bindung an eine gegenständliche Wirtschaft« Biermann/Klönne (2001), S. 176. »Das Hauptmerkmal des kapitalistischen Weltsystems ist die freie Bewegung von Kapital ... Und da das Finanzkapital so mobil ist, verfügt es über eine ungemein günstige Position« Soros (2001), S. 194. »In seiner Existenz als Geld ist das Kapital frei – es kann weltweit frei fließen auf der Suche ... nach Profit« Holloway (1995), S. 100. »(...) nichts ist heute mobiler als Kapital« Martin/Schumann (2002), S. 156. »Während Waren und Produktionsanlagen sperrige handfeste Dinge der Makro-Welt bleiben und deshalb nicht wirklich »ortlos« sein können, sondern an realen Orten verweilen ..., gleichen die Finanzströme des elektronischen Geldes gewissermaßen den subatomaren Teilchen der Physik, deren Ort gar nicht mehr genau bestimmt ist.« Kurz (1999), S. 753

¹⁵ »Globale Kapitalmärkte ... setzen sich zusammen aus den verschiedenen Kreditformen, Ersparnissen und Versicherungen auf der einen Seite und Spekulationsmitteln auf der anderen.« Biermann/Klönne (2001), S. 62

¹⁶ Das bei der Aktienemission in das Unternehmen geflossene Geld existiert selbst dort schon längst nicht mehr in Geldform; es diene z.B. als Vorschuss zum Kauf von Produktionsmitteln, so dass der entsprechende Kapitalwert in einer anderen, nun mehr produktiven Form fixiert ist. Bei den festverzinslichen Wertpapieren fehlt häufig genug das wirkliche Kapital. In den festverzinslichen Wertpapieren des Staates z.B. stellt sich eine Staatsschuld illusionär als Kapital dar. Hinter dem Anspruch auf Geld steht lediglich das Steueraufkommen der Zukunft bzw. eine weitere Verschuldung.

sen. Geldform und die entsprechende Mobilität erweisen sich hier als bloßer Schein. Einzelwirtschaftlich wird die fehlende Mobilität des in Wertpapieren angelegten Kapitals sichtbar, sobald die Börse von einer Verkaufspanik heimgesucht wird. Dann lässt sich bestenfalls noch ein Bruchteil des einstigen Kurses realisieren. Der Anspruch auf Geld, verbrieft im festverzinslichen Wertpapier, darf also nicht mit dem Geld selbst verwechselt werden. Ein schwerwiegender Irrtum, der den Besitzern etwa von argentinischen Staatsanleihen oder von etlichen Unternehmensanleihen, darunter die von WorldCom und Enron, in jüngster Zeit viel Geld gekostet hat.

Bei den Kreditformen, die nicht verbrieft sind, fällt die Möglichkeit der Umsetzbarkeit in Geld fort; der einzelne Kreditgeber muss auf sein Geld warten, bis die Leihfrist abgelaufen ist. Schließlich besitzen die unter das Finanzkapital einsortierten Ersparnisse nur dann eine Geldform, wenn die Geldstücke aufgeschätzt, also gehortet werden, d.h. in dem berühmten Sparstrumpf verschwinden. Erhält hingegen die Bank das Geld, dann verfügt der Sparer lediglich über ein Guthaben, über eine Forderung gegenüber der Bank, nicht aber über Geld.

Hinter dem Finanzkapital verbergen sich also disparate Dinge, die nur in wenigen Fällen tatsächlich die behauptete Geldform aufweisen. Allerdings fördert die Existenz der Wertpapiere durch deren einzelwirtschaftliche Umsetzbarkeit in Geld eine solche Geldillusion, unter der dann auch die übrigen Elemente des Finanzkapitals unterschiedslos stehen.

Der aufmerksame Leser wird ohne Bedenken die Schlussfolgerung teilen, dass sich die Beweglichkeit, Mobilität, Ungebundenheit des Finanzkapitals lediglich auf die Übertragbarkeit der Wertpapiere von einem Eigentümer auf einen anderen bezieht, nicht aber auf das Verhältnis, das dem Wertpapier zugrunde liegt. Wechselt beispielsweise ein Aktienpaket von einem US-Amerikaner des mittleren Westens hin zu einem arabischen Ölscheich aus Riad, dann ändert sich durch diese Finanztransaktion nichts an der entsprechenden Aktiengesellschaft, an dem dort vorhandenen wirklichen Kapital. Möglicherweise ändert sich personell die Kommandoebene der Aktiengesellschaft, indem ein neuer Hauptaktionär den alten Vorstand auswechseln lässt. Aber selbst diese neue Leitung wäre dem Zwang der Konkurrenz unterworfen, würde letztendlich auch nur die Verwertungsinteressen, d.h. die Erhaltung und Vermehrung des zur Aktiengesellschaft zusammengefassten Kapitals

managen, worin allerlei Möglichkeiten der Selbstbereicherung selbstverständlich eingeschlossen sind. Der »Raubzug der Manager« kennt keine subjektiven Grenzen, wohl aber objektive Schranken der Konkurrenz.¹⁷

Die Mobilität des Kapitals beinhaltet kaum mehr als den sekundenschnellen Eigentümerwechsel eines Wertpapiers vom Verkäufer hin zum Käufer, samt der damit verbundenen Geldtransaktionen. Der Wohnsitz der Eigentümer spielt unter den Bedingungen deregulierter Finanzmärkte keine Rolle, so dass ein solcher Eigentumswechsel tatsächlich zu einer globalen, territorial ungebundenen Angelegenheit wird. Nur man darf nicht in den Fehler verfallen, die Übertragbarkeit des Wertpapiers mit der Transaktion eines wirklichen Kapitals zu identifizieren. Eigentumstitel, Schuldtitel etc. können zirkulieren, ohne dass das zugrunde liegende Eigentum oder die vorhandene Schuld zirkuliert.

Das mit dem Finanzkapital in den Vordergrund gerückte Börsengeschehen erweckt den Schein, als wären die Akteure an der Börse die bewegende Kraft des Wirtschaftslebens. Vor allem die Portfoliomanager steigen in einem solchen »Finanzkapitalismus« zu den neuen Herren auf.¹⁸ Als Beispiel für die Macht der Spekulanten dient der Ameri-

¹⁷ Gerade die jüngste Börsengeschichte bietet vielfältiges Anschauungsmaterial über solche Bereicherungsaktionen. Die üppigen Gehälter der Vorstände, ihre Tantiemen und Bonusvergütungen bilden nur den offiziellen Teil; hinzu kommen lukrative Aktienoptionsprogramme, die hohen Pensionsgehälter, die vom Unternehmen bereitgestellten Villen etc. Der »Raubzug der Manager« findet seine Grenzen lediglich im Interesse der Aktionäre, die inzwischen die Öffentlichkeit durch zahlreiche Publikationen und Berichte fleißig bestellen lassen. Hier zeigt sich auf anschauliche Weise, wie ein Spezialinteresse durch das andere auf das systemkonforme Ausmaß korrigiert wird. Der Staat muss sich dann nur noch als Vollstrecker der »öffentlichen Meinung« betätigen.

¹⁸ »Die großen Krisen des vergangenen Jahrzehnts ... haben deutlich gemacht, dass die Verwalter der Pensions-, Investment- und Spekulationsfonds die neuen Herren der Geofinanz sind.« Biermann/Klönne (2001), S. 176; »An den Börsen und in den Handelsräumen der Banken und Versicherungen, bei Investment- und Pensionsfonds hat eine neue politische Klasse die Weltbühne der Macht betreten, der sich kein Staat, kein Unternehmen und erst recht kein durchschnittlicher Staatsbürger mehr entziehen kann: global agierende Händler in Devisen und Wertpapieren, die einen täglich wachsenden Strom von freiem Anlagekapital dirigieren und damit über Wohl und Wehe ganzer Nationen entscheiden können.« Martin/Schumann (2002), S. 71 Aber nicht nur die spezielle Globalisierungsliteratur interpretiert die Wirtschaftswelt als große Börsenveranstaltung, auch die wirtschaftswissenschaftliche Literatur neigt dazu, die Erfahrungen der Börsianer auf die gesamte Wirtschaft zu übertragen. Sowohl bei John M. Keynes als auch bei den Monetaristen findet man an zentraler Stelle solche Analogien. Keynes lässt in seiner Investitionstheorie den Unternehmer ohne jede Handlungszwänge frei entscheiden zwi-

kaner Georg Soros, ein der Selbsteinschätzung nach »erfolgreicher Fondsverwalter«. Vom US-Wirtschaftsmagazin als »The man who moves the markets« gewürdigt, spekulierte Soros 1992 zusammen mit einigen hundert Bank- und Fondsmanager erfolgreich auf die Abwertung des britischen Pfunds und der italienischen Lira. Er verdiente rund eine Mrd. US-\$. Dass selbst die mächtige Bank of England kapitulieren musste, dient vielen als Beleg für die neue Macht der Fondsmanager.

Das globale Finanzkapital mit seinen Fondsmanagern soll nach dieser portfoliotheoretischen Vorstellung die eigentliche Kommandoebene bilden; darunter liegt die betriebswirtschaftliche Globalisierung in Gestalt transnationaler Konzerne.¹⁹ Das Verhältnis der beiden Ebenen zueinander wird nicht näher ausgeführt; die behauptete Hierarchisierung korrespondiert allerdings mit der Theorie Hilferdings, in der die Vertreter des Finanzkapitals die betriebswirtschaftliche Globalisierung in Form von Unternehmenszusammenschlüssen beherrschen und vorantreiben

schen Sach- und Finanzinvestitionen, als hätte er es mit der Wahl zwischen Aktien und Anleihen zu tun. Das entsprechende spekulative Element zeigt sich dann auch in seiner Vorstellung von der »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals«, die stark von der psychischen Verfassung des Investors beeinflusst wird und große Ähnlichkeit mit der Renditerwartung eines Aktienanlegers aufweist. Die monetaristische Theorie definiert alle ökonomischen Subjekte als Vermögensbesitzer. Arbeiter und Unternehmer verfügen wie die Fondsmanager über ein Portfeuille, das sich nur unterschiedlich zusammensetzt. Der Zweck besteht darin, durch Umschichtungen den Wert des Portfeuillees zu steigern. Wir sehen also entlang dieser beiden Kerntheorien der modernen Volkswirtschaftslehre, wie sehr die an der Börse produzierte Vorstellungswelt das gesamte ökonomische Denken geprägt hat.

¹⁹ »Über diese Ebene der industriellen betriebswirtschaftlichen Globalisierung legt sich eine zweite Ebene der finanzkapitalistischen Globalisierung, die das eigentliche Kommando vorgibt. ... Die globalen Finanzbewegungen sind nicht mehr der monetäre Ausdruck eines entsprechenden Flusses von Waren und Dienstleistungen, sondern genau umgekehrt sind die Flüsse der realen Waren ... nur noch ein Abfallprodukt der verselbständigten »Geisterakkumulation« vom spekulativem Geldkapital.« Kurz (1999), S. 752f. Für die These, dass den transnationalen Konzernen keine entscheidende Bedeutung bei der Auflösung von Nationalökonomien und Nationalstaaten zufallen würde, hat Winfried Wolf in seinem Buch Fusionsfieber (2000) eine Reihe empirischer Belege zusammengetragen. Er kommt zu dem Schluss, dass der Prozess der Kapitalkonzentration auch heute strikt entlang nationaler Linien verlaufen würde. Dass globale Unternehmen in einem grenzenlosen Markt herumvagabundieren würden, sei ein Mythos. (S. 106ff.) Allerdings setzt Wolf den nationalen Charakter der Fusionsprozesse voraus, wenn er die Nationalität der Eigentümer als Grund anführt. Nirgends hat er einen Hinweis dafür geliefert, wie es zu der Vielzahl von Nationalitäten, also zu dem System eigenständiger Nationalstaaten kommt.

würden. Die Kritik an dieser expliziten Darstellung wird im nächsten Kapitel entwickelt.

Wenn wir die Merkmale des Finanzkapitals Revue passieren lassen, dann folgt daraus, dass ein solches Kapital weder einer territorialen Differenzierung noch einer sektoralen Untergliederung zugänglich ist. Konsequenterweise wird es in der Globalisierungsdebatte als eine weitgehend homogene Größe, als ein »globalisierter Finanzblock« oder als ein »kapitalistisches Weltssystem« ohne territoriale Bindung charakterisiert.²⁰

Finanzkapital und Nationalstaat

Die Vorstellung von einem mobilen, ankerlosen Kapital, wodurch die einst getrennten Nationalökonomien zu einer globalen, umfassenden Handlungseinheit miteinander verschmelzen, hat zur Konsequenz, dass die territorial fixierten Staaten als eine fremde, zufällige, der Ökonomie entgegenstehende Größe aufgefasst werden. Das Finanzkapital, mystifiziert als »entkoppelte Sphäre der ›Nicht-Orte‹«, trifft auf eine staatlich organisierte »territoriale Herrschaft«.²¹ Es ist klar, dass hier ein Konflikt entstehen muss, der tendenziell zu einem Niedergang der Nationalstaaten führt. An die Stelle tritt ein auf dem globalen Finanzkapital basierender Ultraimperialismus. Hardt/Negri verwenden dafür den von Foucault geprägten Begriff eines zentralisierten Empire, das seine Ursprünge in der US-Tradition souveräner Macht haben soll und entsprechend

²⁰ Das heutige Finanzkapital ist »nicht in rivalisierenden Blöcken zusammengefasst, sondern agiert als ein gigantischer Komplex...Der – wie man bezeichnen könnte – globalisierte Finanzblock trägt wesentlich zur Dämpfung großmachtpolitischer Konflikte bei.« Biermann/Klönne, S. 33; »Die Welt ist eins« Martin/Schumann 1998, S. 25. Soros wirft die Frage auf, »ob es überhaupt ein kapitalistisches Weltssystem gibt. Ich sage: ja, füge aber hinzu, dass es kein wirkliches, greifbares Objekt ist... (Es ist) nicht territorial.« Soros (2001), S. 191. Hardt/Negri interpretieren in ihrem Buch »Empire« den »kapitalistischen Markt« als eine der Maschinen, »die stets gegen jegliche Trennung zwischen Innen und Außen angerannt sind. Er wird von Grenzen und Ausschluss behindert und bemüht sich stattdessen darum, immer weitere Bereiche in seine Sphäre einzubinden... Die Verwirklichung des Weltmarkts wäre das erstrebte Ziel dieser Tendenz. In seiner idealen Gestalt gibt es im Weltmarkt kein Außen. Er umspannt den gesamten Globus.« Hardt/Negri (2002), S. 201. Von dem Kanadier Marshall Mc Luhan stammt die viel zitierte Bezeichnung vom »global village«, von der Welt als homogenem Dorf.

²¹ Kurz (1999), S. 760. Ähnlich Biermann/Klönne: »Das Finanzkapital ist längst nicht mehr staatstragend und staatsgebunden mit allen machtpolitischen Folgen; vielmehr agiert es international.« Biermann/Klönne (2001), S. 15.

der globalisierten Welt ein gleichsam abstraktes Machtmonopol sei.²² Andere Autoren schlagen zur Wiederherstellung der alten staatlichen Macht besondere Maßnahmen vor, mit dem Ziel, das »Primat der Ökonomie« durch ein »Primat der Politik« zu ersetzen.

Leider versinkt die ansonsten so wortreich geführte Globalisierungsdebatte in einen Dornröschenschlaf, wenn es um eine tiefere Analyse des Verhältnisses von Ökonomie und Staat geht. Der Staat gilt zwar als eine grundlegende, jedoch kaum hinterfragte Institution. Seine Existenz wird vorausgesetzt, bevor die Debatte überhaupt beginnt. Das Verhältnis von globalem Kapital und der Existenz verschiedener Nationalstaaten bleibt äußerlich, unvermittelt.

Etwas ausführlichere Reflexionen zu diesem Verhältnis findet man allerdings bei John Holloway und Peter Burnham.²³ Bemerkenswert ist hier die klare Fragestellung nach den Gründen für die Pluralität der Staaten. Beide Autoren werfen der Staatstheorie zu Recht vor, dieses wichtige Problem weitgehend ausgeklammert und deshalb die Voraussetzungen für diese Staatenanzahl nicht geklärt zu haben. Ihr schwungvoller Anlauf versandet aber gleich wieder in historischen Überlegungen. Nicht mehr die Reproduktion des internationalen Staatensystems und dessen moderne Voraussetzungen stellen sie auf den Prüfstand, sondern machen sich Gedanken über die historische Herausbildung des politischen Elements im Zerfallsprozess des Feudalismus.²⁴

Im Mittelpunkt der Begründung steht die Änderung des Klassenverhältnisses. Die »Befreiung der Ausbeutungsverhältnisse« von feudalaräumlichen Begrenzungen habe historisch zu einer neuen Territorialität in Form der Nationalstaaten geführt. Eine merkwürdige Konstruktion, die wenig Plausibilität besitzt. Denn die Befreiung von solchen räumli-

²² »Wir können somit den Weltmarkt als Modell verwenden, um die imperiale Souveränität zu begreifen. Michael Foucault sah im Panoptikum das Diagramm moderner Macht; vielleicht könnte der Weltmarkt in ähnlicher Weise ... als Diagramm imperialer Macht dienen. Der gekerbte Raum der Moderne schuf Orte, die beständig in einem dialektischen Spiel mit dem Außen standen und auf diesem Spiel gründeten. Der Raum imperialer Souveränität ist im Gegensatz dazu glatt... In diesem glatten Raum des Empire gibt es keinen Ort der Macht – sie ist zugleich überall und nirgends. Das Empire ist ein *ou-topia*, oder genauer: ein Nicht-Ort.« Hardt/Negri (2002), S. 201f.

²³ Vergleiche Holloway (1995); Burnham (1996)

²⁴ Die Vorstellung, wonach das sich auflösende Mittelalter ein stabiles Staatenkorsett geschaffen habe, das nun als »historische Restgröße« fortexistiert, gehört zum Allgemeinut der Historiker, wird geteilt von der Imperialismuskonzeption der 1970er Jahre und wird näher ausgeführt unter anderem von Claudia Braumnühl (1976), S. 316ff.

chen Begrenzungen beinhaltet kaum mehr als die Kapitalisierung der Produktion, die Beseitigung feudaler Regelungen, wodurch die Produzenten gehindert wurden, aus einer Produktionssphäre in die andere oder aus einem Lokalsitz der Produktion nach einem anderen überzusiedeln. Mit der Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktion verschwindet mehr und mehr die ethische Hierarchisierung der Arbeitstätigkeit, wächst die Gleichgültigkeit des in einen Lohnarbeiter verwandelten Produzenten gegen den Inhalt seiner Arbeit.

Kaum dass das Kapital die notwendige Bewegungsfreiheit durch Beseitigung genannter Hemmnisse erhalten hat, soll es sich nach territorialen Zwängen zurücksehnen und sich dabei ausgerechnet einen Nationalstaat als neue Zwangsjacke ausdenken. Merkwürdig wäre so etwas schon.

Holloway interpretiert das aus den feudalen Ausbeutungsverhältnissen herausgetretene, angeblich zum modernen Staat sich separierende politische Element hauptsächlich als ein »Moment des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, d.h. als Moment eines globalen Verhältnisses.«²⁵

Aus einem solchen Verhältnis hätte allerdings der Weltstaat als politische Form einer globalen Klassenherrschaft folgen müssen und keineswegs die behauptete »Vielheit von scheinbar selbständigen territorial getrennten Nationalstaaten«.

Generell ist einzuwenden, dass eine historische Begründung zu kurz greift, wenn es um die Frage geht, warum die Staaten bis heute fortexistieren. Man muss die modernen Voraussetzungen für die Reproduktion der Vielstaaterei entwickeln. Die Theorie des Finanzkapitals vernebelt die ökonomisch bestehenden territorialen Bezüge. Sie lässt das Rätsel entstehen, wie auf der Grundlage eines hoch mobilen, globalen Kapitals ein territorial gebundener Nationalstaat überhaupt möglich ist. Holloway spricht selbst den Widerspruch aus, ohne die darin enthaltene Brisanz zu erkennen: »Die territoriale Definition bedeutet, dass jeder Staat auf seine Weise unbeweglich ist, die im scharfen Gegensatz zur Beweglichkeit des Kapitals steht(...) das sich in Sekunden von einem Ende der Welt zum anderen bewegen kann.«²⁶ Es bleibt eine logische Ungereimt-

²⁵ Holloway (1995), S.93

²⁶ Holloway (1995), S. 95

heit, wie ein globales Kapital, gesehen als die bestimmende Macht aller Verhältnisse, in das nationalstaatliche Korsett geraten kann.

Der Staat in der »Globalisierungsfalle«

Mit der Globalität des Kapitals und der tendenziellen Auflösung der Nationalökonomien in eine einzige Weltökonomie hat sich das Konkurrenzverhältnis verschoben, von der Wirtschaft weg hinein in die Staaten.²⁷ Diese sollen um die schnellfüßigen Kapitale konkurrieren, wie die Dirnen um die Freier. Sie würden versuchen, die kapitale Laufkundschaft durch Herrichtung günstiger Standortbedingungen in ihr Revier zu locken.²⁸

Innerhalb eines solchen Konkurrenzverhältnisses werden die Staaten als erpressbar angesehen. Die »neue Internationale des Kapitals«, schreiben Harald Schumann und Hans-Peter Martin in ihrem populären Buch »Die Globalisierungsfalle«, drohe mal hier mal dort »mit Kapitalflucht und erzwingt so drastische Steuerabschläge sowie Milliarden schwere Subventionen oder kostenlose Infrastruktur.«²⁹ Keine Nation könnte sich

²⁷ »Der Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten ist kein Kampf zwischen nationalen Kapitalen, sondern ein Kampf zwischen Staaten um die Anziehung und/oder den Erhalt eines Teils des Weltkapitals.« Holloway (1995), S. 96

²⁸ Ein solcher »intergouvernementaler Wettbewerb« wird inzwischen modelltheoretisch in all seinen Verästelungen durchgespielt, ohne dass die grundsätzliche Frage geklärt wäre, wie das Verhältnis von Ökonomie und Staat tatsächlich beurteilt werden muss. Nach einem möglicherweise bestehenden inneren Zusammenhang wird gar nicht erst gefragt. Das Grundmodell des Steuerwettbewerbs geht von vielen kleinen Staaten aus, die um einen gegebenen Bestand an Kapital konkurrieren. »Kapital ist«, wie es in einem Überblick zur entsprechenden ökonomischen und politologischen Literatur heißt, »über die Grenzen hinweg vollkommen mobil und strebt immer nach der höchsten Nettoerndite, was diese international ausgleicht...Das zentrale Ergebnis der Steuerwettbewerbsliteratur ist, dass Steuerwettbewerb um mobiles Kapital zur Unterversorgung öffentlicher Güter führt.« Schulze/Ursprung (1999), S. 46f. Die in der Globalisierungsdebatte so beliebte These von der Gefährdung des »Sozial«-Staats hat auch in dieser Modellwelt ihren festen Platz.

²⁹ Martin/Schumann (2002), S. 17. Ähnlich Soros: »Und da das Finanzkapital so mobil ist, verfügt es über eine ungemein günstige Position. Es kann alle die Länder meiden, in denen es drückende Steuern und lästige Auflagen gibt. Das Kapital wird von den Finanzzentren angezogen und durch die Märkte aufgeteilt. Deshalb spielt das Finanzkapital in der heutigen Welt eine derart entscheidende Rolle, und aus dem gleichen Grund ist der Einfluss der Finanzmärkte so gewachsen.« Soros (2001), S. 194. Die Regierungen stehen, wie Soros (S. 198) weiter ausführt, »zunehmend unter dem Druck globaler Konkurrenz. Schafft ein Staat Bedingungen, die dem Kapital ungünstig erscheinen, wird dieses so rasch wie möglich versuchen, das Land zu verlassen.«

dem Druck entgegenstellen, Sonderwege wären kaum noch möglich. Die Finanzmärkte würden zu Richtern und Geschworenen jeder Wirtschaftspolitik. Es bestehe die Gefahr, dass die Demokratie durch die »Tyrannei der Finanzmärkte« und andere tatsächliche oder inszenierte Globalisierungszwänge ausgehöhlt werde.³⁰ Die »Globalisierungsfalle« schnappe zu und selbst die »Regierungen der reichsten und mächtigsten Länder der Welt erscheinen als Gefangene einer Politik, die einen Kurswechsel gar nicht mehr zulässt.«³¹

Die »Welt der Hochfinanz« macht also die Staaten zu ihren Laufbur-schen. Sie spielt sie wechselseitig aus, indem sie die eigene Mobilität sowie ihre ökonomische Macht als Erpressungsmittel einsetzt. In der Globalisierungsdebatte wird dann meist die Partei des Nationalstaats ergriffen. Aus Sorge um die Funktionsfähigkeit der Staaten, um die Beibehaltung »sozialer Standards« und um die »Demokratische Stabilität« werden mehrere Maßnahmen vorgeschlagen, die auf eine Herabsetzung der Mobilität des Kapitals (u.a. Tobin-Steuer), eine Verteidigung des »Sozialstaats« und auf eine Internationalisierung sozialer und ökologischer Standards hinauslaufen. »Die vornehmste Aufgabe demokratischer Politiker ... wird die Instandsetzung des Staates und die Wiederherstellung des Primats der Politik sein.«³²

Ökonomisch gesehen, vom Standpunkt des transnationalen Finanzkapitals, besitzt der Staat kaum noch eine Existenzberechtigung. Das

³⁰ Dahrendorf 2002; Biermann/Klönne stellen in ihrem Buch »Globale Spiele« (2001) die »globale Macht des Finanzkapitals« in den Vordergrund, wodurch die Weltwirtschaft beherrscht und die nationalen Regierungen für die eigenen globalen Interessen gefügig gemacht würden. Es entsteht, wie Noam Chomsky es einmal plastisch ausdrückte (»Finance and Silence«, Le Monde Diplomatique, Januar 1999 – englische Ausgabe) ein »virtueller Senat« des Finanzkapitals, der unabhängig von den demokratisch legitimierten Regierungen die eigentlichen Entscheidungen treffen würde. Pierre Bourdieu (Die Sachzwänge des Neoliberalismus, Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe 1998) sieht die Unternehmer von den globalisierten, hoch mobilen Finanzmärkten unter Druck gesetzt, so dass sie sich unbedingt den Erfordernissen des Marktes anpassen müssten, um nicht das »Vertrauen der Märkte zu verlieren.« Selbst die »Herrschenden« könnten sich solchen Zwängen nicht entziehen und ebenso wenig ganze Nationalstaaten, die sich der »wirtschaftlichen Freiheit« globalisierter Märkte unterordnen würden.

³¹ Martin/Schumann (2002), S. 160. Vergleiche auch Soros: »Das Finanzkapital (fließt) dorthin, wo es die größten Profitchancen sieht...Daher konkurrieren die Länder darum, Kapital anzulocken und an sich zu binden. Das Bemühen, attraktive Bedingungen für das Kapital zu schaffen, rangiert vor allen anderen gesellschaftlichen Zielsetzungen.« George Soros (1998), S. 139; vgl. auch Soros (2001), S. 194ff.

³² Martin/Schumann (2002), S. 22; ähnlich S. 223

»Ende des Nationalstaats« deutet sich an;³³ kompatibel mit dem Finanzkapitalismus wäre letztendlich ein Weltstaat, als politischer Ausdruck des »globalisierten Finanzblocks.«

Zusammenfassung

Die Bezüge der heutigen Globalisierungsdebatte zur Hilferdingschen Theorie des Finanzkapitals – sowohl in theoriegeschichtlicher als auch in systematischer Hinsicht – wurden aufgezeigt. Danach hat Hilferding die entsprechenden theoretischen Grundlagen gelegt: die Hegemonie des Kapitals in Geldform gegenüber allen übrigen Kapitalformen, die hohe Mobilität des Finanzkapitals durch die angenommene Geldform, die hiermit verbundene große Bedeutung der Wertpapiere, vor allem der Aktie, der angebliche Triumphzug der Banken bzw. ihrer Fondsmanager, globale Unternehmenszusammenschlüsse, schließlich die Erpressbarkeit von Staaten. Die theoretischen Weichen waren bereits gestellt, als die eigentliche Globalisierungsdebatte in den 1990er Jahren einsetzte. Dies gilt sowohl für den Kapitalbegriff als auch für das daraus abgeleitete Verhältnis von Staat und Ökonomie.

Auf theoretischem Gebiet hat die moderne Globalisierungsdebatte nicht nur keine neuen Erkenntnisse hervorgebracht, man fällt selbst hinter die differenzierten Gedankengänge zurück, die bei Hilferding auffindbar sind. Die Diskussion bleibt oberflächlich, hinterfragt nur wenig die aktuellen Entwicklungstendenzen, stellt diese kaum in einen historischen Zusammenhang, verlängert sie bruchlos in die Zukunft, ignoriert Gegenteilstendenzen, mit der Folge, dass sich die Globalisierungsdebatte in

³³ Albrow (1998) sieht in der Globalisierung einen derart radikalen Strukturbruch, dass er das globale Zeitalter als ein nichtmodernes Zeitalter jenseits des Nationalstaats definieren will. Thurow interpretiert die Globalisierung als einen Prozess der Entstaatlichung und deutet folgende historische Parallelen an: »Als im 20. Jahrhundert nationale Ökonomien regionale ablösen, bedeutete dies einen Macht- und Einflussgewinn für die Staatsregierungen ...Eine Globalisierung der Wirtschaft dreht diese Entwicklung wieder um, dass heißt, Staatsregierungen verlieren an Macht und Einfluss zur Regulierung ihrer Wirtschaftssysteme. Die globalen Finanzmärkte verdeutlichen dies sehr eindringlich.« Thurow (2001), S. 25 »Der Nationalstaat hört als regulative Instanz nach innen ebenso auf, »ideeller Gesamtkapitalist« zu sein, wie als strategisches Subjekt nach außen. Es gibt kein klar definierbares »Innen« und »Außen« mehr, weil sich das Bezugssystem dieser Relation auflöst. Das bedeutet auch das Ende des alten nationalen Imperialismus... In der entkoppelten Sphäre der »Nicht-Orte« wird territoriale Herrschaft sinnlos.«(Kurz (1999), S. 760

Widersprüchen verfängt und ihr schwerwiegende Fehleinschätzungen unterlaufen. Sie klagt die Verhältnisse mehr an, als sie zu erklären.

Hinter der oberflächlich, wenig differenziert geführten Globalisierungsdebatte steht eine komplexe, entwickeltere Theorie – der klassische Begriff des Finanzkapitals. Darauf soll sich die folgende Analyse richten. In der Widerlegung der Hilferdingschen Theorie findet man den Schlüssel zur Kritik der heutigen Globalisierungsauffassung. Die nachfolgende Kritik zielt hauptsächlich auf jene Teile der Hilferdingschen Theorie, die in die Globalisierungsdebatte eingegangen sind.

Kapitel 2

Das Finanzkapital – eine Kritik der klassischen Theorie bei Hilferding

Für die weite Verbreitung der Hilferdingschen Vorstellungen vom Finanzkapital lassen sich einige Gründe anführen. Hilferdings Theorie rückt die auffälligen, spektakulären Geschehnisse der Börse und die Macht der Banken in den Vordergrund, sie greift damit den populären Hass gegen Spekulanten sowie gegen Formen des Zinsgeschäfts auf, sie formuliert das gemeinsame Interesse des »realen Wirtschaftssektors« kritisch gegen das Finanzkapital. Hilferding bekämpft das Börsen- und Bankkapital – nur eine besondere Kapitalform – nicht jedoch das Kapitalverhältnis selbst. Er kritisiert Missstände einer, wie er meint, neuartigen kapitalistischen Phase, nicht aber den Normalzustand der gesamten kapitalistischen Epoche. Zudem beseitigt Hilferding die von Marx formulierte Kritik der politischen Ökonomie. Er tut dies nicht etwa dadurch, dass er diese widerlegt oder ihr wenigstens widerspricht, sondern indem er sie umarmt, scheinbar fortentwickelt. Tatsächlich aber zerstört er sie und macht sie damit integrationsfähig. Diese »Integrationsleistung« hat z.B. der Hilferding-Interpret Pietranera herausgestellt, wenn er die Theorie des Finanzkapitals als einen »genuinen und genialen Beitrag«, als eine »notwendige Brücke für die Marxsche und Nichtmarxsche Theorie« bewertet.¹

Als Rudolf Hilferding 1910 sein Buch »Das Finanzkapital« der Öffentlichkeit übergab, fand es sofort großen Beifall. Lenin nannte es eine »höchst wertvolle theoretische Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus«, Otto Bauer sah darin »das Werk, auf das wir seit langem

¹ Pietranera (1974), S. 62; Weniger tiefsinnig, der Sache nach aber in die gleiche Richtung zielend, folgender Hinweis von Biermann/Klönne (2001): »Bei seiner Begründung greift Hilferding auf die Marxschen Ausführungen zurück. Von seinen Kritikern werden ihm Unschlüssigkeit und Fehlinterpretationen vorgeworfen – eine Auseinandersetzung, die hier nicht nachgezeichnet werden soll, die aber den analytischen Wert (?) Hilferding-scher Grundthesen nicht in Frage stellt.« S. 65

gewartet haben« und Karl Kautsky sprach würdevoll vom »vierten Band des Kapitals«. Spätere Interpreten stimmten diesem Urteil weitgehend zu und deuteten, wie etwa Fred Oelßner, Hilferdings Finanzkapital als eine »bedeutsame Weiterentwicklung der Marxschen ökonomischen Theorie«. Angesichts solcher Vorschusslorbeeren lag es nahe, dass Hilferding in aller Stille zur grauen Eminenz der modernen Globalisierungsdebatte avancierte, auch wenn er nur gelegentlich als wichtiger Kronzeuge explizit angeführt wird.² Dass die Wahl einer solchen Theorie alles andere als glücklich ist, soll die nachfolgende Kritik zeigen.

Im Mittelpunkt steht Hilferdings These von der Verschmelzung des Bank- und Industriekapitals zum Finanzkapital unter der Hegemonie der Banken, wodurch der Kapitalismus in eine neue Phase, den Imperialismus, eingetreten sein soll. Wie der Imperialismus die Krönung des Kapitalismus, so sollte das Finanzkapital die Krönung aller vorangegangenen Kapitalformen sein: »Denn das industrielle Kapital ist Gott Vater, das das Handels- und Bankkapital als Gott Sohn entlassen hat, das Geldkapital ist der Heilige Geist; sie sind drei, aber doch eins im Finanzkapital.« (S. 303)³ Diese himmlische Logik des Finanzkapitals soll hier mit kritischem Geist überprüft werden.

Für den Triumphzug des Finanzkapitals macht Hilferding mehrere strukturelle Veränderungen verantwortlich, die ich weitgehend in der von ihm selbst dargestellten Reihenfolge analysieren möchte.

1. Zur Konstitution des Finanzkapitals

Im Konstitutionsprozess des Finanzkapitals sollen die Banken bereits durch die Art ihres Geschäfts eine Sonderrolle einnehmen: Sie verfügen über das notwendige Geldkapital der Wirtschaft und könnten diese Macht, wie Hilferding meinte, mehr und mehr zu ihren Gunsten ausbeuten. In Anlehnung an die Marxsche Kredittheorie zeigt Hilferding insbesondere im vierten Kapitel seines Buches, wie den Banken das

² Biermann/Klönne (2001) z.B. stellen sich bewusst in die Tradition der Hilferding-schen Analyse des Finanzkapitals, die trotz mancher aktueller Veränderungen eine »strukturelle Gültigkeit« (S. 65), eine gewisse »Zeitlosigkeit« (S. 63) für sich beanspruchen könnte.

³ Alle hier im Text genannten Seitenzahlen beziehen sich auf Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Europäische Verlagsanstalt, 2. Unveränderte Auflage 1973

verleihbare Geld zufließt. Er nennt die folgenden beiden Quellen: Erstens den Kreislaufprozess der jenseits der Banken fungierenden industriellen und kommerziellen Kapitale (bei Hilferding fälschlicherweise unter dem Begriff der »produktiven« Kapitalisten zusammengefasst). Die wichtigsten Momente der Freisetzung sind die unterschiedlich langen Umschlagszeiten der verschiedenen Kapitalteile, die Verkürzung der Zirkulations- und Produktionsperioden, Preisänderungen und nicht zuletzt der realisierte Profit, soweit dieser vom Unternehmer bzw. seinem Anhang weder konsumiert noch akkumuliert wird.

Zweitens würde den Banken das Geld aus dem vorübergehend oder auch für längere Zeit nicht genutzten Einkommen aller Klassen zufließen. All diese Gelder würden von der Bank gesammelt, zentralisiert und könnten den fungierenden industriellen und kommerziellen Kapitalisten als Kredit zur Verfügung gestellt werden.

Machtgewinn der Banken durch Mobilisierung des Kapitals

Eine hegemoniale Stellung der Banken als neue Qualität kapitalistischer Entwicklung ist daraus nicht so ohne weiteres abzuleiten. Denn die Geschäftsbeziehungen bestehen aus wechselseitigen Verpflichtungen zwischen Banken und Kunden, ohne dass eine besondere Machtquelle der Banken erkennbar wäre: Die Bank muss verleihen, um ihr Kapital zu verwerten; umgekehrt benötigen die Unternehmen das Geld, um wirklich fungieren zu können, d.h. um Investitionen oder sonstige Zahlungen zu tätigen. Hilferding beginnt den Triumphzug des Finanzkapitals mit einer willkürlichen Herangehensweise, indem er die wechselseitigen Abhängigkeiten in einseitige verwandelt, bei denen die Banken als Gewinner, die fungierenden Kapitalisten dann als die Verlierer dastehen.

»Die Verfügung über diese der Industrie unentbehrlichen Gelder gehört den Banken. Mit der Entwicklung des Kapitalismus und seiner Kreditorganisationen wächst so die Abhängigkeit der Industrie von den Banken.« (S. 308)

Eine solche Abhängigkeit ist überhaupt nicht einsehbar: Die Bank verfügt über »diese der Industrie unentbehrlichen Gelder« wie etwa der Verkäufer von Produktionsmitteln über »diese der Industrie unentbehrlichen Produktionsmittel« oder der Lohnarbeiter über »diese der Industrie unentbehrliche Arbeitskraft«. Die sachliche Abhängigkeit der Warenbesitzer untereinander lässt sich natürlich ebenso gut von der jeweils

anderen Seite aus betrachten, wonach die Banken oder die Verkäufer von Produktionsmitteln bzw. Arbeitskräften abhängig sind von einer entsprechenden Nachfrage. Die von Hilferding herausgestellte Macht der Banken erweist sich also bereits auf der ersten Stufe der Argumentation als bloße Illusion, die auf einer einseitigen und fehlerhaften Betrachtung der Geschäftsbeziehungen beruht.

Machtentfaltung durch den Kapitalkredit

Eine zweite Quelle für die Macht der Banken konstruiert Hilferding aus einer Veränderung des Kreditwesens, die er vor allem im fünften Kapitel seines Buches unter dem Titel »Die Banken und der industrielle Kredit« nachzuzeichnen versucht. Zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung soll der »Zirkulationskredit« dominiert haben. Darunter versteht er den u.a. von Marx analysierten kommerziellen Kredit, den sich die Kaufleute im Warenverkehr untereinander einräumen. Diese Kreditart beruht auf der Zahlungsmittelfunktion des Geldes (Verkauf der Ware gegen das Versprechen der späteren Zahlung). Da das Zahlungsverprechen verbrieft und damit zirkulationsfähig (Übertragbarkeit auf andere) sein kann, z.B. in Form des Wechsels, entsteht Kreditgeld. Im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung sollen zwei Modifikationen stattgefunden haben:

Die erste Modifikation betrifft den Zirkulationskredit (Handelswechsel u.a.) selbst. Dieser sei mit der Ausweitung des Bankensystems mehr und mehr durch den Bankkredit ersetzt worden, da der Wechsel als privat garantiertes Kreditgeld nur eingeschränkte Gültigkeit besitzen würde (S. 101ff.) und die Kompensation bzw. Saldierung der offen stehenden Zahlungsverpflichtungen technisch einfacher durch die Bank bewerkstelligt werden könnte. (S. 106) Die Bank erhält eine zusätzliche Bedeutung in der Wirtschaft zunächst dadurch, dass sie den kommerziellen Kredit durch ihren eigenen ersetzt und damit die unter dem ersten Punkt behauptete »Abhängigkeit der Industrie von den Banken« quantitativ steigert.

Eine neue Qualität der Abhängigkeit glaubt Hilferding in der zweiten Modifikation des Kreditwesens zu erkennen, die zu einer neuen Kreditart, dem Kapitalkredit, geführt habe. Er nennt zwei Merkmale, wodurch eine neue Macht der Banken über ihre Geschäftskunden entstehen soll: Erstens bestehe der Kapitalkredit »in Übertragung von Geld, das damit aus brachliegendem in fungierendes Geldkapital verwandelt werden soll«

(S. 109) und zweitens werde durch den Kapitalkredit nicht mehr das zirkulierende sondern das in langlebige Produktionsmittel angelegte fixe Kapital kreditiert.

»Die Bank hat ihr Kapital in das kapitalistische Unternehmen eingelegt und ist damit an dem Schicksal dieses Unternehmens beteiligt. Diese Beteiligung ist umso fester, je mehr das Bankkapital als fixes Kapital in dem Unternehmen fungiert.« (S. 113)

Die Bank hat ihr Leihkapital doch nur verliehen, also in Geldform für eine gewisse Zeit fortgegeben. Nicht mehr sie, sondern der Kreditkunde, das »kapitalistische Unternehmen« verfügt während der Kreditdauer darüber. Mit dem Ausdruck »hat eingelegt« lässt Hilferding das Kreditverhältnis verschwimmen; nun ist unklar gemacht, ob die Bank das Geld überhaupt als Kredit fortgegeben hat oder ob sie nicht vielleicht eine Beteiligung erworben hat oder gar selbst Industriekapitalist geworden ist. Für die letzte Version spricht der zweite Satz, worin Hilferding das Bankkapital unmittelbar als fixes, also direkt als Industriekapital fungieren lässt.⁴ Die Trennung zwischen Verleiher und Borger, also das Kreditverhältnis selbst, um das es hier gehen soll, ist ausgelöscht.

Bei den hier ausgewählten Zitaten handelt es sich nicht etwa um eine sprachliche Verirrung, die durch den Gesamtkontext inhaltlich entsprechend korrigiert wird. Die Verschmelzungs-These bildet den Nukleus der Theorie des Finanzkapitals. Aber genau diese Verschmelzung beinhaltet einen Selbstwiderspruch: Der Kredit unterstellt eine Trennung von Kreditgeber und Kreditnehmer, also die Trennung der Bank von ihrem Industriekunden. Behauptet wird nun das Gegenteil, die Verschmelzung, also die Beseitigung der Trennung; die Bank, die einen Kapitalkredit geben sollte, gibt dieses Geld wiederum nicht als Kredit fort, sondern scheint das Geld selbst als industrielles Kapital vorzuschießen.

Ein solcher Widerspruch kommt mit der Vorstellung herein, die Bank finanziere mit ihrem »Kapitalkredit« das in langlebigen Produktionsmitteln angelegte fixe Kapital der Industrie. Hilferding folgert dann aus der besonderen Umschlagsweise des fixen Kapitals, die eine längere Kapitalbindung beinhaltet, dass die Bank dadurch viel stärker an dem »Schicksal des Unternehmens«, an dem »ferneren Geschick« und der

⁴ Vergleiche auch die folgende Stelle: »Andererseits muss die Bank einen immer wachsenden Teil ihres Kapitals in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist.« (S. 309)

»künftige(n) Gestalt der Marktlage« beteiligt sei. »Aus dem augenblicklichen wird ein dauerndes Interesse, und je größer der Kredit, je mehr vor allem der Anteil des in fixen Kapitals verwandelten Leihkapitals überwiegt, desto größer und desto bleibender dieses Interesse.«⁵

Aber dieses Interesse verwandelt die Banken natürlich in keiner Weise in industrielle Unternehmen, sondern reduziert sich darauf, das Kreditausfallrisiko möglichst klein zu halten. Wie sehr ein solches Risiko zum Kreditgeschäft gehört, ohne dessen Grundlage zu verändern, zeigt sich beispielsweise in der von der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers abhängigen Risikoprämie, die sich die Bank gewöhnlich unter der Form des Zinses vergüten lässt.

Wenn nun die Bank durch die Kapitalkredite stärker von der längerfristigen Zahlungsfähigkeit ihrer Geschäftskunden abhängt, könnte man meinen, dass sie dadurch geschwächt würde. Diese nahe liegende Konsequenz dreht Hilferding um, verwandelt das »dauernde Interesse« der Banken in eine Fessel ihres Geschäftskunden. »Das Unternehmen bleibt an die Bank gebunden. In diesem Verhältnis pflegt die Bank der stärkere Teil zu sein. Die Bank verfügt immer über das Kapital in seiner flüssigen, stets schlagfertigen Form, über Geldkapital. Das Unternehmen aber ist angewiesen auf die Rückverwandlung der Ware. Stockt der Zirkulationsprozess oder sinken die Verkaufspreise, so ist zuschüssiges Kapital notwendig, das auf dem Weg des Kredits zu beschaffen ist... Es ist die Verfügung über das Geldkapital, was der Bank die Übermacht gibt gegenüber dem Unternehmen, dessen Kapital als Produktions- oder Warenkapital festgelegt ist.« (S. 119f.)

Die Bindung der Bank hat Hilferding in eine Bindung des Unternehmens an die Bank verwandelt. Hier wiederholt sich die bereits kritisierte Argumentationsweise, mit der wechselseitige Abhängigkeiten in einseitige verwandelt werden mit dem Ziel, eine Macht der Banken zu konstruieren. Alle Risiken der Banken werden herausgefiltert oder sie werden in ihr Gegenteil gekehrt, werden zu Risiken der Geschäftskunden verdreht.

Hilferding erwähnt nicht das Kreditausfallrisiko der Banken, das mit wachsenden Risiken entstehende Refinanzierungsproblem, unerwähnt bleibt auch, dass die Banken untereinander in Konkurrenz stehen, wo-

⁵ Hilferding (1910), S. 119; vergleiche dazu auch S. 113

durch die »Erpressbarkeit« der begehrten Geschäftskunden eingeschränkt wird. Warum sollte sich der Kunde das notwendige »zuschüssige Kapital« nicht bei der Konkurrenz ausleihen, wenn die »Hausbank« Schwierigkeiten macht?

Auch vernachlässigt Hilferding die Leihfrist, an welche die Banken gebunden sind, so dass diese keineswegs die gewährten Kredite nach Belieben zurückziehen können.

Das Geld hat die Bank auf Zeit fortgegeben, verfügt also während der Kreditlaufzeit nicht mehr darüber. Sie besitzt lediglich den Anspruch auf Zins und Rückerstattung. Selbst diese einfache Tatsache hat Hilferding vernebelt, indem er behauptet, die Bank verfüge »immer über das Kapital in seiner flüssigen, stets schlagfertigen Form«. Dies tut sie mit Blick auf die fortgegebene Kreditsumme nun nicht mehr, darüber verfügt inzwischen der Geschäftskunde der Bank, der damit die langlebigen Produktionsmittel kaufte. In seiner Hand fungierte das geliehene Kapital als Geldkapital, das sich mit dem Kauf der Produktionsmittel in Produktionskapital verwandelte. Die Bank hat mit diesen neuen funktionellen Bestimmungen des einst von ihr fortgegebenen Geldes nichts mehr zu schaffen.

Wenn man aber, wie Hilferding es tut, die funktionellen Bestimmungen des Geldes als Leihkapital über all die Stationen als vorherrschend beibehält und die neuen Bestimmungen, die inzwischen zum fungierenden Kapital gehören, den alten nur hinzufügt, dann kommt man zu jener irrigen Auffassung, als würde die Bank noch immer die »flüssige, stets schlagfertige Form« in Händen halten und als würde sie zugleich über das fixe Kapital ihres Geschäftskunden funktional verfügen. In Wirklichkeit besitzt sie lediglich einen Anspruch auf Rückerstattung ihres Kredits einschließlich der vereinbarten Zinszahlung. Da Hilferding die Formverwandlungen des Werts miteinander verwirrt, muss er den Anspruch auf Rückerstattung, also auf Geld, mit dem Geld selbst verwechseln.

Hilferding treibt die Absurdität auf die Spitze, wenn er meint, die Bank würde als Verleiher des Werts in Geldform nicht nur diese »flüssige Form« behalten (die sie in Wirklichkeit an den Kreditnehmer abgetreten hat), sondern auch noch über die neue Warenform des Werts in Gestalt der im Industriebesitz befindlichen Arbeitsmittel verfügen. Hilferding selbst ist es, der durch eine Reihe selbst erzeugter Mystifikationen einen Prozess der Machtentfaltung der Banken vortäuscht, wobei

selbst gewöhnliche Einsichten in das Kreditverhältnis in einem kaum noch durchschaubaren Nebel von Finanzillusionen verschwinden.

Hilferding gibt vor, die Marxsche Kredittheorie fortzuentwickeln. In Wirklichkeit zerstört seine Verschmelzungsthese jede rationale Betrachtung des Kreditwesens. Marx unterscheidet sehr genau die verschiedenen Bestimmungen des Geldes, seine Funktion als Zirkulationsmittel, als Geldkapital, als Leihkapital etc. Hilferding wirft im Begriff des Kapitalkredits die bei Marx wohl unterschiedenen Bestimmungen zusammen, berücksichtigt nicht die Formverwandlungen, die der Wert in der Zirkulation als Kapital durchläuft, hält vielmehr an den Formen fest, verquickt sie miteinander, so dass er ein Begriffsungetüm in Gestalt des Finanzkapitals konstruieren kann, das mit den tatsächlichen Kapitalverhältnissen kaum mehr etwas zu tun hat.

Die schwerwiegenden Irrtümer werfen dann auch ihre Schatten auf die Marxsche Theorie. Es ist eine gemeine Art, eine Theorie unter dem Vorwand ihrer Fortentwicklung zu zerstören.

Die Börse – »Mutter aller verrückten Formen«

Marx nannte einst das zinstragende Kapital »die Mutter aller verrückten Formen« und zielte mit dieser Bemerkung auf die merkwürdigen Vorstellungsweisen ab, die vor allem aus dem Börsengeschehen heraus objektiv entstehen würden. Er konnte nicht ahnen, dass gerade einer seiner berühmtesten »Nachfolger« solche Verrücktheiten gedankenlos auf die Spitze treiben würde.

Hilferdings merkwürdige Ansichten über den Kapitalkredit sind der Börsenwelt entnommen, wo die Eigentümer von Aktien oder Anleihen tatsächlich über das Kapital in seiner »flüssigen, stets schlagfertigen Form« verfügen, indem sie ihre Wertpapiere schlicht verkaufen.

»Aber es gehört zu den wesentlichen Unterscheidungsmerkmalen des Leihkapitalisten von dem industriellen Kapitalisten, dass er sein Kapital – Geldkapital – in ganz anderer Weise frei verfügbar hat (...) Der industrielle Unternehmer hat sein Kapital in seinem Unternehmen fixiert (...) Umgekehrt behält der Geldkapitalist diesen seinen Charakter auch dann, wenn er sein Kapital in Aktienform (oder auch Anleihen – G.S.) anlegt. (Und zwar) durch den Verkauf seiner Aktien.« (S. 138f.)

Besitzer von Aktien oder Anleihen können jederzeit ihre Wertpapiere in Geld umsetzen. Was hier für den einzelnen Marktteilnehmer gilt, hat keine Bedeutung für alle. Wo kein Käufer, da ist kein Verkäufer. Für die

Gesamtheit aller Wertpapierbesitzer erweist sich ihr Dasein als Geldkapitalisten als bittere Illusion.

Die für den einzelnen Wertpapierbesitzer durchaus bestehende Möglichkeit der Umsetzbarkeit in Geld wird von Hilferding in eine generelle Möglichkeit aller Leihkapitalisten verwandelt, die sich gerade in der Art und Weise der Verfügbarkeit über Geldkapital von den industriellen Kapitalisten wesentlich unterscheiden sollen. Aber dies ist unzutreffend.

Betrachten wir die Sache zunächst vom Leihkapital aus: Über das Leihkapital verfügt der Borger während der Kreditlaufzeit, nicht mehr derjenige, der das Geld zur Verfügung gestellt hatte. Daran ändert auch die besondere Art nichts, wie das Leihkapital fortgegeben worden ist, ob mit oder ohne zirkulationsfähigen Schuldtitel. In jedem Fall bleibt der fortgegebene Kapitalwert in der Hand des Schuldners.

Aus der Sicht des Leihkapitalisten spielt hingegen die besondere Art, wie das Leihkapital fortgegeben worden ist, eine große Rolle. Nur wenn er einen zirkulationsfähigen Titel besitzt, kann er vor Fälligkeit für sich sein Kreditengagement beenden, indem er durch Verkauf des Wertpapiers die Forderungsrechte auf den Wertpapierkäufer überträgt. Das Schuldverhältnis ist geblieben, nur dass auf die Seite des Gläubigers jetzt eine andere Person getreten ist.

Wie äußerlich das Wertpapier dem Leihkapital gegenüber ist, zeigt sich bereits darin, dass der Schuldtitel ein eigenständiges Dasein neben dem Leihkapital besitzt, also zirkulieren kann, ohne dass der Schuldner wechselt. Hilferding schiebt dem Kapitalkredit das Wertpapier unter, tut so, als würde der Leihkapitalist immer für das verliehene Geld einen zirkulationsfähigen Schuldtitel erhalten, dessen Preis (Kurs) jederzeit realisiert werden kann. Hilferdings Behauptung, die Leihkapitalisten behielten in jedem Fall die Geldform des verliehenen Kapitals, erweist sich als Illusion. Er verwechselt den mit dem Kredit entstandenen Anspruch auf spätere Rückerstattung des Geldes mit dem Geld selbst, tut also so, als könnte der Anspruch jederzeit eingelöst werden. Er assoziiert dies mit den zirkulationsfähigen Ansprüchen, den Wertpapieren, und überträgt diese Form stillschweigend auf den Kredit als solchen.

Dass der Anspruch auf Geld mit dem Geld selbst verwechselt wird, war bereits ein Vorwurf, den ich gegen das heutige Verständnis des Finanzkapitals vorgebracht hatte. Im klassischen Begriff findet man nun den tieferen theoretischen Grund dafür.

Aktien- und Beteiligungsbesitz

Die Existenz von Wertpapieren schafft die Möglichkeit, dass die an verschiedenen Punkten der Wirtschaft frei werdenden Geldkapitale direkt in Wertpapieren angelegt werden, statt dass sie den Weg zur Bank finden. Einer damit verbundenen »Entmachtung der Banken« hat Hilferding erfinderisch mit folgender Vorstellung vorgebeugt:

»Statt dass die privaten Geldkapitalisten direkt ihr Geld in Industrieaktien anlegen, legen sie es in Bankaktien an, und erst die Bank verwandelte es, indem sie Industrieaktien kaufte, in industrielles Kapital. Der Unterschied ist aber der, dass die Bank nicht nur Vermittlerin dieser Operation ist, sondern als Eigentümerin des Bankkapitals auch Miteigentümerin des Industrieunternehmens geworden ist (...) Und so besteht eine Tendenz, das verfügbare Geldkapital der Privaten zunächst in möglichst großem Umfang in Bankkapital und erst dieses in industrielles zu verwandeln.« (S. 239)

Ein kluger Schachzug der Banken, der allerdings nur gelingen kann, wenn unterstellt wird, dass auf der anderen Seite naive Geschäftspartner, hier in Gestalt »privater Geldkapitalisten« stehen. Warum sollten diese ihr Geldkapital in Bank- statt in Industrieaktien anlegen, wo doch gerade dort – wie noch am Beispiel des Gründergewinns gezeigt werden wird – die Bereicherungsmöglichkeiten weitaus größer sind.

Die Entstehungs- und Existenzbedingungen jener »privaten Geldkapitalisten« hat Hilferding nirgends entwickelt; sie treten auf als brave Geldknappen der Banken, ohne eigene Macht- und Bereicherungsbedürfnisse. In dieser uneigennütigen Rolle helfen sie – durch den Kauf von Bankaktien – das Bankkapital ins Unermessliche zu vermehren. So beruht der behauptete Machthunger und Bereicherungsdrang der Bank zumindest zum Teil auf genügsamen, bescheidenen Geldleuten, die ihrem Kapital den Edelmut ihrer Person als Stempel aufdrücken.

Durch diesen im Finanzhintergrund schwebenden Geldadel erhält das Bankkapital einen universellen Charakter. »Abstrakt genommen könnte aber alles gesellschaftliche Kapital zugleich Bankkapital sein. Denn Bankkapital bedeutet nur das den Banken zur Verfügung gestellte Kapital und es steht an sich nichts im Wege, dass alles Kapital durch die Bank hindurchgeht.« (S. 238)

Trotz der Existenz von Wertpapieren wird an der Monopolstellung der Banken nicht gerüttelt. Indem die Banken über das Geldkapital der Gesellschaft verfügen, besitzen sie – wie die Verschmelzungsthese von

Bank- und Industriekapital bereits beinhaltet – zugleich die Verfügung über alles Kapital. Das gesamte Kapital der Gesellschaft löst sich auf in die mobile Form des Bankkapitals, die allgemein Kapitalherrschaft in die Herrschaft der Banken über die Gesellschaft.

Bankkapital – ein »Geldausdruck für fungierendes Kapital«

Hilferding hat diese universelle Macht der Banken noch von einer anderen Seite her zu begründen versucht. Um die Verfügungsgewalt der Banken über alles Kapital plausibel zu machen, gibt er dem in Wertpapieren dargestellten Kapital die besondere Eigenschaft, »Geldausdruck für wirklich produktiv fungierendes Kapital« (S. 238) zu sein.

Nun besitzt das produktive, fungierende Kapital bereits einen Geldausdruck in Gestalt der Preise für die vom Industriellen gekauften Produktionselemente. Wozu ein weiterer Geldausdruck? Hilferding entwickelt nirgends die Voraussetzungen dafür. Er bemerkt nicht, dass ein solcher Geldausdruck in Gestalt von Wertpapieren schon deshalb unmöglich ist, weil Aktien oder festverzinsliche Titel kein Geld darstellen, also prinzipiell untauglich sind, auch nur in irgendeiner Weise als Geldausdruck zu dienen.

Hilferding konstruiert den neuen Geldausdruck nur, um eine Herrschaft der Aktien bzw. der darüber verfügenden Banken vorzutauschen. Das wirkliche Kapital und damit der wirkliche Reproduktionsprozess verschwimmen sowohl in ihrer Bedeutung als auch in ihren besonderen stofflichen Formen hinter der neuen Geldform. Dies ist zugleich die heutige Vorstellung vom Finanzkapital: Die Geldform in Gestalt von »mobilen« Wertpapieren bildet in der gegenwärtigen Globalisierungsdebatte die Grundform des gesamten Kapitals. Zwar spielen im heutigen Diskurs die verwickelten Gedankengänge Hilferdings keine Rolle mehr, an dem Resultat wird jedoch umso hartnäckiger festgehalten. Das moderne Dogma lässt sich kritisch auflösen nur durch eine Widerlegung des klassischen Begriffs des Finanzkapitals.

Hilferdings Konstruktion vom Wertpapier als »Geldausdruck für wirkliches Kapital« erweist sich nicht nur als logisch unmöglich, sie schließt zugleich einen Widerspruch hinsichtlich des selbständigen Charakters solcher Wertpapiere ein.

»Die Aktie ist Revenue-Titel, Schuldtitel auf künftige Produktion, Ertragsanweisung. Indem dieser Ertrag kapitalisiert wird und dies den Preis der Aktie konstituiert, scheint in diesen Aktienpreisen ein zweites

Kapital vorhanden zu sein. Dieses ist rein fiktiv. Was wirklich existiert, ist nur das industrielle Kapital und sein Profit. Das hindert aber nicht, dass dieses fiktive »Kapital« rechnerisch vorhanden ist und als »Aktienkapital« angeführt wird. In Wirklichkeit ist es kein Kapital, sondern nur der Preis einer Revenue.« (S. 141)

Der Ertragswert, also in einfacher Rechnung der Quotient aus Profit und Zinssatz, soll nach Hilferdings Meinung den Preis einer Aktie konstituieren. Damit eine Aktie überhaupt einen Preis haben kann, muss die geradezu selbstverständliche Voraussetzung erfüllt sein, dass eine Aktie außerhalb des fungierenden Kapitals real existiert, d.h. als eigenständige Ware gehandelt wird. Hilferding tut sich schwer mit dieser Verdoppelung des Kapitals. Zuerst deutet er in seinem Zitat die scheinbare Existenz eines zweiten Kapitals an, um es dann gleich wieder in eine Kapitalrechnung aufzulösen. Dieses Hin und Her durchzieht den gesamten zweiten Abschnitt seines Buches. Darin drückt sich nicht nur eine inhaltliche Schwierigkeit aus, das »fiktive Kapital« in der selbständigen Gestalt als zirkulierende Aktien oder als festverzinsliches Wertpapier begrifflich zu fassen. Hilferding muss auch zwei sich widersprechende Vorstellungen miteinander vereinbaren:

Auf der einen Seite existiert natürlich die Börse, wo fiktives Kapital, z.B. die Aktie, real gehandelt wird, sich keineswegs in eine bloße Kapitalrechnung auflöst. Die Eigenständigkeit lässt sich also kaum leugnen. Außerdem braucht Hilferding die Eigenständigkeit der zirkulierenden Aktie, um die Aneignung des Gründergewinns seitens der Banken zu erklären.

Auf der anderen Seite benötigt er für seine Bestimmung des Finanzkapitals die besondere Geldform des Industriekapitals, die er – wie gezeigt – den Wertpapieren entnimmt. Auf dieser Betrachtungsebene stört allerdings die Eigenständigkeit der Wertpapiere, da hierdurch die »schlagfertige Geldform« gegenüber dem fungierenden Kapital in Zweifel gestellt wäre. Denn schließlich soll die Bank durch den Besitz der Wertpapiere die Verfügungsgewalt über alles Kapital erhalten und nicht etwa nur über ein gesondertes fiktives Kapital. Die Eigenständigkeit muss also zurückgenommen werden.

Hinzu kommt noch ein weiterer Umstand, der in dieselbe Richtung wirkt: Hilferding will die universelle Macht des Finanzkapitals nachweisen. Mit viel Aufwand hatte er den Kapitalkredit als die moderne Hauptform des Kredits herausgestellt, der unbedingt Bestandteil des

Finanzkapitals sein muss. Unglücklicherweise besitzt sein Kapitalkredit kein zirkulationsfähiges Zahlungsverprechen. Um das Leihkapital mit und ohne Wertpapier unterschiedslos zusammen bringen zu können, darf demnach das trennende Moment, nämlich die eigenständige Zirkulationsweise des im Wertpapier sich darstellenden fiktiven Kapitals, nicht mehr erscheinen. Man kann nun auch bei der Analyse des fiktiven Kapitals sehr gut erkennen, wie Hilferding die Dinge zusammenbiegt, um sein Finanzkapital als die übermächtige Kapitalform herauszuputzen.

Hilferding muss noch einen weiteren Zusammenhang konstruieren. Die dem fiktiven Kapital entnommene Geldform soll nur gegenüber dem fungierenden Kapital bestehen. Nun beinhaltet aber das fiktive Kapital auch festverzinsliche Wertpapiere, die der Staat emittiert hat. Solche Zinstitel verwässern das Bild von der besonderen Macht der Geldform gegenüber der Industrie. Hilferding muss deshalb den Unterschied zwischen Aktien und festverzinslichen Staatsanleihen wegdiskutieren. Er tut dies, indem er festverzinsliche Wertpapiere und mit ihnen auch die zirkulationsfähigen Schuldtitel des Staates in die Nähe der Aktie rückt. Sie gehören seiner Meinung nach derselben Rubrik an, »weil das Geld, das sie ursprünglich repräsentierten, definitiv fortgegeben ist und nicht an den Ausgangspunkt zurückzukehren braucht.« (S. 174)

Ein schlechtes Zeichen für den Besitzer festverzinslicher Wertpapiere, wenn sein fortgegebenes Geld nach Fälligkeit des Wertpapiers nicht mehr »an den Ausgangspunkt«, d.h. in seine Taschen zurückfließt. Diese ganz offensichtlich fehlerhafte Bestimmung eröffnet Hilferding die Möglichkeit, den Zinstitel wie eine Aktie zu behandeln: »Das Gebiet der eigentlichen Börsentätigkeit ist der Markt der Zinstitel oder des fiktiven Kapitals. Hier findet zunächst die Anlage des Geldes als Geldkapital statt, das in produktives umgewandelt werden soll.« (S. 178)

Dass Geld auch in kreditfinanzierte Staatsausgaben verwandelt werden kann, wird unterschlagen. In einem solchen Fall würde nämlich das »fiktive Kapital« in der Gestalt festverzinslicher Staatspapiere nicht auf einem Kapital sondern vielmehr auf einer Staatsschuld beruhen. Mit dem Schein einer Aktie versehen, wird nun selbst dieses »fiktive Kapital« unterschiedslos zum »Geldausdruck für wirklich produktives Kapital«.

»Dagegen ist das Bankkapital, das eigene und das fremde, nichts anderes als Leihkapital und dieses Leihkapital in Wirklichkeit nichts ande-

res als Geldform des produktiven Kapitals, wobei es wichtig ist, dass es zum größten Teil bloße Form ist, also rein rechnungsmäßig existiert.« (S. 235)

Der Geist des Finanzkapitals weht in göttlicher Eintracht durch alle Teile des Kapitals. Selbst die profanen Kapitalgestalten der Banken wie die stählernen Bankbauten, die glitzernden Marmorhallen der Kreditberatung, die in den Tresoren eingeschlossenen Geld- und Goldbestände oder die kostbare EDV-Ausstattung verwandeln sich allesamt in nichts anderes als Leihkapital. Es vereint den Kapitalkredit mit dem als Wertpapier zirkulierenden fiktiven Kapital, die Aktie mit der Anleihe und all dies mit dem fungierenden Kapital. Das Zauberwort, das die unterschiedlichsten Kapitalformen zusammenbringt lautet schlicht: »Leihkapital« bzw. »fiktives Kapital« als »Geldform des produktiven Kapitals«.

2. Der Gründergewinn – eine wundersame Wertschöpfung der Börse

Es wurde gezeigt, wie Hilferding auf der einen Seite die Eigenständigkeit der Aktie gegenüber dem wirklichen Kapital leugnen muss, um auf diese Weise zur »Geldform des produktiven Kapitals«, dem »Heiligen Geist« des Finanzkapitals zu gelangen. Auf der anderen Seite sieht er die Börse, den Markt also, auf dem das fiktive Kapital in Gestalt von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren geräuschvoll und vor den Augen der Finanzöffentlichkeit gehandelt wird. Diese Eigenständigkeit des fiktiven Kapitals gegenüber dem tatsächlich fungierenden Kapital benötigt er als Voraussetzung für eine wichtige Bereicherungsform der Banken, die er mit der Kategorie des Gründergewinns gefunden zu haben meint. Der Gründergewinn ist für ihn so etwas wie eine Art »Galileische Entdeckung« in der ökonomischen Theorie, eine »ökonomische Kategorie sui generis« (S. 143), von der selbst Marx noch nichts gewusst haben soll.

Hilferding demonstriert die Berechnungsweise des Gründergewinns entlang eines Beispiels (S. 142): Ein industrielles Unternehmen mit einer Million Mark fungierenden Kapitals wirft eine Durchschnittsprofitrate von 15% und damit einen Durchschnittsprofit von 150.000 Mark ab. Unter Abzug von Tantiemen und sonstigen Aufwendungen der Aktiengesellschaft in Höhe von 20.000 Mark, welche aus dem Profit ge-

zahlt werden müssen, bleibt ein verfügbarer Profit von 130.000 Mark übrig. Bei einem herrschenden Zinsfuß von 5% und einer zusätzlichen Risikoprämie von 2% (sonst würden die sicheren fest verzinslichen Papiere vorgezogen) beträgt der Kapitalisierungszinsfuß 7%. Unter diesen von Hilferding gesetzten Voraussetzungen liegt die über den Ertragswert ermittelte Preissumme der Aktien (130000 dividiert durch 7%) bei 1.857.143 Mark, also rund 1,9 Mio. Mark.

Um den Profit in Höhe von 150.000 bzw. 130.000 Mark zu erzeugen, wird aber nur ein fungierendes Kapital von einer Mio. Mark gebraucht; 900.000 Mark sind frei und können nach seiner Meinung als Gründergewinn abkassiert werden.

Wie gelangt der Gründergewinn in die Taschen der Banken und wer bezahlt ihn?

»Die Aktien werden emittiert, also gegen Geld verkauft. Dieses Geld zerfällt in zwei Teile; ein Teil bildet den Gründergewinn, gehört den Gründern, z. B. der Emissionsbank, und fällt aus der Zirkulation dieses Kreislaufs heraus. Der andere Teil verwandelt sich in produktives Kapital und beschreibt den uns bereits bekannten Kreislauf des industriellen Kapitals.« (S. 144)

Später heißt es noch ergänzend dazu:

»Die Bank stellt nur das zur Verwandlung in industrielles Kapital bestimmte Geldkapital in Form des fiktiven Kapitals dem Markt zur Verfügung. Dort wird das fiktive Kapital verkauft und die Bank realisiert den Gründergewinn.« (S. 170)

Die Finanzierung des Gründergewinns scheint eine einfache Sache zu sein: Die Bank verkauft die neu emittierten Aktien zum Ertragswert (mit dem herrschenden Zinsfuß kapitalisierter zukünftiger Unternehmensprofit), realisiert also nach dem Rechenbeispiel rund 1,9 Mio. Mark; davon erhält das neu gegründete oder bereits bestehende Industrieunternehmen allerdings nur 1 Mio., der Rest in Höhe von 0,9 Mio. wandert als Gründergewinn in die Hände der Emissionsbank. Auf den ersten Blick scheinen alle zufrieden gestellt zu sein: Die Aktiengesellschaft bekommt neues Geldkapital zum Kauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften, die Bank hat ihren Gründergewinn und die Aktienkäufer besitzen statt des Geldes nun die Aktien, für die sie regelmäßig Dividende erhalten.

Allerdings sind den Banken unter der Hand Konkurrenten entstanden, die durch den Erwerb emittierter Industrieaktien plötzlich Macht

über die Industrie erhalten haben. Dies widerspricht der Verschmelzungsthese von Bank- und Industriekapital, an die Hilferding das Machtmonopol der Banken gerade geknüpft hatte. Dieser Widerspruch wird von Hilferding nirgends thematisiert.

Bei näherem Hinsehen bildet die regelmäßige Dividendenzahlung für die Aktiengesellschaft eine derart schwere Bürde, unter der sie zusammenbrechen muss. Der gesamte Profit fließt nämlich unter den gemachten Annahmen Jahr für Jahr an die Aktionäre, ohne dass irgendeine Reserve geschaffen werden kann. Schon die kleinste Unregelmäßigkeit im Geschäftsleben würde die Aktiengesellschaft ernsthaft gefährden. Was noch schlimmer ist: Die Aktiengesellschaft verliert ihre Voraussetzungen zur Akkumulation, da sie durch die im Beispiel unterstellte Dividendenverpflichtung unfähig gemacht worden ist, Profite zu thesaurieren. Die Aktiengesellschaft würde ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßen. Eine solche Konsequenz widerspricht der Auffassung Hilferdings von der besonderen Konkurrenzfähigkeit gerade dieser Unternehmensform.

Würde man die Hilferdingsche Dividendenannahme zugunsten der Akkumulationsfähigkeit in der Weise ändern, dass die Aktiengesellschaft statt den Gesamtprofit lediglich einen Teil, z.B. etwa die Hälfte oder 70.000 Mark ausschüttet, dann müssten die bankexternen Aktionäre die Rechnung für den ausbezahlten Gründergewinn bezahlen: Denn nach der Kapitalisierungsregel repräsentieren die 70.000 Mark bei dem unterstellten Kapitalisierungszinsfuß von 7% lediglich ein fiktives Kapital in Höhe von einer Million statt von 1,9 Millionen Mark. Entsprechend müsste die Marktkapitalisierung der einst emittierten Aktien, die dem Ertragswert folgen soll, von ursprünglich 1,9 Millionen auf nur noch eine Million sinken. Die bankexternen Aktienkäufer würden exakt den Betrag einbüßen, den die Banken als ihren Gründergewinn eingesteckt haben.

Man sieht also, von der anfänglichen Freude über den Gründergewinn ist nicht viel übrig geblieben. Wie man die Rechnung auch drehen mag: Gewinnt die Bank, dann verlieren die Aktiengesellschaften oder die neuen Aktionäre. Auf Dauer ist eine solche Übervorteilung schon aus Gründen der allgemeinen Konkurrenz unmöglich. Einmal angenommen, die Bank könnte mit der Aktienemission wirklich einen wie auch immer gearteten »Gründergewinn« realisieren. Was würde passieren?

Andere Banken würden mit Blick auf das lukrative Geschäft diese Sparte ausbauen, neue Kapitale würden angezogen. Die Konkurrenz

würde die Konditionen so verändern, dass die Profitrate der Emissionshäuser tendenziell in die Nähe des Durchschnitts fiele.

Dieses notwendige Resultat der Konkurrenz entspricht ganz den Bestimmungen des Kapitals. Wie bei jedem anderen bildet auch beim Bankkapital der bestimmende Zweck die Verwertung. Gemessen daran, hat das Bankkapital als inneren Verwertungsmaßstab den Durchschnittsprofit. Die besondere Funktion, die es dabei ausübt, z.B. die Funktion, Aktien zu platzieren, ist in dieser Bestimmung gleichgültig; mit Bezug auf den Profit jedenfalls ist eine solche Funktion um nichts höherwertiger, als wäre das Kapital in der Produktion von Schuhwichse oder Särgen engagiert. Die Konkurrenz verteilt das Gesellschaftskapital auf die verschiedenen Anlagensphären in der Weise, dass unter ständiger Abweichung eine Tendenz zum Durchschnittsprofit dominiert. Der Gründergewinn als dauerhafter Extraprofit würde den Bestimmungen des Kapitals widersprechen, würde deshalb auch durch die Konkurrenz entsprechend beseitigt.

Hilferdings stolze Entdeckung des Gründergewinns als eine »ökonomische Kategorie sui generis« hat sich also schlicht als Fata Morgana oder gar als ein raffinierter Zaubertrick erwiesen.

Die Konstruktion des Gründergewinns taucht in der heutigen Globalisierungsdiskussion immer wieder als Stichwort, gewissermaßen als Erinnerungsposten auf. Darüber hinaus werden mysteriöse Wertschöpfungsprozesse angenommen, die unter anderem im Bereich der Börse und des dort gehandelten fiktiven Kapitals existieren sollen. Man meint darin den Grund zu sehen, dass sich Kapitale stärker in solchen spekulativen Bereichen engagieren würden. Anders als bei Hilferding wird die angebliche Wertquelle im Bereich des fiktiven Kapitals nicht mehr thematisiert. Jeglicher Zusammenhang mit den Wertschöpfenden Prozessen des wirklichen Reproduktionsprozesses wird abgeschnitten. Während Hilferding den inneren Zusammenhang der verschiedenen Kapitale zwar vernebelt, aber dennoch immer wieder anspricht und thematisiert, bewegt sich die heutige Diskussion des Finanzkapitals nur noch auf der bereits mystifizierten Oberfläche, vulgarisiert also ein weiteres Mal den bereits fehlerhaften klassischen Begriff des Finanzkapitals.

3. Das Finanzkapital und die Einschränkung der freien Konkurrenz

Der Leser hat die Etappen verfolgen können, die der von Hilferding inszenierte Triumphzug des Finanzkapitals durchlaufen hat. Allmächtig steht das Finanzkapital nun vor ihm, vereint und beherrscht das gesamte Kapital einer Gesellschaft. Natürlich wäre es widersinnig, wenn die Konkurrenz eine solche Einheit stören würde. Also treten wiederum die Banken auf, diesmal um die negativen Einflüsse der Konkurrenz auszumerzen.

Als Voraussetzung ihres Handelns nennt Hilferding die mit der wirtschaftlichen Entwicklung entstehende Tendenz zur Senkung der Profitrate unter ihren Durchschnitt. Zur Begründung führt er drei unterschiedliche Ursachenkomplexe an (vgl. S. 247ff.):

- In den entwickelten Sphären kapitalistischer Produktion würde der Anstieg des fixen Kapitals im Verhältnis zum zirkulierenden den Kapitalabfluss infolge langer Umschlagszeiten erschweren. Der Aufbau neuer Produktionsstätten sei mit einer erheblichen Ausweitung des Angebots verbunden, mit der Folge, dass die Profitraten dieses hoch kapitalisierten Sektors tendenziell unter Druck geraten.
- In einem völlig entgegengesetzten Sektor, wo »das individuelle Kapital dominiert und das erforderliche Kapital verhältnismäßig gering ist« (S. 255), würde ähnliches geschehen: Durch den »erbitterten Konkurrenzkampf« und die »Überfüllung dieser Sphäre« müsste die Profitrate ebenfalls unter ihren Durchschnitt sinken.
- Die Profitraten beider Sphären würden noch durch besonders hohe Zirkulationskosten unter Druck geraten.

Es drängt sich hier die Frage auf, welche Produktionszweige überhaupt noch eine durchschnittliche bzw. eine überdurchschnittliche Profitrate erzielen können, wenn die beiden Pole in gleicher Weise schlecht abschneiden und sich im Mittelfeld die ungünstigen Wirkungen kreuzen?

Hilferdings Begründung für die schlechte Profitabilität in den beiden genannten Produktionssphären weist zahlreiche Widersprüchliche auf. So dienen etwa Vielzahl und geringe Größe der Kapitale in der Sphäre »kleinkapitalistischer Produktion« ebenso als Grund für die Unterdurchschnittlichkeit der Profitrate wie die geringe Anzahl und der hohe Anteil der Kapitale in den entwickeltsten Sektoren. Aus dem anteilsmäßig gewachsenen fixen Kapital dieser Sphäre – eine Begründung dafür wird nicht

gegeben – lässt sich eine unterdurchschnittliche Profitrate keinesfalls schlüssig ableiten. Dagegen sprechen zumindest etliche Gegenteilstendenzen, die Hilferding auch hier wieder unter den Tisch fallen lässt.

Erstens wird auch in einem solchen Fall produktives Kapital in Warenkapital und dieses in Geldkapital zurück verwandelt, das dann entsprechend in eine andere profitable Sphäre abfließen könnte. Weitaus wichtiger für den Profitratenausgleich ist aber die über den Kredit vermittelte Kapitalbewegung, welche unabhängig von den besonderen Umschlagszeiten einer Sphäre existiert. Kapitalabfluss bzw. -zufluss sind nun jederzeit möglich. Auch könnte man mit ähnlicher Beliebigkeit gar die Auffassung vertreten, dass wegen des hohen Fixkapital-Anteils der Zutritt zu den entwickelten Produktionszweigen erschwert sei, so dass dort infolge eines im Verhältnis zur Nachfrage geringeren Angebots die Marktpreise über den Produktionspreisen und damit auch die entsprechenden Profitraten über der allgemeinen liegen würden – ein Argument, das die Monopoltheorie unserer Zeit entsprechend ausgeschlachtet hat.

Zweitens muss bezweifelt werden, dass die »gebotene Technik« zumindest eine gewisse »Nuancierung in der Steigerung der Produktion« (S. 253) unmöglich macht. Aber selbst eine technisch bedingte sprunghafte Produktionserweiterung darf nicht ins Verhältnis zur Aufnahmefähigkeit eines lokalen oder nationalen Marktes gebracht werden, sondern ist zu vergleichen mit den Expansionsmöglichkeiten des Weltmarktes. Und im Vergleich dazu dürfte ein neuer Anbieter kaum einen derart großen Marktraum beanspruchen, dass die Profitrate für eine längere Zeit unter ihrem Durchschnitt verharren muss.

Auch würde drittens ein neues, anlagensuchendes Kapital einen Produktionszweig so lange meiden, wie erkennbar wäre, dass durch Fixierung des Kapitals das Angebot unverhältnismäßig erweitert und das Kapital auf Dauer eine unter dem Durchschnitt liegende Profitrate abwirft.

Die Kapitalbewegung – einmal rein betrachtet, d.h. ohne störende Nebeneinflüsse – würde einen solchen Produktionszweig mit nur sprunghaft möglicher Produktionsvermehrung durch zeitweisen Aufschlag auf den Preis in der Weise entschädigen, dass auch hier auf längere Sicht – also unter Einschluss der Zeiten mit und ohne Produktionserweiterung – der Durchschnittsprofit annähernd erreicht werden kann. Wäre der entsprechende Produktionszweig zudem noch besonderen Risiken ausgesetzt, würde durch die Konkurrenz der Kapitale ein solcher Markt-

produktionspreis geschaffen, der neben dem Durchschnittsprofit generell noch einen »Risikoaufschlag« beinhalten würde.

Hilferding führt die Benachteiligung der Kapitale in den beiden genannten Sektoren an, um daraus das Interesse nach Aufhebung der freien Konkurrenz abzuleiten. Die Banken sieht er da an erster Stelle: Denn schließlich, so meint er, wären sie durch die Aneignung des Gründergewinns an höheren Profitraten interessiert und könnten auch kein Interesse daran haben, dass sich ihre Kunden im Konkurrenzkampf zerfleischen würden. »Daher das Streben der Banken nach Herstellung des Monopols« (S. 257).

Mit einem derart mächtigen Verbündeten im Rücken ist die Aufhebung der Konkurrenz nur noch eine Organisationsfrage, die ganz einfach dadurch zu lösen ist, dass sich die benachteiligten Unternehmen entweder unter Wahrung ihrer formellen Selbständigkeit zu »Interessengemeinschaften« (u.a. Kartelle) zusammenschließen oder – was noch wirksamer ist – gleich ihre Selbständigkeit völlig aufgeben und miteinander fusionieren (u.a. Trusts). Solch eine mächtige Zentralisationsbewegung in der Industrie macht nun auch den selbständigen Handel mehr und mehr überflüssig, zumal der Handelsprofit dann dem industriellen Profit zugeschlagen würde (vgl. S. 282ff.).

Die Banken können mit der Organisationsarbeit zufrieden sein: Resultat der Zusammenschlüsse ist schließlich »eine Anhebung der Profitraten«, eine »größere Sicherheit und Gleichmäßigkeit des Ertrags« und – als krönender Abschluss – eine Ausweitung der Macht- und Bereicherungsmöglichkeiten der Banken, die nicht nur mehr Gründergewinn erhalten, sondern auch ihre Kreditmöglichkeiten ausweiten könnten (vgl. S. 307f.).

»So verengen sich durch die Kartellierung die Beziehungen zwischen Banken und Industrie noch weiter, während gleichzeitig die Verfügung über das in der Industrie angelegte Kapital immer mehr den Banken zufällt.« (S. 308) »Mit der Kartellierung und Trustierung erreicht das Finanzkapital seine höchste Machtstufe« (S. 310).

Das Finanzkapital gewinnt durch die Aufhebung der freien Konkurrenz lediglich an Macht und Einfluss, neue Bestimmungen treten nicht hinzu: Die »Verfügung über das in der Industrie angelegte Kapital« wird bereits durch den Kapitalkredit bzw. das fiktive Kapital hergestellt, »die Beziehungen zwischen Banken und Industrie« werden nur weiter intensiviert, erhalten aber keine neue Qualität.

Man sieht nunmehr im Bereich der Konzentrationstheorie, wie stark der heutige Diskurs durch die klassische Theorie des Finanzkapitals geprägt worden ist. Sowohl bei Hilferding als auch in der heutigen Debatte sollen das globale Finanzkapital und deren Agenten, die Banken bzw. Portfoliomanager, die eigentliche Kommandoebene bilden. Darunter liegen die Konzentrations- und Fusionsprozesse transnationaler Konzerne, wodurch die Globalisierungstendenzen lediglich verstärkt und vollendet, nicht aber geschaffen werden.

4. Vollständige Aufhebung der freien Konkurrenz durch das Generalkartell

Als geschichtliche Tendenz des Finanzkapitals sieht Hilferding eine fortschreitende Ausweitung der Unternehmenszusammenschlüsse. Kartelle und Trusts werden seiner Meinung nach nicht nur eine allgemein herrschende Produktionsform, der Zusammenschluss gehe vielmehr weiter und würde schließlich in einem Generalkartell seinen Abschluss finden. Die eigentliche Entstehung dieses Generalkartells ist mehrdeutig bestimmt: Einerseits scheint der Prozess dorthin ohne nennenswerte Brüche zu verlaufen (vgl. S. 321), andererseits wird behauptet, der Umschlag könne »nur plötzlich stattfinden durch die Unterstellung der gesamten Produktion unter die bewusste Kontrolle« (S. 402).

In einem solchen Generalkartell wäre die Konkurrenz der Kapitale vollständig beseitigt. Das Generalkartell organisiert und leitet die Produktion, verteilt die Produkte. In der von einer Instanz aus bewusst geregelten Wirtschaft spielt das Geld keine Rolle mehr.

»Es kann völlig verschwinden, da es sich ja um Zuteilung von Sachen handelt und nicht um Zuteilung von Werten.« (S. 322)

Die Preise erhalten eine andere Bedeutung, sie dienen der »bloß Rechnungsmäßigen Art der Zuteilung von Sachen durch Personen an Personen.« (S. 322). Von all den Widersprüchen kapitalistischer Warenproduktion ist nur noch der »Antagonismus der Verteilung« übrig geblieben.

Hilferding hätte auffallen müssen, dass ein auf diese Weise ausgehöhlter Kapitalismus ohne Waren, Geld etc. im Widerspruch steht zu seinem eigenen Begriff des Finanzkapitals: Denn mit dem Geld verschwinden die Voraussetzungen für das Geldkapital, für den Kapitalkredit und schließlich für das fiktive Kapital. Der scheinbar übermächtige

Bankensektor verliert schlicht jede Geschäftsgrundlage. Statt Hegemonie folgt Liquidation. Hilferding zieht gegenteilige Konsequenzen, wenn er das Finanzkapital selbst während eines solchen Endstadiums fortexistieren lässt.

Einen fremden Standpunkt schmuggelt Hilferding noch in anderer Hinsicht ein. Zunächst nennt er eine Reihe von Gründen, von denen er meint, dass sie die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus mildern würden.

So ist er der Meinung, dass mit wachsender Konzentration und zunehmendem Einfluss der Banken die destabilisierende und unproduktive Spekulation an Bedeutung verlieren würde (»das Monopol ist der Tod der Spekulation« S. 196; ähnlich S. 396 ff.), der unproduktive und damit belastende Handel mehr und mehr ausgeschaltet werde (S. 282 ff.), die Kapitalvernichtung durch Kartellierung verhindert werden könnte (S. 391 ff.), die Aktiengesellschaft stabilisierend wirkten (S. 397), die Produktivkraftentwicklung eher beschleunigt würde (S. 319) und dass ein plötzlicher Zusammenbruch des Kredits verhindert oder zumindest abgemildert werde (S. 392 ff.). Angesichts einer solchen Verminderung der Widersprüche und Gegensätze erhält Hilferdings Generalkartell fast schon einen sozialistischen Charakter!

Der als klassischer Revisionist bekannte Eduard Bernstein hatte seinerzeit entsprechende Konsequenzen gezogen, indem er die Auffassung vertrat, dass durch Kartelle und Trusts sowie durch die Entwicklung des Kreditsystems die Widersprüche und mit ihnen auch die Wirtschaftskrisen an Schärfe verlieren müssten.

Doch Hilferding vermied solche notwendigen politischen Schussfolgerungen, wollte damals noch nicht unter der Fahne des Revisionismus segeln. Seiner »revisionistischen« Theorie gab er einen radikalen Anstrich, von dem sich selbst kritische Geister blenden ließen. Er schmuggelt in seine Theorie einen fremden Standpunkt ein, wenn er die Tendenz hin zum Generalkartell an einigen Stellen seines Buches mit einer Zuspitzung kapitalistischer Widersprüche verbindet. So behauptet er, die »Störungen in der Preisregulierung (...) werden durch die Kartelle nicht vermindert, sondern verschärft.« (S. 401) Noch in einigen Kapiteln zuvor wird lang und breit ausgeführt, dass die monopolistischen Vereinigungen den objektiven Charakter der Preise aufheben und diese zusammen mit der Produktion in einer solchen Weise festlegen würden, dass konjunkturelle Störungen nicht mehr im selben Umfang eintreten könnten wie zuvor (vgl. insbesondere Kapitel 15, S. 312ff.).

Solche politisch veranlassten logischen Purzelbäume muss Hilferding immer wieder schlagen. An späterer Stelle versucht er, die verminderte Krisenhaftigkeit des Generalkartells durch eine entsprechende gesellschaftspolitische Zuspitzung der Widersprüche zu überspielen: »Sozial und politisch« schreibt er, wäre der Zustand eines Generalkartells eine »Unmöglichkeit«, da er an dem »Interessengegensatz, den er auf die äußerste Spitze treiben würde, zugrunde gehen müsste.« (S. 403) Zuvor galt ihm das Generalkartell als ein durchaus stabiler Zustand, dem bis auf den »Antagonismus der Verteilung« keine weiteren Widersprüche zugrunde liegen würden.

In gewisser Weise ist eine Art »Generalkartell« auch im heutigen Begriff des Finanzkapitals angelegt: Das Finanzkapital wird als homogen aufgefasst, steht über jeder territorialen oder sektoralen Differenzierung. Folgerichtig spricht die Globalisierungsdebatte von einem »globalisierten Finanzblock«, der keine territorialen Bindungen besitzen soll. Der Begriff des »zentralisierten Empire« unterstellt einen derartigen homogenen Machtblock: »Der gekerbte Raum der Moderne«, schreiben Hardt/Negri in ihrem Buch Empire, »schuf Orte, die beständig in einem dialektischen Spiel mit dem Außen standen und auf diesem Spiel gründeten. Der Raum imperialer Souveränität ist im Gegensatz dazu glatt... In diesem glatten Raum des Empire gibt es keinen Ort der Macht – sie ist zugleich überall und nirgends. Das Empire ist ein ou-topia, oder genauer: ein Nicht-Ort.«⁶

5. Zusammenfassung

Im 14. Kapitel des 3. Abschnitts, also im Anschluss an die Konzentrationstheorie, gibt Hilferding selbst noch einmal einen Überblick über die wichtigsten Bestimmungen des Finanzkapitals: »Die Bank (muss) einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital. Den Eigentümern gegenüber behält es stets Geldform, ist von ihnen in Form von Geldkapital, Zinstragendem Kapital, angelegt. (...) und kann

⁶ Hardt/Negri (2002), S. 201f.

von ihnen stets in Geldform zurückgezogen werden. In Wirklichkeit aber ist der größte Teil des so bei den Banken angelegten Kapitals in industrielles (...) Kapital (...) verwandelt und im Produktionsprozess fixiert. Ein immer größerer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.« (S. 309)

Hilferding lässt die Bank, ohne dass sie die fortgegebene Geldform einbüßt, zugleich industrieller Kapitalist werden. Das entsprechende Kapital bleibt in ihrer Verfügung, steht aber gleichzeitig in der Verwendung der Industrie. Was die Bank weggegeben hat, z. B. Leihkapital in Form des Kapitalkredits, scheint sie noch zu besitzen, sie ist also gleichzeitig Besitzerin und Nichtbesitzerin, sie ist Bank und als industrieller Kapitalist zugleich Nichtbank; sie ist in der glücklichen Lage, alle Formen des Kapitals gleichzeitig zu vereinen: ihre eigene, die Form des produktiven Kapitals sowie alle Geldformen.

Würde das Finanzkapital tatsächlich alle Kapitalformen einschließen, müssten natürlich auch die Kategorien entfallen, die auf der Eigenständigkeit jener Kapitalformen beruhen. So ist etwa Voraussetzung der Zinsbildung, dass sich Verleiher und fungierende Kapitalisten als Personifikation besonderer Kapitalsorten wirklich auf dem Kreditmarkt gegenüberstehen, als Personen also, die unterschiedliche Rollen im Reproduktionsprozess spielen, oder in deren Hand dasselbe Kapital wirklich eine doppelte und gänzlich verschiedene Bewegung durchmacht: Der eine, der das Geld nur verleiht, der andere, der es im Reproduktionsprozess anwendet. Die mit dem Finanzkapital gesetzte Verschmelzung von Bank- und Industriekapital ist unvereinbar mit jeglicher Zinsbildung.

Die meisten Ökonomen mystifizieren das Kapitalverhältnis dadurch, indem sie die gesellschaftlichen Bestimmungen des Kapitals in natürliche verwandeln. Hilferding verfährt grundsätzlich in einer ähnlichen Weise: Unter dem Begriff des Finanzkapitals werden die selbst erzeugten, absurden Kapitalformen als historisch vergänglich dargestellt. Die Bestimmungen des übrigen Kapitals (insbesondere Industriekapital) werden kaum noch als solche, als historisch-spezifische wahrgenommen. Hilferding bekämpft das Kapital in seiner illusorischen, nicht aber realen Gestalt.

Entsprechend bleibt der Sozialismus, den er anstrebt, kapitalistisch geprägt, ist so etwas wie ein staatlich geleiteter »Kartellsozialismus«,

jetzt nur in der Gewalt des Proletariats statt des Finanzkapitals. Die neue Qualität der Gesellschaft erschöpft sich im bloßen Machtwechsel: »Die Diktatur der Kapitalmagnaten (schlägt) um in die Diktatur des Proletariats« (S. 507). Später hat dann Hilferding diesen geräuschvollen Machtwechsel von Klassen in einen harmonischen Regierungswechsel von Parteien uminterpretiert.

Kapitel 3

Die Konstitution des Weltmarkts durch Nationalökonomien

Die Auffassungen vom Finanzkapital, sowohl in der heutigen, mehr oberflächlichen Art, als auch in der entwickelten klassischen Gestalt der Hilferdingschen Theorie, wurden kritisiert und als falsch zurückgewiesen. Diese Kritik vollende ich nun um eine positive Darstellung. Dabei rückt die Ökonomie erneut in den Vordergrund. Bereits die Kritik ließ Kapitalformen sichtbar werden, wodurch die globale Macht des Finanzkapitals zumindest stark relativiert wird. Darauf soll nun der Schwerpunkt liegen.

Ich versuche nachzuweisen, dass die Globalisierung in erster Linie auf ökonomische Grenzen stößt, die durch ein System von Volkswirtschaften bestimmt und durch die eigenständige Reproduktion solcher Volkswirtschaften stets erneuert werden. Diese Gegenthese zur herkömmlichen Globalisierungsauffassung sollte nicht dahingehend missverstanden werden, als würde ich jegliche Tendenzen zur Globalisierung leugnen. Das Kapital besitzt immer eine globale Seite, die sich bereits zeigte, als es noch nicht die Produktion beherrschte. Für die Herausbildung eines Welthandels genügt eine gewisse Entwicklungsstufe des Kaufmanns- und Wucherkapitals sowie des Transportwesens. Globalisierungstendenzen wirkten bereits, als die kapitalistische Produktionsweise noch gar nicht entstanden war. Mit der Kapitalisierung der Produktion erhält einerseits der Welthandel einen ungeheuren Schub, andererseits entstehen örtlich gebundene Kapitalinteressen, die sich je nach Abgrenzung länderweise organisieren. Solche Volkswirtschaften verhindern allerdings, dass sich der Welthandel in eine wirklich globalisierte Weltwirtschaft fortentwickeln kann. Der Weltmarkt setzt sich aus den Volkswirtschaften zusammen, verbindet sie zu einer neuen Gesamtheit, ohne sie in sich aufzulösen. Unsere heutige Welt bewegt sich demnach in einem merkwürdigen Widerspruch: Einerseits hat der Kapitalismus die Menschheit in einem zusammenhängenden Geschichtsprozess vereint,

hat auf dieser Grundlage eine Weltkonjunktur, Weltliteratur, Weltpolitik etc. hervorgebracht, andererseits hat er eine unkontrollierte Zersplitterung der Wirtschaft in verschiedene Volkswirtschaften bewirkt.

Zunächst werde ich im ersten Punkt den wirklichen Reproduktionsprozess in seiner allgemeinen Form skizzieren, im Unterschied zur Bewegung des Kapitals, das an der Börse zirkuliert. Mir geht es dabei um das Verhältnis der beiden Ebenen zueinander und um deren jeweilige Bedeutung. Mit der Verwendung des Begriffs »fiktives Kapital« möchte ich auch den vergleichsweise geringen Stellenwert andeuten, den diese Kapitalform - die in der Globalisierungsdebatte die Hauptform bildet - in Wirklichkeit hat.

Die eigentliche Schwierigkeit der Analyse besteht darin, die Volkswirtschaften bzw. Nationalökonomien als Gebilde eigener Art nachzuweisen. Vernarrt in den Begriff des Finanzkapitals hat die Globalisierungsdebatte diese Kategorie völlig ausgeblendet; auch die volkswirtschaftliche Theorie tut dies, indem sie die gesamte Fragestellung in ihren Datenkranz abschiebt. Dieser blinde Fleck der Theorie liegt in der falschen Vorstellung vom Kapital begründet. In Anlehnung an die Marxsche Theorie werde ich im zweiten Punkt den inneren Zusammenhang einer Volkswirtschaft in Gestalt eigengesetzlich reproduzierender Gesamtkapitale entwickeln.

Der dritte Punkt setzt sich mit den Mystifikationen auseinander, die aus den Kapitalverhältnissen heraus notwendig entstehen. Auf der Ebene der Erscheinung erhält das Gesamtkapital eine andere Gestalt: Es verwandelt sich in eine Volkswirtschaft oder Nationalökonomie.

Im vierten Punkt beantworte ich die Frage, warum die Nationalökonomien im Plural auftreten. Als die bestimmende Kraft wird sich erneut das Kapital erweisen. Im Vordergrund steht das industrielle Kapital, das sich mit dem Boden verbindet und durch Art, Qualität und Menge der territorial fixierten Arbeitsmittel bzw. durch die vorhandenen Naturgegebenheiten regional unterschiedliche Verwertungsstrukturen (Profitraten) aufweisen kann, die durch die Bewegung von Einzelkapitalen nicht ausgleichbar sind. Solche unterschiedliche Profitraten separieren Kapitale entlang ihrer Verwertungsgrenzen, die nun Bestimmungsmomente für volkswirtschaftliche Ländergrenzen werden. In der Begründung der Vielzahl von Nationalökonomien sehe ich den wichtigsten Punkt der Analyse, um den sich das Verständnis der Staaten und Nationen dreht. Eine kapitalistische Welt, so meine These, wird sich auch in Zukunft in

dem Widerspruch bewegen, der einerseits durch eine gewisse Globalisierung mit einer entsprechenden Fortentwicklung des Weltmarktes, andererseits durch eine Zersplitterung der Wirtschaft in verschiedene Volkswirtschaften gekennzeichnet ist. Diese widersprüchliche Natur von ökonomischer Globalität und einem System von Nationalökonomien ist zwar oft benannt, meines Wissens aber nirgends aus der Bewegung des Kapitals selbst nachgewiesen worden. Erste allgemeine Hinweise dazu habe ich 1998 in meinem Aufsatz unter dem Titel »Drei Gesichter des Kapitals: Globalität, Nationalität, Individualität« gegeben.¹

1. Reproduktion und Börse

In der Theorie des Finanzkapitals gilt die Börse als die Hauptarena des Kapitals und die Fondsmanager bzw. die Händler der Banken treten als die eigentlichen Akteure der Wirtschaft auf. Dass es sich hierbei nicht nur um eine übertriebene, sondern um eine falsche Vorstellung handelt, versuchte ich insbesondere in meiner Kritik der klassischen Theorie des Finanzkapitals nachzuweisen. Diese Kritik vollende ich nun mit einer positiven Darstellung des Verhältnisses von Reproduktion und Börse.

Werner Hofmann hat entlang des Marxschen Kapitalbegriffs ein Schema entworfen (siehe folgende Abbildung), in dem er den Umschlagprozess des Kapitals und den Zusammenhang der verschiedenen Kapitalformen visualisiert.²

Festverzinsliche Wertpapiere (als besondere Formen der Kreditvergabe) und Aktien, die im Mittelpunkt des Börsengeschehens stehen, spielen in diesem Schema eine untergeordnete Rolle. Stattdessen treten Produktion und Zirkulation von Waren, der Kauf der Produktionsvoraussetzungen bzw. der Verkauf der produzierten Waren in den Vordergrund.

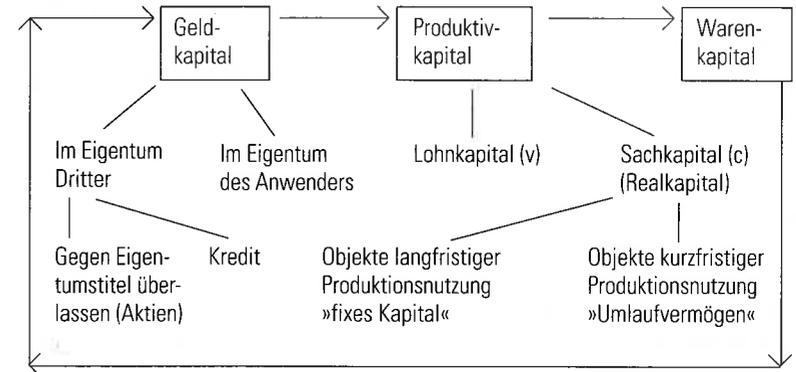
Zur Kernstruktur des Reproduktionsprozesses

Die Pfeile des Schemas symbolisieren die Richtung des Reproduktionsverlaufs. Das Schema beginnt mit dem vorgeschossenen Geldkapital, das durch den Kauf der sachlichen und personellen Produktionsvoraussetzungen umgesetzt werden muss in das »Produktivkapital«. Unter dem

¹ Sandleben (1998), S. 29ff.

² Vergleiche Werner Hofmann (1969), S. 57

Umschlagsprozess des Kapitals



Gesichtspunkt seiner Verwertung gliedert es sich in konstantes, für den Kauf von Produktionsmitteln vorgeschossenes Kapital (»Sachkapital«, symbolisiert als »c«) und in variables, für den Kauf von Arbeitskräften verwendetes Kapital (»Lohnkapital«, symbolisiert als »v«).

Das Kapital ist nun in der Produktion fixiert, aus der es nicht mehr oder nur unter Schwierigkeiten direkt zurückkehren kann in die Zirkulation. Es muss als produktives Kapital solange agieren, bis eine verkaufsfähige Ware hergestellt worden ist. Unter dem Gesichtspunkt des Kapitalumschlags gliedert es sich in fixes Kapital (nur ein Teil des Werts der eingesetzten Arbeitsmittel wird durch die Arbeit auf das Produktionsresultat übertragen) und in »Umlaufvermögen«. Erst in der Gestalt der Ware besitzt das Kapital wieder eine Form, worin es in Geld und danach wieder in die Produktionsvoraussetzungen zurückverwandelt werden kann.

Ein solcher Kapitalkreislauf schließt Produktions- und Zirkulationsprozesse ein, fixiert Kapital, macht es je nach Charakter des Produktionsprozesses für einen mehr oder weniger langen Zeitraum immobil, bis es dann in der Gestalt des Warenkapitals wieder in die mobile Form des Geldkapitals schlüpfen kann. Kaufmannskapital und Industriekapital arbeiten dabei Hand in Hand, allerdings mit dem Unterschied, dass der Kaufmann immer nur jenseits der Produktionssphäre, also ausschließlich im Zirkulationsprozess operiert. Er hilft Kosten zu sparen, indem er notwendige Zirkulationsfunktionen konzentriert, vereinfacht und damit ökonomisiert. Das Kaufmannskapital bildet zusammen mit dem industriellen Kapital (inklusive produktive Dienste) das fungierende Kapital. Vom Standpunkt eines kontinuierlich verlaufenden Reproduktionspro-

zesses verbleibt immer ein Teil des Kapitals in der Produktionssphäre, während gleichzeitig ein anderer Teil entweder in Waren- oder Geldform zirkuliert.

Der Reproduktionsprozess ist zugleich Verwertungsprozess: Ein Wert wird als Kapital vorgeschossen und kehrt durch einen Profit vergrößert zum Ausgangspunkt zurück, um erneut verwertet zu werden. Die Kapitalisierung eines Teils des Profits nennt man Akkumulation, also wertmäßige und stoffliche Erweiterung der Reproduktion. Nur die im Produktionsprozess tätige Arbeit schafft den Profit in der unmittelbaren Gestalt des Mehrwerts (symbolisiert als »m«) und bildet überhaupt die Quelle aller Werte. Wertmäßig zerfällt das Warenkapital in die vorgeschossenen und verzehrten Kapitalteile (c+v) plus den Mehrwert »m«.

Börse und fiktives Kapital: Über die tatsächliche Macht der Fondsmanager

Der Reproduktionsprozess geht vonstatten, ohne dass die Börsen und Banken mit ihren Händlern und Fondsmanagern bislang ins Spiel gekommen sind. Diese üben keine wirkliche Reproduktionstätigkeit aus, stehen immer jenseits des tatsächlich fungierenden Kapitals. Es liegt bereits jetzt die Vorstellung nahe, dass die Akteure der Börse über einen engeren Handlungsspielraum verfügen als in der Theorie vom Finanzkapital behauptet wird. Wie ist es um ihre Macht tatsächlich bestellt?

Das im Schema dargestellte Geldkapital wirft normalerweise einen Profit ab, nachdem es seinen Kreislauf vollzogen und zum Ausgangspunkt zurückgekehrt ist. Jede Geldsumme – wenn sie nur groß genug ist – kann sich auf diese Art und Weise verwerten. Das Geld erhält demnach auf der Grundlage kapitalistischer Produktion zusätzlich den Gebrauchswert, als Kapital zu fungieren. In dieser Eigenschaft als mögliches Kapital wird es eine besondere Ware, die der Eigentümer für eine gewisse Zeit an eine Unternehmung – die daraus den Profit zieht – als Kredit fortgeben kann.³ Einen Teil des Profits bekommt der Eigentümer des Geldes unter der Rubrik des Zinses, der andere bleibt in der Hand des Unternehmens. Es findet also nicht nur eine Trennung statt in Kapital als Eigentum und Kapital als Funktion, durch den Zins als Abzug vom Profit entsteht zugleich ein Gegensatz zwischen den bloßen Eigentümern von Geldkapital, die außerhalb des Reproduktionsprozesses blei-

³ Vergleiche ausführlich dazu Marx, Kapital III (MEW 25), S. 350ff.

ben, und den Funktionären des Kapitals, die innerhalb des Reproduktionsprozesses operieren. Eine solche Trennung liegt sowohl dem gewöhnlichen Kredit, der gegen das Versprechen der Zins- und Rückerstattung für eine gewisse Zeit fortgegeben wird, als auch der Aktie zugrunde, worin ein Eigentumsrecht an einer Aktiengesellschaft verbrieft ist.

Hier ist nicht der Raum gegeben, das problematische Verhältnis zwischen Aktionär und Vorstand einer Aktiengesellschaft darzustellen, oder zu zeigen, wie mit der Aktiengesellschaft auch die Möglichkeiten des Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgabe, Aktienhandel oder die Selbstbereicherung der Vorstände notwendig entstehen. Der Raubzug der Manager, Projektmacher, Glücksritter in all den schwindelerregenden Dimensionen ist selten so offensichtlich gewesen wie seit dem Platzen der so genannten »Technologieblase« an der Börse.⁴ Betroffen sind nicht nur die Unternehmen des Neuen Marktes, selbst die einst als seriös geltenden Standardwerte, darunter vor allem die Telekom-Aktien, verdanken zum Teil ihren Kursrausch etlichen Betrugsmanövern. WorldCom, Enron oder EM.TV bilden dabei die Spitze des Betrugssystems. Kritisch gegenüber der Vorstellung von der ökonomischen Macht der Fondsmanager soll hier nur das interessante Detail festgehalten werden, dass ein solcher Raubzug häufig genug eine Reihe der Aktionäre bzw. deren Fondsmanager ruiniert, die nicht nur die Schokoladenseiten der Börse genießen, sondern auch deren Baisse-Perioden ausbaden müssen.

Kommen wir auf die unterschiedliche Rolle zurück, die das Kapital als Eigentum und als Funktion jeweils spielt. Das Unternehmen erhält sowohl durch den gewöhnlichen Kredit als auch durch das Geldkapital, das ihm durch die Aktienemission zugeflossen ist, innerhalb gewisser Schran-

⁴ Wie sehr ein solcher Raubzug auf systematischen Gründen beruht und deshalb immer wieder auftreten muss, hat Adam Smith bereits am Beispiel der Südsee-Gesellschaft studieren können. »Von den Direktoren einer solchen (Aktien)Gesellschaft, die ja bei weitem eher das Geld anderer Leute als ihr eigenes verwalten, kann man daher nicht gut erwarten, dass sie es mit der gleichen Sorgfalt einsetzen und überwachen würden, wie es die Partner in einer privaten Handelsgesellschaft mit dem eigenen zu tun pflegen... Daher müssen Nachlässigkeit und Verschwendung in der Geschäftsführung ... stets mehr oder weniger vorherrschen«. Smith (1789) S. 629f. »Die Südsee-Gesellschaft«, schreibt er weiter (S. 632), »verfügt über ein enormes Kapital, das sich auf ungewöhnlich viele Eigentümer (die sich, wie Smith meint, um das Geschäft selten kümmern würden) verteilte. Daher war durchaus zu erwarten, dass Torheit, Nachlässigkeit und Verschwendung in der Geschäftsführung allenthalben vorherrschen werden. Ihre schurkischen und überspannten Börsenspekulationen und Projekte sind weithin bekannt und weitere Ausführungen darüber würden unseren Rahmen sprengen.«

ken absolute Verfügung über fremdes Kapital und fremdes Eigentum. Der Leser wird sich erinnern, dass diese einfache und geradezu selbstverständliche Tatsache in der Theorie vom Finanzkapital dahingehend verdreht wird, als könnte der Eigentümer, der das Geldkapital an das Unternehmen fortgegeben hat, auch weiterhin darüber verfügen. Was derjenige, der das Geld verliehen hat, noch besitzt, ist der Anspruch auf Rückerstattung des Geldes und auf Zinszahlung. Dieser Anspruch kann verbrieft sein, mit der Konsequenz, dass der Eigentümer eines festverzinslichen Wertpapiers sein Geld vor Fälligkeit der Kreditsumme realisieren kann, indem er das Wertpapier verkauft. Bei der Aktie besteht ein im Wertpapier verbrieftes Anspruch auf Teilhabe am Profit (Dividendenrecht), verbunden mit gewissen Gesellschafterrechten (Teilnahme an der Hauptversammlung, Stimmrecht, Auskunftsrecht) und Bezugsrechten für junge Aktien, und schließlich das Recht, am Liquidationserlös teilzunehmen.

Auch die Aktie kann – wie das festverzinsliche Wertpapier – verkauft werden, mit der Folge, dass der darin verbrieftes Anspruch auf den Käufer übertragen wird. Die Zirkulation solcher Wertpapiere ändert in keinem Fall etwas an dem Kapital, das unter der verbrieften Form an den tatsächlichen Reproduktionsprozess fortgegeben worden ist.

Das Zinstragende Kapital, das in gewisser Weise auch der Aktie zugrunde liegt, erzeugt eine eigenständige und dazu sehr merkwürdige Vorstellungswelt: Es entsteht nämlich die illusorische Vorstellung, als sei jede regelmäßige Geldeinnahme ein Zins für irgendeine Art von Kapital. Nach der Kapitalisierungsformel scheint einer jährlichen Geldeinnahme in Höhe von beispielsweise 1.000 Euro bei einem Zins von 5% ein Kapital in Höhe von 20.000 Euro zugrunde zu liegen. Auf diese Weise lässt sich selbst die Lohnzahlung auf ein scheinbares Kapital («Humankapital») zurückführen. Wegen des illusorischen Charakters eines solchen Kapitals wird es in der kritischen Literatur häufig als »fiktives Kapital« bezeichnet.⁵

Der fiktive Charakter des Kapitals, soweit es unter der Form von Wertpapieren auftritt, zeigt sich u.a. darin, dass der tatsächliche Reichtum eines Landes durch Kurssteigerungen oder Kurseinbrüche nicht

⁵ Meines Wissens hat Marx diesen Begriff zuerst verwendet. Vergleiche dazu Marx, Kapital III (MEW 25), S. 482ff.

berührt wird.⁶ Nur dann, wenn sich im Kursverfall eine Stockung des Reproduktionsprozesses widerspiegelt, geht Reichtum verloren, nicht aber, weil die Kurse gefallen sind, sondern nur deshalb, weil wirklicher Reichtum durch die Stockung vernichtet worden ist. In diesem Fall ist die Schrumpfung des fiktiven Kapitals ein Ausdruck für den schrumpfenden wirklichen Reichtum.

Die Sphäre des fiktiven Kapitals, die durch die Zinsform entsteht, wird durch die selbständige Bewegung der Wertpapiere befestigt. Denn für den einzelnen Wertpapierbesitzer ist das Kapital tatsächlich vorhanden: Er hat Geld für den Kauf vorgeschossen, mit dem Zweck, es durch Kurssteigerungen, Zins- bzw. Dividendenzahlungen zu verwerten. Ihm erscheint sein Kapital tatsächlich als »Geldkapital«, da er es jederzeit für sich durch einfachen Verkauf des Wertpapiers realisieren kann.⁷ Durch den Verkauf einer Anleihe oder Aktie realisiert der Verkäufer den Preis, der Käufer erhält den Schuld- bzw. Eigentumstitel und tritt an die Stelle des Verkäufers. Der einzelne Börsianer kann also seinem verliehenen Kapital die Geldform nur dadurch zurückgeben, indem er einen anderen Verleiher an seine Stelle treten lässt. Die eigenständige Bewegungsform, die das fiktive Kapital durch die Zirkulationsmöglichkeit der Wertpapiere erhält, erweckt den Schein der besonderen Mobilität. Diese existiert jedoch nur für den einzelnen Wertpapierbesitzer, der lediglich einen Käufer finden muss, nicht aber für die Gesamtheit.

Allgemein gefasst, d.h. vom Standpunkt aller Wertpapierbesitzer, löst sich die Mobilität in Illusion auf: Die Summe der Wertpapiere in den

⁶ Hier soll nur klargestellt werden, dass die Vernichtung bzw. Aufblähung des fiktiven Kapitals nicht zusammenfällt mit einer entsprechenden Veränderung des wirklichen Reichtums. Dies bedeutet allerdings nicht, dass ein Größenwechsel des fiktiven Kapitals nicht auch Einfluss haben kann auf die Nachfrage nach Waren und damit auf den wirklichen Reproduktionsprozess. Auf solche möglichen »Stimmungs- und Vermögenseffekte« verweisen immer wieder die heutigen Konjunkturbeobachter, wobei u.a. bei den Analysten des IWF, der Europäischen Zentralbank und auch der Deutschen Bundesbank die Meinung überwiegt, dass die mit dem jüngsten Kursverfall an den Börsen verbundenen »negativen Vermögenseffekte« nicht all zu hoch veranschlagt werden sollten.

⁷ Der illusorische Charakter eines solchen »Geldkapitals« zeigt sich insbesondere bei den festverzinslichen Staatspapieren. Das Geld, das der Staat durch die Emission eingenommen hat, mag längst verschwendet sein, und trotzdem entsteht der positive Ausdruck von Kapital; d.h. eine Schuld erscheint als Kapital. Bei der Aktie, sofern sie nicht auf einem Schwindelunternehmen beruht, spiegelt sich zumindest in dieser fiktiven Kapitalgestalt wirkliches Kapital wider, das getrennt von seiner himmlischen Form unter dem Dach der Aktiengesellschaft am wirklichen Reproduktionsprozess teilnimmt.

Depots bleibt - von Neuemissionen bzw. Rücknahmen einmal abgesehen - immer unverändert, auch wenn Wertpapiere in Sekundenschnelle durch bloße Umbuchungen des Eigentums die Hände wechseln und rund um den Erdball zu sausen scheinen.

Die Theorie vom Finanzkapital nimmt die einzelwirtschaftliche Sicht für bare Münze und verallgemeinert sie. Das Kapital insgesamt scheint dann die Mobilität und die potenziellen Geldeigenschaften eines Wertpapiers zu besitzen. Man sieht, wie die Wertpapiere die Hände wechseln und meint, darin die Beweglichkeit eines wirklichen Kapitals entdeckt zu haben. Tatsächlich wird das wirkliche Kapital von solchen Transaktionen, die nur innerhalb der Sphäre des fiktiven Kapitals stattfinden, überhaupt nicht berührt. Alle Irrtümer, die unter der Theorie vom Finanzkapital zusammengebracht sind, haben ihren Ursprung in den merkwürdigen Formen, die das Zinstragende Kapital erzeugt.

Mit der Bestimmung des fiktiven Kapitals als kapitalisierte Einnahme sind die entsprechenden Bewegungsgesetze sichtbar gemacht, unter denen auch der Fondsmanager steht. Nicht er, sondern die so genannten »fundamentalen Faktoren« bestimmen die Einnahmen wie den Verlauf der Zinsen, mit denen die Einnahmen kapitalisiert werden. Auch wenn der Fondsmanager jenseits des wirklichen Reproduktionsprozesses operiert, also weder teilnimmt am Produktionsprozess der Waren noch an deren Zirkulation, muss er immer als Beobachter daran teilnehmen. Er hat die Verhältnisse zu analysieren bzw. durch entsprechende Research-Abteilungen analysieren zu lassen, um zu erfahren, wie sich die Einnahmen und der Zins demnächst entwickeln werden. Für ihn kommt es darauf an, die fundamentalen Einflussfaktoren möglichst frühzeitig zu erkennen, sowie die Reaktionen der Börsen darauf abzuschätzen, um die prognostizierten Marktbewegungen zu seinen Gunsten auszubenten.

Der Kurs der Wertpapiere ist zum großen Teil spekulativ, da die erwarteten, vorweg berechneten Einnahmen bzw. die zukünftigen Zinsen eine größere Rolle spielen als die entsprechenden vergangenen oder gegenwärtigen Größen. Die Kurse entfernen sich mal mehr, mal weniger weit von ihren »inneren Werten«, die durch die Kapitalisierung der Erträge bestimmt werden. In Zeiten der Verkaufspanik, wenn verkauft werden muss, um zu zahlen, fallen die Preise der Wertpapiere nicht nur, weil sich meist auch die fundamentalen Einflussfaktoren ändern, sondern hauptsächlich, weil die Papiere massenhaft auf den Markt geworfen werden. Hier wird deutlich, dass Wertpapiere kein tatsächliches

Geldkapital sind, sondern Geld nur repräsentieren, dessen Realisation in solchen Zeiten des Schmerzes fraglich wird. Hat sich schließlich das Börsengewitter gelegt, steigen die Kurse in Richtung ihrer »inneren Werte«, sofern solche vorhanden sind, und sich nicht, wie bei Schwindelunternehmen, als Illusion erweisen.

Jeder Fondsmanager mag in seiner Situation vernünftig handeln. Aber die einzelnen Aktionen durchkreuzen sich. Aus der unendlichen Zahl von Transaktionen geht eine Börsentendenz hervor, die als Ganzes als eine bewusstlos und willenlos wirkende unabhängige Macht angesehen werden muss.⁸ Die Börse tritt in der ihr eigentümlichen Kursbewegung als ein besonderes, scheinbar eigenständiges Wesen auf, über das sich dann eine große Zahl von Analysten hermacht, um die merkwürdigen »Handlungen« dieses kollektiven Subjekts, nämlich die Kurstrends, herauszubekommen. Diese geheimnisumwitterte Subjektstellung wird im Börsenjargon durch solche Begriffe ausgedrückt, die an die geheimnisvollen Kräfte von Naturwesen erinnern: Der Bulle steht sinnbildlich für steigende, der Bär für fallende Kurse; man spricht von freundlich tendierenden Börsen, wie von einem freundlichen Wetter.

Man sieht also, wie falsch die Vorstellung von der Macht der Fondsmanager ist. Die Fondsmanager haben nicht nur keinen Einfluss auf den wirklichen Reproduktionsprozess, sie bewegen noch nicht einmal bewusst ihre eigenen Märkte. Die genannten »Fundamentals« der Wirtschaft, auf die ihre Operationen keinen Einfluss haben, bewegen vielmehr ihre eigenen Aktionen, wodurch eine resultierende Kurstendenz entsteht, die ihrerseits weitere Handlungen hervorruft. Statt die Börsen zu kontrollieren, wie die Theorie vom Finanzkapital meint, wird der Fondsmanager dadurch beherrscht, fügt sich mit seinen Aktionen in den Rhythmus der Börse ein. Es ist daher auch nicht möglich, dass er die Börse als sein Erpressungsmittel gegen den Staat oder die Wirtschaft

⁸ Wie sehr dieser Zusammenhang typisch ist für das Funktionieren aller Märkte, lässt sich anschaulich bei dem bekannten russischen Ökonom Tugan-Baranowski nachlesen: »Jedes einzelne Individuum wird in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit von seinem persönlichen Interesse geleitet... Aber aus dem Zusammenwirken der individuellen und voneinander unabhängigen Willen entsteht etwas qualitativ Neues, der organische Komplex der kapitalistischen Wirtschaft, das unbewusste, von keinem Willen geleitete, von keinem Gedanken durchdrungene, trotzdem aber zusammenhängende und seinen eigenen Gesetze unterworfenen Ganze. Die Gesetze der Bewegung dieses Komplexes werden nicht durch die Willen der einzelnen ... bestimmt, umgekehrt ist jedes einzelne Individuum diesen Gesetzen unterworfen.« Tugan-Baranowsky (1901), S. 253

eines Landes einsetzt, um bessere Standortbedingungen zu erzwingen. Alles das, was die Globalisierungsdebatte dazu an Vorstellungen produziert hat, erweist sich als ein schwerwiegendes Fehlurteil.

2. Zur Konstitution eines Gesamtkapitals

Im Vergleich zur Theorie des Finanzkapitals hat sich der Fokus der Analyse verschoben: Nicht mehr das »Finanzkapital« mit dem spektakulären Börsengeschehen steht im Mittelpunkt, sondern die tatsächliche Reproduktion, bestehend aus Produktion und Zirkulation gewöhnlicher Waren. Ein solcher Reproduktionsprozess weist eine Mikro- und eine Makroebene mit eigenständigen Reproduktionsformen auf, die bereits im 19. Jahrhundert exakt analysiert worden sind.⁹ Das vorliegende Kapitel zielt auf die Makroebene ab und soll den Nachweis liefern, dass sich in der Bewegung der Einzelkapitale ein eigenständiges Gesamtkapital als Gebilde eigener Art notwendig konstituiert.

Verschlingung der Einzelkapitale

Die einzelnen Unternehmungen müssen ihre Produktionsvoraussetzungen auf den Märkten als Waren vorfinden. Ihr Kauf der sachlichen Produktionsmittel unterstellt bereits andere Kapitale, die solche Produktionsmittel in den gewünschten stofflichen und wertmäßigen Proportionen produziert haben und ihr entsprechendes Warenkapital nun absetzen müssen, um ihrerseits die nächste Phase des Umschlagsprozesses zu beginnen.

Umgekehrt entstehen durch den Einsatz solcher Produktionsmittel und der Beschäftigung von Arbeitsleuten neue Waren, die nun auf den Markt drängen und entsprechende Käufer voraussetzen. Die Kreisläufe verschiedener Einzelkapitale verschlingen sich ineinander, setzen sich wechselseitig voraus und bedingen einander. Es bestehen tief greifende wirtschaftliche Zusammenhänge, eine weit verzweigte, ins Einzelne

⁹ Vergleiche die allgemein anerkannte, bis heute nicht übertriffene Marxsche Analyse des Reproduktionszusammenhangs von Einzel- und Gesamtkapital, dargestellt insbesondere im zweiten Buch des »Kapitals«. Eine Rekonstruktion und Kritik der Reproduktionstheorie bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts findet man in der fast schon vergessenen zentralen ökonomischen Schrift Rosa Luxemburgs »Die Akkumulation des Kapitals« aus dem Jahre 1912.

gehende Arbeitsteilung. Entsprechend erscheinen die Einzelkapitale als Splitter eines größeren Ganzen. Das Gesamtkapital bildet zunächst einmal diese Summe miteinander verzahnter, ineinander übergehender Einzelkapitale.

Der Leser beachte bitte, dass es an dieser Stelle nicht um die Personen geht, in deren private Taschen das Kapital verwertet zurückkehrt, um dann erneut vorgeschossen zu werden. Die subjektiven Träger der Kapitalbewegung spielen hier keine Rolle, wichtig ist vielmehr die Kapitalbewegung selbst, die in ihrer wertmäßigen Verschlingung eine real existierende Gesamtheit bildet.

Gesetz des Profitratenausgleichs

Jedes Teil dieser Gesamtheit besitzt als Kapital dieselbe Qualität: Ein Wert wird zu dem Zweck der Verwertung, d.h. zur Erzielung von Profit vorgeschossen. Die Gleichheit der Kapitale beinhaltet eine Gleichheit ihrer Verwertung. Nun misst sich die Verwertung an der Profitrate, dem Verhältnis von Profit und Kapitalvorschuss. Entsprechend gleich muss die Profitrate für die Einzelkapitale sein, die Bruchstücke der Gesamtheit bilden. Die Gleichheit der Einzelkapitale realisiert sich in einer eigenständigen, allgemeinen Profitrate des Gesamtkapitals. Das Gesamtkapital ist jetzt mehr als die bloße Summe miteinander verzahnter Einzelkapitale: Es agiert als die übergeordnete Einheit, wenn es mit seiner allgemeinen Profitrate die Bewegung der Einzelkapitale beherrscht und reguliert. Es steht auf eigenen Füßen, ist in gewisser Hinsicht selbst ein Subjekt geworden, mit dem Wertgesetz als blind wirkender Steuerungsinstanz, unter deren Kontrolle die Einzelwirtschaften stehen.

Um das Gesetz des Profitratenausgleichs in seiner Tiefe zu verstehen, muss zunächst das Gesamtkapital mit seiner allgemeinen Profitrate entwickelt sein, von dem aus dann gezeigt werden kann, wie sich auf dieser Grundlage die tendenzielle Gleichheit der Profitraten in der Konkurrenz der Einzelkapitale auch wirklich durchsetzen kann. Diesen methodischen Ausgangspunkt hat Marx gewählt, wenn er bei der Entwicklung der Theorie der allgemeinen Profitrate im zweiten Abschnitt des Dritten Bands des Kapitals zunächst von der Konkurrenz der Kapitale abstrahiert. Er behandelt im neunten Kapitel das Gesamtkapital als ein »einziges Kapital«, die verschiedenen Produktionszweige, die aufgrund unterschiedlicher Bedingungen ungleiche Profitraten aufweisen, als »verschiedene Teile«, so als wären diese unselbständige Bruchstücke

eines Aktienkapitals. Das Kapital wird jenseits der Konkurrenzkämpfe wie eine einheitliche Familie betrachtet, die ihre Gesamtbeute entsprechend ihrer Kapitalanteile unter sich aufteilt. Dadurch existiert eine allgemeine Profitrate. Erst im zehnten Kapitel weist Marx nach, »wie diese Ausgleiche der Profite zur allgemeinen Profitrate vorgeht«. Aus solidarisch vereinten Familienmitgliedern werden feindliche Brüder, die sich wechselseitig ihre Beute abzujagen versuchen und in dieser Jagd eine Tendenz zum Profitatenausgleich ungewollt herstellen.

Ich erspare mir die Details, wie es zum Ausgleich der Profitraten kommt. Der Prozess ist einfach, verweist auf simple Marktmechanismen, die von den Ökonomen aller Couleur mal mehr mal weniger klar formuliert worden sind. Als »unsichtbare Hand« (Adam Smith) wirkt das Wertgesetz, das in der Bewegung der Preise eine entsprechende Proportionierung der Kapitale erzwingt. Diese treten aus den weniger profitablen Sphären tendenziell heraus, vermischen sich mit anderen Geldkapitalen, um sich dann wieder in profitableren Produktionssphären stofflich zu binden. In einer solchen Bewegung, die das Kapital in seiner Allgemeinheit zeigt, vollzieht sich die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten.

Integration aller Einkommenskreisläufe

Das Gesamtkapital zeigt seine eigenständige Qualität noch auf andere Weise. Anders als die Einzelkapitale schließt es sämtliche Einkommenskreisläufe ein. Hier sollen in einer groben Skizze nur einige Hauptpunkte – wichtig für das Verständnis des Gesamtkapitals – herausgestellt werden, wobei ich mich auf die primären Einkommen beschränken möchte.

Der Kreislauf der Lohn- und Gehaltseinkommen beginnt mit den Lohn- und Gehaltszahlungen (im Folgenden spreche ich nur noch vom Lohn). Setzt man den Standardfall voraus, dann sind es die Unternehmer, die den Lohn für den Erwerb der Arbeitskräfte bezahlen. Es handelt sich dabei um einen doppelten Prozess: Die Unternehmer setzen die gekauften Arbeitskräfte für ihre Zwecke, z.B. in der Produktion ein. Sie besitzen eine Wertquelle, die nicht nur ihre Lohnausgaben im Wert der produzierten Waren ersetzt, sondern dazu alle übrigen Einkommensarten speist. Bezogen darauf bildet das zur Lohnzahlung vorgeschossene Kapital eine variable Größe. Das wertmäßige Resultat der Produktionsprozesse besteht aus den Wertbestandteilen »c«, für das vorgeschossene und verzehrte konstante Kapital, dem variablen Kapital (»v«) und dem

Mehrwert (»m«), der in die gleich noch zu behandelnden Einkommensarten zerfällt. Dies ist der Prozess für die Unternehmen.

Für die Arbeiter stellt die Lohnzahlung ihr Einkommen dar. Dafür kaufen sie einen Teil ihres Warenprodukts (maximal die Höhe »v«), so dass die Unternehmen, die entsprechende Konsumgüter produzieren lassen, ihre Waren absetzen und in ihrer Produktion fortfahren können.

Hinzu kommen jetzt noch die Einkommenskreisläufe, die auf dem Mehrwert beruhen. Die Geldkapital- und Grundeigentümer beziehen für die Bereitstellung ihrer Vermögen Zins- bzw. Renteneinkommen, die zumindest teilweise für den Kauf von Lebensmitteln und Luxusartikeln ausgegeben werden.

Der restliche Mehrwert, der so genannte Unternehmergeinn, verbleibt bei den Unternehmern und stellt den Profit für die erfolgreiche Erledigung der praktischen Kapitalfunktionen dar. Ein Teil davon dient persönlichen Zwecken und wird für den Kauf der gewünschten Luxus- und Konsumgüter eingesetzt, ein anderer Teil muss akkumuliert werden.

Alle Einkommen sind Teile vom Wert des Produkts des Gesamtkapitals. Auf der einen Seite steht dieser Wert als Resultat des Produktionsprozesses, auf der anderen Seite stehen die entsprechenden Geldeinkommen, die als Nachfrage auftreten und sich gegen das entsprechende Warenangebot umsetzen. Der Kreislauf ist geschlossen.

Entsprechend hat sich auch die innere soziale Gliederung des Gesamtkapitals reproduziert: Der durch das Einkommen vermittelte Konsum der Arbeiter reicht nicht weiter als bis zur nächsten Lohnzahlung, muss immer wieder von neuem »erkauft« werden durch die Bereitschaft zur Lohnarbeit. Auf diese Weise bleibt die Kraft erhalten, die den Reichtum des Gesamtkapitals produziert. Der Prozess selbst verewigt die Lohnarbeit. Bei den Grundbesitzern und Geldkapitaleigentümern erneuert sich der Anspruch auf Einkommen kraft der Fortexistenz ihrer Vermögen, und die Unternehmer schließlich bleiben Unternehmer, indem sie über Kapital verfügen, das sich im Kreislauf ebenfalls reproduziert.

Das Gesamtkapital enthält sämtliche Einkommenskreisläufe. Selbst die ökonomische Reproduktion des Staates und anderer Institutionen ist darin eingeschlossen. Es gliedert seine Bevölkerung streng ökonomisch-funktional. Indem es die Reproduktion aller Klassen inklusive der davon abgeleiteten Institutionen einbezieht, konstituiert es eine komplette Volkswirtschaft.

Besonderheiten in der Reproduktionsweise – Einfache Reproduktion

Für die Reproduktion des Einzelkapitals genügt es, dass die verbrauchten Werte des konstanten Kapitals und das für den Kauf der Arbeitskräfte vorgeschossene variable Kapital durch den Verkauf des Warenkapitals zurückfließen, um dann erneut vorgeschossen zu werden. Bedingung dafür ist allerdings, dass die Wertteile auch in einer passenden Gebrauchswertgestalt durch das Jahresprodukt tatsächlich geliefert werden können. Die reproduktiven Voraussetzungen für den Stoff- und Wertersatz lassen sich nur vom Standpunkt des Gesamtkapitals analysieren.

In einer solchen Reproduktionsbewegung erhält das Gesamtkapital eine ihm eigentümliche innere Gliederung. Seine Produkte wie seine Produktion zerfallen in zwei Abteilungen oder Sektoren, die vom Standpunkt eines Einzelkapitals überhaupt keine Relevanz besitzen. Eine erste Abteilung, die in Anlehnung an die Marxsche Reproduktionstheorie Abteilung I genannt werden soll, produziert die Produktionsmittel, also alle sachlichen Produktionsvoraussetzungen, Abteilung II produziert die Konsumtionsmittel. In jeder dieser Abteilungen zerfällt das gesamte Jahresprodukt – wie beim Einzelkapital – wieder in die Wertgrößen (c+v) für das verzehrte Kapital plus Mehrwert (m).

Die Massenumsätze, die mit Bezug auf den Reproduktionsprozess des Gesamtkapitals zwischen den Abteilungen I und II erforderlich sind, hat Marx im III. Abschnitt des Zweiten Bands des Kapitals eingehend analysiert. Danach muss bei einfacher Reproduktion der Gesamtwert der produzierten Produktionsmittel (Jahresprodukt der Abteilung I) dem verzehrten konstanten Wertteil des Kapitals beider Abteilungen entsprechen. Damit wäre das in der Produktion verausgabte Kapital vollständig aus dem Jahresprodukt ersetzt.

Auf der anderen Seite muss das Jahresprodukt der Abteilung II ausreichen, um den gesamten, durch das Einkommen entstandenen Konsumbedarf der Gesellschaft zu decken. Unter der hier vereinfachten Darstellung der einfachen Reproduktion (ohne Außenhandel und ohne explizite Darstellung abgeleiteter Einkommensformen) muss das gesamte Jahresprodukt der Abteilung II ebenso hoch sein wie das Gesamteinkommen beider Abteilungen. In der intersektoralen Beziehung entspricht dann die Wertsumme (v+m) des Warenkapitals der Abteilung I dem verzehrten konstanten Kapital der Abteilung II – oder in der Gleichung von

Marx ausgedrückt: $I(v+m) = IIc$.¹⁰ Dies sind also die Wertverhältnisse, worin sich die zwei Kategorien Produktions- und Konsumtionsmittel gegenseitig umsetzen müssen.

Quantitativ besteht das konstante Gesamtkapital exakt aus der Summe der konstanten Einzelkapitale; das Gleiche gilt für das variable Kapital und den Mehrwert. Die Erscheinungsweise hat sich aber verschoben: Während der konstante Teil des Einzelkapitals in völlig verschiedenen Gebrauchsgegenständen wiedererscheint, etwa als Brot des Bäckers, als Speiseeis oder als Auto, erscheint der konstante Teil des Gesamtkapitals wohl geordnet in einer bestimmten Menge Produktionsmittel. Und auch die beiden anderen Wertbestandteile v und m erscheinen jetzt nicht mehr in ihrer großen Buntheit von Gebrauchsgegenständen, sondern als zusammengezogene Größe einer bestimmten Menge Konsumtionsmittel.

Akkumulation

Bislang habe ich einfache Reproduktion unterstellt und gezeigt, wie sich das Gesamtkapital auf einer solchen Grundlage stets erneuern kann. Es reproduzieren sich nicht nur Reichtum und Einkommen, sondern zugleich die inneren Strukturen des Gesamtkapitals. Zweck dieser ökonomischen Veranstaltung kann aber nicht die einfache Reproduktion sein. Dies würde dem Kapitalbegriff widersprechen. Die Produktion des Profits weist bereits über die einfache Reproduktion hinaus: Kapital wird nicht etwa deshalb vorgeschossen, um einen einmaligen Überschuss, sondern um einen stets wachsenden Überschuss zu erzielen. Bei einer gegebenen Profitrate wächst der Profit nur mit dem Umfang der Kapitalerweiterung. Eine solche Kapitalakkumulation dient als entsprechendes Mittel, um den Überschuss ständig zu vergrößern.

Hier liegt der Grund für den vorherrschenden Wachstumsfanatismus unserer Zeit, aber auch für den Horror, ökologische, demografische oder ökonomische Schranken könnten diese wichtige Quelle des Profitwachstums versiegen lassen. Entsprechend misst man den Erfolg einer Volkswirtschaft rein quantitativ an der Höhe ihrer Wachstumsraten. Die Ökonomen nehmen deshalb den Lohn als einen die Akkumulation begrenz-

¹⁰ Die Wertteile (v+m) zerfallen, wie bereits gezeigt, unter dem Gesichtspunkt der Einkommen in Lohn/Gehalt (für »v«) bzw. in Rente, Zins und Unternehmerr Gewinn (für »m«). Auf eine entsprechende Umformulierung der Gleichung habe ich aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

enden Faktor wahr, der möglichst niedrig sein sollte. Die Akkumulation bildet den unverhüllten Zweck, der unbedingt Opfer erfordert.

Für die Frage nach der Konstitution einer Volkswirtschaft liefert allerdings die Einbeziehung der Akkumulation keine weiteren Erkenntnisse, die über die Gesichtspunkte der einfachen Reproduktion hinausgehen würden. Es mögen daher nur wenige Hinweise genügen.

Die Akkumulation, worin die einfache Reproduktion eingeschlossen ist, stellt nicht mehr als eine stoffliche und wertmäßige Erweiterung der Reproduktion dar. Bei der einfachen Reproduktion wurde vorausgesetzt, dass der gesamte Mehrwert der Abteilungen I und II für den persönlichen Konsum der Kapitalistenklasse samt ihrem Anhang, d.h. als Einkommen, verausgabt wird. Um akkumulieren zu können, muss nun ein Teil des Mehrwerts investiert, d.h. in zusätzliches Kapital verwandelt werden. Damit dies möglich ist, muss die stoffliche Struktur des Jahresprodukts eine andere sein als im Falle der einfachen Reproduktion. Nicht nur das verzehrte Kapital und die verzehrten Lebensmittel müssen aus dem jährlichen Produkt ersetzt werden, die Erweiterung des Gesamtkapitals setzt stofflich und wertmäßig zusätzliche Produktionsmittel und für die neu eingestellten Arbeitsleute zusätzliche Lebensmittel voraus. Auf eine Darstellung der entsprechend geänderten sektoralen Proportionierung kann verzichtet werden, da hier keine neuen Gesichtspunkte hinsichtlich der Eigenständigkeit und der Erscheinungsweise des Gesamtkapitals hereinkommen.

Sowohl aus der stofflichen als auch aus der wert- und profitmäßigen Verzahnung der Kapitale entsteht ein Interessenverbund: Trotz der Zersplitterung und Entzweiung in der Konkurrenz bildet sich ein gewisses gemeinsames Interesse am Wirtschaftsprozess heraus. In der Durchschnittsprofitrate sind die durch die Konkurrenz in gegensätzliche Interessen zersplitterten Unternehmen praktisch miteinander vereint, kommen sich selbst zum Bewusstsein als eine gesellschaftliche Macht, an der jedes Unternehmen im Verhältnis seines Anteils am gesellschaftlichen Gesamtkapital teil hat.

3. Wie aus einem Gesamtkapital eine Volkswirtschaft (Nationalökonomie) entsteht

Das Kapital besitzt also neben seiner Gestalt als Einzelkapital eine eigenständige, makroökonomische Existenzweise. Es bildet zugleich das Gesamtkapital, wodurch die Bewegung der Einzelkapitale gesteuert wird. Allerdings taucht in unseren Alltagsvorstellungen der Begriff Gesamtkapital kaum auf. Man spricht stattdessen von der Volkswirtschaft eines Landes oder von einer Nationalökonomie. Eine solche Begrifflichkeit hat gute Gründe, auf die ich nun eingehen möchte. Ich versuche zu zeigen, wie durch eine Reihe von Mystifikationen das Gesamtkapital mehr und mehr verschimmt und sich schließlich als Wirtschaft eines Volkes, als Volkswirtschaft oder Nationalökonomie darstellt.

Mit der Konstitution des Gesamtkapitals fällt der Blick zwangsläufig auf die gesamte Wirtschaft. Diese besteht zunächst in der wertmäßigen und stofflichen Verzahnung der Einzelkapitale, die in einem funktionalen, arbeitsteilig aufeinander abgestimmten Netzwerk zusammenhängen.

Darin eingebunden sind aber noch solche Wirtschaftseinheiten, die nicht direkt nach kapitalistischen Prinzipien funktionieren. Ein kleiner Gewerbetreibender oder Dienstleister, der für sich selbst statt für Lohn arbeitet und seine eigenen Waren (inklusive Dienste) verkauft, wird per Analogie unter die allgemeinen Verhältnisse subsumiert, so dass der Unterschied verloren geht. Umgekehrt werden der »Selbständige« mit einem Unternehmer und die Unternehmung mit dem Betrieb eines Selbständigen identifiziert. Einfache und kapitalistische Warenproduktion scheinen ein und dasselbe zu sein.

Zweitens verschimmt im Gesamtkapital der spezifische Kapitalcharakter, indem sich die Zirkulation der Einzelkapitale zusätzlich mit der Zirkulation der Einkommen vermengt. Dazu gehört sowohl die Verausgabung der Löhne als auch die der übrigen Einkommen. Hier bildet der Konsum den Zweck der Zirkulation und nicht, wie beim Kapital, die Verwertung eines vorgeschossenen Werts. Der Form nach stimmt die Zirkulation der Einkommen mit der allgemeinen Warenzirkulation überein, wie sie beim kleinen Gewerbetreibenden anzutreffen ist. Durch das größere Gewicht, das die allgemeine Warenzirkulation durch die Integration der Einkommenszirkulation erhält, wird der spezifische Charakter der Kapitalzirkulation weiter verdunkelt.

Drittens tritt noch eine weitere Mystifikation hinzu, sobald man die Einkommensträger einbezieht. Das Gesamtkapital schließt alle Klassen ein inklusive des entsprechenden sozialen Anhangs, so dass es auch von dieser Seite her nicht mehr einseitig als Kapital erscheint, sondern vielmehr als Ökonomie einer gesamten Bevölkerung. Der Begriff Volkswirtschaft oder Nationalökonomie scheint bereits aus diesem Zusammenhang heraus eine treffendere Bezeichnung zu sein als Gesamtkapital.

Viertens verdeckt die Reproduktionsweise des Gesamtkapitals den spezifischen Zweck des Kapitals. Während beim Einzelkapital der Profit bzw. die Profitrate – in welcher Formulierung auch immer – sofort ins Auge springt, steht beim Gesamtkapital stattdessen die Konsumtion des periodisch produzierten Gesamtprodukts im Vordergrund. Möglichst viel und günstig für die Bedürfnisse einer Gesellschaft zu produzieren drängt sich da als allgemeiner Zweck auf.

Fünftens produziert die kapitalistische Ökonomie aus sich selbst heraus weitere Erscheinungsformen, wodurch der spezifisch historische Kapitalcharakter zusätzlich verschimmt oder gar unkenntlich gemacht wird. Solche Mystifikationen beginnen – wie Marx in seiner Kritik der Politischen Ökonomie systematisch entwickelt hat – bereits im Produktionsprozess, treiben ihre Blüten in der Zirkulation und vollenden sich schließlich auf der Ebene des Gesamtkapitals.¹¹ Eine wichtige Stufe in der Fortentwicklung der Mystifikationen markiert die Form des Arbeitslohns. Die scheinbar harmlose Vorstellung vom »Preis der Arbeit« (Arbeitslohn) verdunkelt nicht nur die Quelle der Vermögens- und Unternehmereinkommen, indem alle Arbeit als bezahlt erscheint, so dass dann endlich Raum gegeben ist, neben der Arbeit eigenständige Einkommensquellen zu proklamieren, sondern vernebelt zudem den Charakter der Lohnarbeit als eine gesellschaftlich bestimmte Form der Arbeit. Das Verhältnis wird dadurch mystifiziert, indem die Lohnform auf die Arbeit, den Gebrauchswert der Arbeitskraft, bezogen wird. Der Lohn wird damit zu einem natürlichen Attribut der Arbeit. In Wirklichkeit ist er aber der Preis der Arbeitskraft, eine gegenüber dem Gebrauchswert Arbeit getrennte und eigenständige Form. Arbeit kann gar keinen Preis haben, sondern nur eine Ware, hier also die Arbeitskraft. »Preis der Arbeit« ist, wie Marx es nannte, ein »imaginärer Ausdruck«, der aus den

¹¹ Eine knappe, klare Zusammenfassung der verschiedenen Ebenen der Mystifikationen findet der Leser bei Marx, Kapital III (MEW 25), S. 835 – 839.

Produktionsverhältnissen selbst entsprungen ist.¹² Wenn es allerdings als ganz selbstverständlich angesehen wird, dass jede Arbeit einen Preis, d.h. einen Lohn hat, dann liegt es nahe, jegliche Arbeit, egal unter welchen Bedingungen sie verausgabt wird, als irgendeine Art Lohnarbeit zu deklarieren. Arbeit, wie sie in jeder Phase der Menschheitsentwicklung verausgabt werden muss, fällt nun direkt mit Lohnarbeit zusammen.

Daraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen auch für den Kapitalcharakter der Volkswirtschaft. Verschwimmt nämlich das spezifische Lohnverhältnis mit der Arbeit, dann muss die andere Seite des Verhältnisses, nämlich der Kapitalcharakter des Produktionsprozesses, ebenso verschwimmen mit den darin enthaltenen gegenständlichen Faktoren. Die Arbeit tritt nun nicht mehr als Lohnarbeit unter das Kapitalverhältnis, sondern kooperiert scheinbar gleichberechtigt mit den Produktionsmitteln, worin die geschichtlich bestimmte Kapitalform als natürliche Form dieser Produktionsmittel mystifiziert ist. Kapital und Produktionsmittel werden so identische Ausdrücke wie zuvor Lohnarbeit und Arbeit. Danach hat der frühzeitliche Mensch Kapital etwa als Faustkeil, Pfeil und Bogen ebenso besessen wie der moderne Mensch, der Kapital nur in technisch entwickelterer Weise in Gestalt von Maschinen, Hebebühnen etc. einsetzt.

Hinzu gesellt sich noch als weiterer unverzichtbarer Produktionsfaktor der Boden, der ebenfalls seine gesellschaftlich bestimmte Form einverleibt hat. Diese Form, die im Grundeigentum besteht, wird zur Natureigenschaft des Bodens, der deshalb ganz selbstverständlich als monopolisierter, im Eigentum befindlicher Boden auftritt.

Auf der Bühne gesellschaftlicher Produktion haben sich nunmehr drei Gruppen von Subjekten zusammengefunden: Da ist zunächst die Arbeit als zweckgerichtete Tätigkeit. Aber der Arbeitende benutzt nun nicht einfach die Arbeitsmittel, um seinen Zwecken gemäß den Naturstoff zu verändern, sondern Arbeitsmittel und Natur sind durch die darin eingeflossenen gesellschaftlich bestimmten Formen zu lebendigen Naturwesen auferstanden, die vergleichbar mit dem arbeitenden Menschen tätig sind. Nun ist es möglich, Arbeit, Boden, Kapital als handelnde und leis-

¹² Marx, Kapital I (MEW 23), S. 559; Marx fügt noch folgende allgemeine Bemerkung hinzu: »Dass in der Erscheinung die Dinge sich oft verkehrt darstellen, ist ziemlich in allen Wissenschaften bekannt, außer in der politischen Ökonomie.«

tende Faktoren miteinander in eine Linie zu stellen.¹³ Daran anknüpfend kann die in den Wirtschaftswissenschaften durchgängig vertretene Lehre von den Produktionsfaktoren plausibel machen, dass für die Produktionsleistungen entsprechende Gegenleistungen erforderlich und selbstverständlich auch gerechtfertigt sind: Wie der Arbeiter seine Arbeit im »Preis der Arbeit« vollständig bezahlt erhält, bekommt der Grundeigentümer, der Grund und Boden personifiziert, die Grundrente als entsprechendes Entgelt und schließlich fließen dem personifizierten Kapital (Eigentümer des Zinstragenden Kapitals bzw. Unternehmer als Repräsentant des fungierenden Kapitals) Zins und Unternehmergewinn zu.¹⁴

¹³ »Diese Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit des Menschen und der Maschine in der kapitalistischen Produktion kommt mit voller Klarheit darin zum Vorschein, dass die Maschine den Arbeiter ersetzt. Jede Erhöhung der Löhne wird mit einer Erweiterung der Maschinenanwendung begleitet. ... Diese Eigentümlichkeit der kapitalistischen Produktion hat Marx sehr treffend gekennzeichnet, indem er die lebendige Arbeitskraft unter die Kategorie des Kapitals subsumierte. Und in der Tat ist der Lohnarbeiter nichts anderes als ein Untertan des Kapitals.« Tugan-Baranowsky (1901), S. 16. Otto Conrad hat vortrefflich gegen die Gleichstellung der Produktionsmittel und des Bodens mit dem arbeitenden Menschen polemisiert. »Ohne Violine kann man nicht geigen. Wer würde daraus schließen wollen, dass nicht nur der Geiger, sondern auch die Geige geigt, dass beide gemeinsam Violine spielen? Gewiss niemand. Die Violine ist eben Musikinstrument und nicht Musikant, ganz ebenso wie Kapital und Boden Produktionsmittel und nicht Produzenten sind. Aus der Tatsache, dass ein und dieselbe Tätigkeit je nach den Umständen, unter denen sie sich vollzieht, und je nach den Hilfsmitteln, deren sie sich bedient, einen sehr verschiedenen Erfolg zeitigt, hat man auf keinem anderen Gebiet menschlicher Betätigung jemals den Schluss gezogen, dass jene Umstände oder Hilfsmittel eigene Leistungen verrichten.« Otto Conrad, zitiert nach Hofmann (1971), S. 93

¹⁴ »Es ist nicht wahr, dass der Grundbesitzer, der den Boden nicht selbst bebaut, zur Produktion etwas beistellt. Denn der Boden mit allen seinen Stoffen und Kräften ist von Natur aus da... Der Grundbesitzer gibt dem Pächter nur die Erlaubnis, den von der Natur beigestellten Boden zu besitzen. Für diese Erlaubnis wird der Pachtzins bezahlt... Für den Kapitalisten (gilt) ganz dasselbe... Ein Unterschied besteht nur insofern, als der Boden von Natur aus da ist, während die Kapitalgüter produziert werden müssen, eine Produktionsleistung, die aber nicht vom Kapitalisten, sondern von jenen verrichtet wird, die die Kapitalgüter erzeugen... Nur dadurch, dass man den Boden und das Kapital zu lebendigen Wesen macht, die ebenso wie der Mensch in der Wirtschaft tätig sind, kann man zu der Behauptung gelangen, dass Boden und Kapital Produktionsleistungen verrichten. (...) So dient die ganze Lehre von den drei Produktionsfaktoren nichts anderem, als der sozialetischen Rechtfertigung des Zinses und der Grundrente ... Dazu bedarf es des Nachweises, dass dem Einkommensbezug eine Gegenleistung des Einkommensempfängers entspricht. Und dies setzt voraus, dass ein Produktionsfaktor da ist, der diese Gegenleistung verrichtet. Denn nur ein Produktionsfaktor kann, wie schon der Name sagt – das Wort Faktor kommt von *facere*, d.h. tun, handeln – Leistungen verrichten.« Otto Conrad, zitiert nach Hofmann (1969), S. 134

Marx sah in einer solchen »ökonomischen Trinität«, die durch das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionselemente mit ihren gesellschaftlichen Formen entsteht, die Vollendung der Mystifikationen. Das Klassenverhältnis schwimmt hinter einem materiellen Band technisch sich ergänzender Produktionsverhältnisse. Marx hat diese verzauberte, auf den Kopf gestellte Welt, wo »Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben« als die »Religion des Alltagslebens« bezeichnet,¹⁵ die nur allzu gern von den Sozialwissenschaften aufgegriffen und zur Rechtfertigung der gesellschaftlichen Verhältnisse entsprechend theoretisiert wird.

All die Mystifikationen lassen das Gesamtkapital als etwas anderes erscheinen, als es dem inneren Zusammenhang nach ist. Auf der Ebene der Erscheinung existiert das Kapital nun nicht mehr als umfassendes gesellschaftliches Verhältnis, wodurch das Ganze bestimmt und festgelegt wird. Kapital ist stattdessen auf einen stofflichen Produktionsfaktor zusammengeschrumpft, der gleichberechtigt mit der Arbeit und dem Boden zusammenwirkt.

Entsprechend gliedert sich die Bevölkerung ökonomisch-funktional in die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital und die Eigentümer von Grund und Boden mit den entsprechenden Einkommensgruppen Lohn, Zins bzw. Unternehmergewinn und Grundrente. Ihr Zusammenhang stellt sich technisch über die sich wechselseitig ergänzenden Produktionsfaktoren her, die unbedingt miteinander kooperieren müssen. Entsprechend stehen auch die Eigentümer in einem gesellschaftlichen Zusammenhang, die gemeinsam und gleichberechtigt zum Wohle aller zusammenwirken. Hieraus entsteht der Schein, als würden die Glieder einer solchen wirtschaftlichen Gemeinschaft eine Art »Volksgemeinschaft« bilden. Das »Volk« und nicht mehr das Kapital erscheint als die vorausgesetzte, formende Kraft. Um zu leben, muss das »Volk« arbeiten und entsprechend zusammenwirken. Seine Wirtschaft stellt sich geradezu selbstverständlich als eine Volkswirtschaft oder Nationalökonomie dar.

¹⁵ Marx, Kapital III (MEW 25), S. 838

4. Vielzahl von Nationalökonomien

Es wurde gezeigt, wie sich das Gesamtkapital unter der Form der Volkswirtschaft bzw. Nationalökonomie stets reproduziert. Es bleibt jetzt noch ein weiteres Problem zu lösen: Die Reproduktion einer Volkswirtschaft erklärt noch nicht deren Vielzahl. Die Frage, um die es nun geht, lautet: Warum reproduziert sich das gesellschaftliche Kapital nicht global als Welt-Gesamtkapital, sondern länderweise als eine Pluralität von Volkswirtschaften? Oder schlicht gefragt: Wie reproduziert sich die Vielzahl von Nationalökonomien?

Der Leser sollte sich erinnern, dass die eigentlich formende Kraft der Volkswirtschaft das Kapital bildet, das sich als Gesamtkapital konstituiert und sich dann als eine sich reproduzierende Volkswirtschaft ausdrückt. Wenn aber das Kapital die entscheidende Macht bei der Konstitution einer Volkswirtschaft bildet, dann liegt es nahe, auch deren Vielzahl daraus zu erklären.

Um mein Vorhaben noch etwas genauer zu skizzieren, sei ein Vergleich mit der finanzkapitaltheoretisch fundierten Globalisierungsthese angebracht: Ebenso wie dort bildet auch hier das Kapital die entscheidende dynamische Macht der Wirtschaft. Damit enden bereits die Parallelen. Während in der Globalisierungsdebatte das Kapital als eine ausschließlich global wirkende Kraft angesehen wird, die tendenziell alle Schranken beseitigen soll und demnach keine positive Rolle bei der Konstitution von Volkswirtschaften bzw. Staaten spielen kann, tritt in der nachfolgenden Argumentation das Kapital als eine nationalökonomisch-separierende Kraft auf. Aus dem Kapital heraus, so meine Gegenthese, entstehen in Gestalt volkswirtschaftlicher Grenzen die Barrieren einer Globalisierung.

Solche Grenzen haben immer einen territorialen Bezug. Wie gelangt aber das territoriale Element in das Kapital hinein? Die Antwort findet man in der Analyse des wirklichen Reproduktionsprozesses.

Territoriale Fixierung des Kapitals

Um den Fixierungsprozess des Kapitals zu illustrieren, möchte ich nochmals auf das Hofmannsche Kapital-Schema verweisen, das ich diesem Kapitel vorangestellt habe. Durch die Umwandlung des Geldkapitals in die sachlichen und persönlichen Produktionsvoraussetzungen wird das Kapital funktional als produktives Kapital in der Produktion fixiert,

von wo aus es nicht mehr oder nur unter Schwierigkeiten in die Zirkulation zurückkehren kann. Es muss als produktives Kapital solange agieren, bis eine verkaufsfähige Ware hergestellt worden ist.

Eine besondere Bedeutung fällt den Arbeitsmitteln zu, die aus Infrastruktureinrichtungen wie Straßen, Brücken, Flugplätzen, Kanälen, Anlagen, Gebäuden und Maschinen bestehen.¹⁶ Solche Arbeitsmittel bleiben in der Produktionssphäre, nachdem sie dort einmal eingetreten sind. Mit der Funktion geht nur ein Teil ihres Werts auf die neu zu produzierende Ware über, während der andere Teil im Arbeitsmittel und daher im Produktionsprozess zurückbleibt. Aufgrund dieser besonderen Zirkulationsweise des Werts bezeichnet das Hofmannsche Kapitalschema den in Arbeitsmitteln verausgabten produktiven Kapitalteil als »fixes Kapital«.

Fix ist ein solches Kapital zunächst einmal nur insofern, als es mehrfach in einem Produktionsprozess als Produktionsvoraussetzung eingehen muss im Unterschied zum zirkulierenden Kapital, das nach jedem Produktionsprozess vollständig zu erneuern ist.

Eine solche Fixierung über mehrere Kapitalumschläge hinweg macht diese Kapitalteile in gewisser Weise immobil: Nachdem die Arbeitsmittel einmal im Produktionsprozess eingesetzt worden sind, müssen sie nämlich dort solange verweilen, bis sie verschlissen sind und der darin fixierte Kapitalwert mehr oder weniger vollständig im Tauschwert der produzierten Waren wiedererscheint.

Die Immobilität des Kapitals, die mit der produktiven Funktion einhergeht, beinhaltet noch nicht in jedem Fall eine Ortsgebundenheit. So fungiert der LKW einer Speditionsfirma als fixes Kapital, wobei die

¹⁶ Unter Arbeitsmitteln oder Betriebsmitteln, wie sie auch genannt werden, soll die »gesamte technische Apparatur verstanden werden, deren sich ein Unternehmen bedient, um Sachgüter herzustellen oder Dienstleistungen bereitzustellen. Zu den Betriebsmitteln ... rechnen die Grundstücke, Gebäude, Maschinen und maschinelle Anlagen ..., die innerbetrieblichen Fördermittel, das gesamte manuelle und maschinelle Werkzeug, einschließlich der Vorrichtungen, die Werkstatt- und Büroeinrichtungen, alle Arbeits-, insbesondere auch die Messgeräte, Verteilungsanlagen wie Rohrsysteme, Schaltanlagen, Modelle, Muster, Kraftfahrzeuge, soweit sie dem Betriebszweck zu dienen bestimmt sind.« Gutenberg (1973), S. 70f. Hinzu kommen noch solche Arbeitsmittel, die von mehreren Einzelkapitalen oder vom Gesamtkapital für die gemeinsame Nutzung bereitgestellt werden und in der betriebswirtschaftlichen Definition Gutenbergs nicht enthalten sind. Dazu zählen diverse Infrastruktureinrichtungen, Flughäfen, Hafenanlagen etc.

Ortsveränderung geradezu den eigentlichen Nutzeffekt dieses spezifischen Produktionsprozesses bildet.¹⁷

Dies trifft aber nur für wenige Wirtschaftszweige zu. Für die große Masse des fixen Kapitals besteht ökonomisch die Notwendigkeit, solange an Ort und Stelle zu bleiben, bis es unbrauchbar geworden ist.

Aber nicht nur die Arbeitsmittel sondern auch der bereits übertragene Wert kann eine gewisse Immobilität aufweisen. Verschiedene Waren benötigen aufgrund ihrer Gebrauchswerteigenschaften mehrere zusammenhängende Produktionsakte, bis sie einen verkaufsfähigen Zustand erreicht haben. So erfordert der Bau von Fabriken, der Anbau von Getreide, die Herstellung des Weins etc. einen längeren Zeitraum, über den hinweg der Kapitalwert in der Produktionssphäre eingeschlossen und dort weitgehend immobil bleibt. Diese Form der Immobilität schließt das zirkulierende Kapital ein, das sich über die Kette der erforderlichen Arbeitsprozesse im Arbeitsergebnis mehr und mehr aufhäuft.

Das fixe Kapital besteht aus einer Kombination verschiedener Arbeitsmittel mit unterschiedlich langen Lebenszeiten. Ein Teil, wie Werkzeugmaschinen, EDV-Einrichtungen etc. muss gewöhnlich früher ersetzt werden als die Gebäude und ein Großteil der Anlagen. Der Zeitpunkt für den Ersatzbedarf des fixen Kapitals richtet sich nach der Haltbarkeit, die in der stofflichen Beschaffenheit (Gebrauchswert) ihre Voraussetzung findet, nach Dauer und Intensität des Arbeitsprozesses und schließlich nach der Geschwindigkeit des technischen Fortschritts, mit der alte Gebrauchsweisen durch neue ersetzt werden. Hier ist nur der Punkt als wichtig festzuhalten, dass die Funktionsfähigkeit und der technische Leistungsgrad des gesamten fixen Kapitals vom regelmäßigen Ersatz seiner Teile abhängen.¹⁸

¹⁷ In der Transportindustrie bildet z.B. ein LKW fixes Kapital, ohne dass dieses mit dem Boden verbunden wäre. Hier zeigt sich, dass die ökonomische Formbestimmung des fixen Kapitals keine unmittelbare Eigenschaft des Arbeitsmittels selbst bildet. Dem Arbeitsmittel als solchem ist die besondere Zirkulationsweise des Werts ebenso fremd wie dem Menschen die Veräußerbarkeit seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten als Ware. Von »Natur« aus besitzen weder Arbeitsmittel noch Arbeitskraft Wert; bereits die Reduktion des Menschen auf bloße Arbeitskraft bildet eine moderne Abstraktion, die kapitalistische Verhältnisse zur Voraussetzung hat.

¹⁸ Da Zuverlässigkeit, Arbeitsgenauigkeit und Wirkungsgrad der Arbeitsmittel mit zunehmender Benutzung nachlassen, ist ein frühzeitiger Ersatz von Arbeitsmitteln zwingend erforderlich. Das Unternehmen muss erneuern, selbst wenn es die verdienten Abschreibungsbeträge an anderer Stelle profitabler einsetzen könnte. Es gilt das in der Be-

Hinzu kommen notwendige Erneuerungen bzw. Erweiterungen des Geschäftsumfanges, die durch die Konkurrenz erzwungen und durchgeführt werden müssen, will man das bereits investierte Kapital nicht gefährden. »Flüssiges« Geldkapital muss also durch Kauf neuer Arbeitsmittel immer wieder fixiert werden, um die übrigen Teile des Kapitals in ihrer Funktionsfähigkeit, d.h. in ihrem Charakter als Kapital zu erhalten.

Die örtliche Befestigung von Arbeitsmitteln kann auf zweifache Weise erfolgen: Ein Teil davon wird territorial fixiert, sobald er als Arbeitsmittel in die Produktionssphäre eintritt, wie z.B. Maschinen, die in Fabrikgebäuden installiert werden; ein anderer Teil wird von vornherein in einer am Ort fixierten Form produziert, wie z.B. Fabrik- und Bürogebäude, Hochöfen, Flughäfen, Hafenanlagen, Straßen, Kanäle, Bodenmeliorationen, Bergwerke etc.

Auf die große quantitative Bedeutung der territorial fixierten Arbeitsmittel haben Ökonomen und Historiker immer wieder hingewiesen. Besonders auffällig musste ihnen diese Kapitalart während der industriellen Revolution zu Beginn des 19. Jahrhunderts erscheinen, als eine sprunghafte Zunahme des fixen Kapitals zu verzeichnen war. So finden wir bei Friedrich List bezogen auf die damalige Zeit folgende Hinweise: »Bei weitem der größte Teil der materiellen Kapitale einer Nation ist an den Grund und Boden gebunden. In jeder Nation beträgt der Wert der Ländereien, der landwirtschaftlichen und städtischen Wohngebäude, der Werkstätten, Fabriken, Wasserwerke, Bergwerke usw. zwei Dritteile und bis zu neun Zehnteilen aller Werte der Nation.«¹⁹

In der heutigen Zeit übertreffen die Arbeitsmittel das Bruttoinlandsprodukt eines Landes um das Vielfache. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes belief sich 1997 das Bruttoanlagevermögen²⁰ für

triebswirtschaftslehre formulierte Gesetz, wonach die »produktive Leistung technischer Betriebseinrichtungen« um so günstiger (ungünstiger) ist, je geringer (größer) der »Anteil stark abgenutzter Betriebsmittel am Gesamtbestand der Betriebsmittel ist. ... Je günstiger also der Altersaufbau des Betriebsmittelbestandes ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Betrieb einen hohen technischen Leistungsgrad erreicht.« Gutenberg (1973), S. 72

¹⁹ List (1841), S. 245

²⁰ Zum Anlagevermögen zählt hier der Bestand an dauerhaften, reproduzierbaren Produktionsmitteln mit Ausnahme militärisch genutzter Güter und dauerhafter Güter der privaten Haushalte. Die Wohngebäude hingegen sind im gesamtwirtschaftlichen Anlagevermögen enthalten. Das Anlagevermögen schließt allerdings nicht den Grund und Boden (inklusive Bodenschätze) ein.

Bruttoanlagevermögen¹ in Deutschland (Mrd. DM, in Preisen von 1991)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Unternehmen ²	5950	6182	6346	6506	6649	6788	6928
Wohnungsvermietung ³	5575	5725	5870	6033	6198	6362	6523
Staat	989	1017	1042	1065	1087	1106	1121
Private Org. o. Erwerbszweck	250	256	264	270	275	281	286
Gesamtwirtschaft Bruttoanlagevermögen in % des BIP	12764 347%	13180 352%	13522 369%	13874 369%	14209 371%	14537 376%	14858 376%

Quelle: Statistisches Bundesamt

¹ Bestand am Jahresende, ohne öffentlichen Tiefbau; ² Unternehmen ohne Wohnungsvermietung;

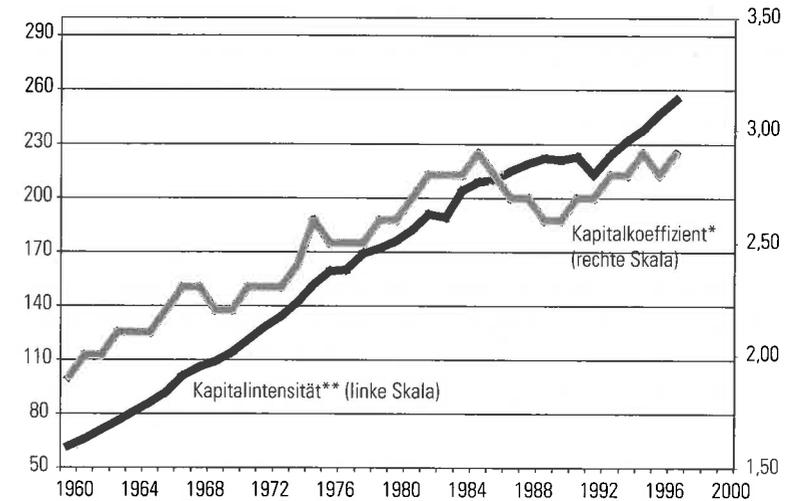
³ Einschließlich Nutzung durch Eigentümer

Deutschland auf rd. DM 15 Bio. bei einem Bruttoinlandsprodukt von rd. DM vier Bio.

Mit fortschreitender Technologie nimmt die Bedeutung der territorial fixierten Arbeitsmittel keineswegs ab, wie im Zusammenhang mit der so genannten «Internetökonomie» oder der Ausweitung des so genannten Dienstleistungssektors vermutet worden ist.²¹ Auf der einen Seite

²¹ Jeremy Rifkin erwartet eine »neue Stufe des Kapitalismus.« Als Elemente einer solchen radikalen Neustrukturierung sieht er »die Entwicklung einer Wirtschaft der Netzwerke, die stetige Entmaterialisierung der Waren (!), die schwindende Bedeutung von Sachkapital (!), den Bedeutungszuwachs von immateriellen Vermögen, die Metamorphose (!) von Gütern in reine Dienstleistungen (!), den Übergang von einer Produktions- zu einer Marketingperspektive.« Rifkin (2000), S. 154. Die Theorie vom »virtuellen Staat« beruht auf der Vernachlässigung gerade der fixen, territorial verbundenen Kapitale und geht zudem von einer willkürlichen Abtrennung des Produktionssektors vom Dienstleistungsbereich aus: »Vereinfacht gesagt wird die Geschichte von der zunehmenden Dominanz des Warenflusses über die Warenbevorratung erzählt. Gleichzeitig haben mobile Produktionsfaktoren wie Kapital, Arbeit und Information größere Bedeutung als fixe Faktoren wie Grund und Boden erlangt. Bald wird aus unserer gegenwärtigen Welt eine internationale Ökonomie hervorgehen, die von virtuellen Staaten beherrscht wird.« Rosecrance (2001), S. 43. »Als die Bedeutung des Kapitals im Vergleich zum Land und die Bedeutung der Dienstleistungen im Vergleich zur Fertigungsindustrie gestiegen ist ... wurde die Grundlage der Virtualisierung gelegt« (eda. S. 52) »Virtualisierung beruht auf der zunehmenden Bedeutung von Kapital und Kapitalfluss ... in der Weltwirtschaft.« (eda. S. 57) »Eine neue Art von Unternehmen hat sich herausgebildet. Das virtuelle Unternehmen, das die ökonomische Entsprechung zum virtuellen Staat darstellt, verbreitet sich immer mehr. Es spezialisiert sich auf Produktionsentwicklung, Marketing und Finanzdienstleistungen und überlässt die Produktion anderen. Diese neue Art von Unternehmen ist in Silicon Valley entstanden... Das virtuelle Unternehmen besteht aus

Entwicklung von Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität in Deutschland (bis 1990 nur Westdeutschland)



* Verhältnis Kapitalstock (Bruttoanlagevermögen ohne öffentlichen Tiefbau und ohne Wohnungsvermietung) zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991

** Kapitalstock (ohne öffentlichen Tiefbau) je Erwerbstätigen in 1.000 DM

begünstigen zwar technische Neuheiten den Prozess der Ökonomisierung, die sich z.B. in der Miniaturisierung verschiedener Arbeitsmittel (z.B. Computer) zeigt, wodurch deren stofflicher Umfang bei gleicher oder gar erweiterter Funktionalität abnimmt. Auf der anderen Seite beinhaltet der technologische Fortschritt die Substitution der Arbeitskraft durch Arbeitsmittel, so dass deren Umfang auch relativ anschwellen muss.

Über größere Zeiträume hinweg betrachtet gibt es etliche empirische Hinweise dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Kapitalintensität, gemessen

Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Design, Marketing, finanziellen und anderen zentralen Leitungsfunktionen bei geringer oder überhaupt keiner Produktionskapazität: ein Unternehmen mit Kopf – aber ohne Körper.« ebenda., S. 25f. Es entspricht diesem absurden Zeitgeist, wenn Hardt/Negri Produktivkräfte, Produktion, Ausbeutung und schließlich das Empire aus allen räumlichen Zusammenhängen herauslösen: »Diese neuen Produktivkräfte (vollkommen delokalisiert, vollkommen universell) verfügen jedoch über keinen Ort, weil sie alle Orte besetzen, und sie produzieren an diesem unbestimmten Nicht-Ort der Weltproduktion, an dem Arbeitskraft ausgebeutet wird... Der Nicht-Ort verfügt über ein Gehirn, ein Herz, einen Rumpf und über Gliedmaßen – und zwar global.« Hardt/Negri (2002), S. 222

sen als Verhältnis des Bruttoanlagevermögens zur Anzahl der Erwerbstätigen, tendenziell zunimmt. So stieg in Deutschland die Kapitalintensität von 62.000 DM im Jahre 1960 auf 255.000 DM in 1997; der Kapitalkoeffizient, d.h. das Verhältnis des Bruttoanlagevermögens zum Bruttoinlandsprodukt, erhöhte sich im selben Zeitraum um mehr als 50%. Hier wirkt das von Marx formulierte Gesetz einer steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals.

Solange die Menschen auf entwickelterer Stufenleiter produzieren, werden Arbeitsmittel erforderlich sein; sie werden einen umso größeren Stellenwert einnehmen, je weiter die Produktion fortschreitet.

Durch die Ortsgebundenheit einer großen Masse fixen Kapitals werden bereits wichtige Produktionszweige territorial gebunden. Hinzu kommen die extraktiven Wirtschaftszweige, die ihren Arbeitsgegenstand – wie z.B. in der Ölförderung bzw. im Bergbau – dem Erdreich entnehmen, und des Weiteren die Landwirtschaft, die in der Fruchtbarkeit der Böden ihr wirksames Arbeitsmittel findet. Solche Produktionsprozesse sind in besonderer Weise mit einem Landstrich vermählt und zentrieren um sich herum eine entsprechende Industrie. Es entsteht eine Art Gravitationskraft, wodurch selbst mobile Kapitalformen wie Handel, Banken oder verschiedene Dienstleistungen an einen entsprechenden Wirtschaftsraum gebunden werden. Das Kapital schlägt also Wurzeln, wird immobil, hängt auf Gedeih und Verderb am Schicksal des entsprechenden Landes. Auf der hier vorliegenden Abstraktionsstufe wird unter »Land« noch nicht ein bereits politisch begrenztes Staatsgebiet verstanden, sondern der Begriff wird im ursprünglichen Sinn verwendet als fester Grund, Erdboden etc., der eine natürliche Bedingung eines Gesamtkapitals bildet. Geographische Besonderheiten, unterschiedliche Naturbedingungen etc. sind da selbstverständlich eingeschlossen.

Das gesellschaftliche System der Produktivkräfte

Die Zentrierung selbst mobilerer Kapitalformen und Wirtschaftszweige um die territorial verwurzelten Kapitale wird durch die besondere Wirkung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zusätzlich verstärkt. Zwei Formen sind dabei zu unterscheiden: Erstens die innerbetriebliche Arbeitsteilung. Hier wird die Produktion eines Betriebs nach einem einheitlichen Plan eingerichtet. Der Arbeitsprozess besitzt einen kooperativen Charakter, der durch die Art der eingesetzten Maschinerie festgelegt wird. Die Produktivkraft, die durch die Kooperation verschiedener

Teilarbeiter entsteht, geht auf die Initiative des Unternehmers, dem Repräsentanten eines Einzelkapitals, zurück.²² Während diese Art der gesellschaftlichen Produktivkraft ausführlich thematisiert worden ist und z.B. in Adam Smith' Stecknadelbeispiel eine unvergessliche Form gefunden hat, wird eine zweite Form in ihrer selbständigen Bedeutung kaum gesehen bzw. mit der ersten mehr oder weniger identifiziert. Es handelt sich hierbei um die besonderen Wirkungen, die durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Sphären der Warenproduktion entstehen.

Beide Formen der Arbeitsteilung weisen gewisse Parallelen auf: Die Konzentration größerer Massen von Produktionsmitteln sowie eine gewisse Anzahl gleichzeitig angewandter Arbeiter innerhalb einer Unternehmung bilden die materiellen Bedingungen für die innerbetriebliche, gesellschaftliche Produktivkraft. Analog dazu bestehen in der Vielzahl der miteinander zusammenhängenden Produktionszweige und der Größe und Dichte²³ der Bevölkerung die Voraussetzungen für eine überbetriebliche, gesellschaftliche Produktivkraft.

Die betriebliche Agglomeration ist die besondere Existenzweise eines Einzelkapitals, die überbetriebliche die eines Gesamtkapitals. Dort wird die Produktivkraft durch die Differenzierung der Arbeitsmittel und die Kombination der Teilfunktionen festgelegt, auf der Ebene des Gesamtkapitals durch die Differenzierung und das Zusammenwirken verschiedener Produktionszweige.

Zwischen beiden Formen der Arbeitsteilung besteht ein innerer Zusammenhang: Die betriebliche Arbeitsteilung setzt einen gewissen Entwicklungsgrad der überbetrieblichen voraus, wie umgekehrt die über-

²² »Als unabhängige Personen sind die Arbeiter Einzelteile, die in ein Verhältnis zu demselben Kapital, aber nicht zueinander treten. Ihre Kooperation beginnt erst im Arbeitsprozess, aber im Arbeitsprozess haben sie bereits aufgehört, sich selbst zu gehören...Als Kooperierende... sind sie selbst nur eine besondere Existenzweise des Kapitals. Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist daher Produktivkraft des Kapitals...Sie erscheint als seine immanente Produktivkraft.« Marx, Kapital I (MEW 23), S. 352f.

²³ Die Bevölkerungsdichte – im ökonomischen Sinn – ist mehr als nur die Verteilung der Menschen im Verhältnis zum Boden. Sie stellt etwas Relatives dar, indem sie auch bestimmt wird vom Entwicklungsgrad der Transport- und Kommunikationsmittel. So weist ein stärker bevölkertes Land mit unterentwickelten Transport- und Kommunikationsmitteln eine geringere Dichte auf als eine spärlich besiedelte Region mit entwickelten Transport- und Kommunikationsmitteln.

betriebliche durch Fortentwicklung der betrieblichen Arbeitsteilung weiter differenziert wird.

Trotz der Parallelen und der bestehenden Zusammenhänge weisen beide Formen der Arbeitsteilung bedeutende Unterschiede auf:²⁴ Der innerbetriebliche Teilarbeiter wirkt an der Warenproduktion mit, ohne dass sein Arbeitsprodukt innerhalb des Betriebs Warenform annimmt, demgegenüber ist die überbetriebliche Arbeitsteilung durch Kauf und Verkauf von Waren vermittelt. Innerbetrieblich ist die Teilarbeit der unbedingten Autorität des Unternehmers unterstellt, überbetrieblich treten selbständige Warenproduzenten einander gegenüber. Innerhalb des Betriebs herrscht Planmäßigkeit der Produktion und dementsprechend ein unmittelbarer gesellschaftlicher Zusammenhang, überbetrieblich ist die Gesellschaftlichkeit warenförmig durch das Wirken des Wertgesetzes vermittelt.

Friedrich List hat die Bedeutung der aus dem Gesamtkapital herauswachsenden gesellschaftlichen Produktivkraft wie folgt charakterisiert:

»In der Manufaktur konzentrieren und vereinigen sie (die produktiven Kräfte) sich, ballen sie sich auf einer kleinen Fläche zusammen. Durch diesen Zusammenschluss und dieses Zusammenwirken ergibt sich eine Steigerung der produktiven Kräfte, die eher in geometrischer als in arithmetischer Proportion zunimmt. Je mehr Manufakturen verschiedener Art entweder am gleichen Ort vereint oder aber durch bequeme und schnelle Verkehrswege und Transportmittel eng miteinander verbunden sind, umso größere Bedeutung gewinnt die produktive Kraft jeder dieser Manufakturen.«²⁵ Und an anderer Stelle schreibt er: »Die produktive Kraft jeder einzelnen Fabrik ist umso größer, je mehr die ganze Fabrikationskraft des Landes nach allen ihren Verzweigungen ausgebildet und je inniger sie mit allen übrigen Geschäftszweigen vereint ist.«²⁶ List

²⁴ Vergleiche dazu Marx, Kapital I (MEW 23), S. 376

²⁵ List (1838), S. 80f.

²⁶ List (1841), S. 168f; Auf die besondere Wirkung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des Transportsystems, der Bevölkerungsdichte etc. auf die Produktivität einer Region oder eines ganzen Landes haben bereits lange vor List schon andere Autoren hingewiesen. »Es gibt eine gewisse Bevölkerungsdichte, die zweckdienlich ist, sowohl für den gesellschaftlichen Verkehr als auch für jenes Zusammenwirken der Kräfte, durch das der Ertrag der Arbeit gesteigert wird.« James Mill, zitiert bei Marx, Kapital I (MEW 23), S. 373. Oder noch früher Hodgskin zitiert bei Marx, Kapital I (MEW 23), S. 373: »Wenn die Zahl der Arbeiter wächst, steigt die Produktivkraft der Gesellschaft im gleichen Verhältnis zu diesem Wachstum, multipliziert mit der Wirkung der Arbeitsteilung.«

nennt dieses System der Produktivkräfte, das in der Dichte und arbeits-teiligen Verzahnung miteinander verwandter und voneinander abhängiger Produktionsprozesse besteht, die »Konföderation der Produktivkräfte«. Durch die Vernetzung der Unternehmen und Produktionszweige untereinander entstehe eine eigenständige gesellschaftliche Produktivkraft.

List hat zurecht diese übergeordnete Produktivkraft nicht als Zeiter-scheinung sondern als generellen Tatbestand kapitalistischer Produktion gewertet und sie in Zusammenhang gestellt mit einer zeitweisen Einführung von Erziehungszöllen zum Aufbau einer industriellen Basis. Seitdem taucht dieser Gedanke immer wieder auf u.a. in der Außenwirtschaftstheorie.²⁷

Die heutige Raumwirtschaftslehre spricht – wenngleich nur sehr oberflächlich – einen ähnlichen Sachverhalt an, wenn sie von der Hypothese positiver externer Skaleneffekte (sinkende Durchschnittskosten mit wachsender industrieller Basis) ausgeht. Sie weist darauf hin, dass solche Produktivitätssteigerungen zu weiteren Agglomerationstendenzen führen müssten.²⁸ Dies erklärt auch, warum alle größeren Länder eine ausgewogene industrielle Basis besitzen und weshalb der Außenhandel zwischen den verschiedenen Ländern einen vorwiegend intraindustriellen Charakter annimmt.

²⁷ Zum Beispiel bei Kruse, wenn er schreibt: »Unabhängig von den Kosten innerhalb der Unternehmungen kann die Häufung von Unternehmungen in einem Bezirk oder Land gewisse Verbilligungen von Kostengütern, gleichsam Kostensenkungen von außerhalb der Unternehmungen mit sich bringen. Die wachsende Industriedichte führt bis zu einem gewissen Grade zur Verbesserung der Verkehrsmittel und des Verkehrsnetzes. Bahnen, Autostraßen, moderne Nachrichtenmittel lohnen sich erst bei einer bestimmten Verkehrsdichte und führen mit wachsender Verkehrsintensität zu einer Verbilligung der Verkehrsleistungen. Die gegenseitige Ergänzung der Kostengüter hat dieselbe Folge. Schließlich bildet diese Ballung auch einen großen Arbeitsmarkt, der in Hinsicht auf Arbeitseinsatz und Arbeitsausgleichsmöglichkeiten große Vorteile bietet. Die Produktionselastizität wird größer, wenn man auf einem hinsichtlich Menge und beruflich-qualitativer Vielseitigkeit großen Arbeitsmarkt Arbeitskräfte anfordern oder auch wieder abgeben kann. Entsprechendes lässt sich auch für den Geld- und Kapitalmarkt sagen. Erst eine gewisse Industriedichte in einem Lande schafft die Möglichkeiten der rationellen Heranführung des Produktionselements Kapitals und erlaubt einen Ausgleich des schwankenden Geld- und Kreditbedarfs. Solche externen Ersparungen sind also nicht innerbetriebliche Kosteneinsparungen, die durch Rationalisierung in den einzelnen Betrieben entstehen; sie ergeben sich aus der Industrieagglomeration und bewirken Preissenkungen der Kostengüter.« Kruse (1965), S. 395f.

²⁸ Vergleiche z.B. Gahlen (1995), S. 4 u. S. 52

Die Art, Qualität und Menge der in einem Land fixierten Arbeitsmittel sowie die ohne menschliches Zutun existierenden Naturgegebenheiten bestimmen die technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses, d.h. die Produktionsweise selbst. Dies schließt eine bestimmte gesellschaftliche Teilung der Arbeit, Art und Umfang der Produktionszweige, Effizienz der Transportmittel, Größe und Dichtigkeit der Bevölkerung, Geschick und Ansprüche der Arbeiter ein. Solche Bedingungen legen die allgemeine Produktivität und Intensität der in einem entsprechenden Wirtschaftsraum verausgabten Arbeit sowie das dort existierenden Lohn- und Gehaltsniveaus fest.²⁹

Das einem Einzelkapital übergeordnete System der Produktivkräfte wechselt von Land zu Land;³⁰ die Produktivkräfte sind in einem Land, das als höher entwickelt gilt, fortgeschrittener als in weniger entwickelten Ländern. Innerhalb eines Landes bildet sich so etwas wie ein Standard heraus, der durch die Anwendung der dort herrschenden Arbeitsmittel und durch einen gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit charakterisiert wird.

Eine solche Art von Durchschnittsarbeit wird in der Volkswirtschaftslehre immer wieder angesprochen und vor allem in der Werttheorie unter dem Gesichtspunkt der quantitativen Wertbestimmung thematisiert. Der klassische englische Ökonom David Ricardo geht beispielsweise in seiner Außenwirtschaftstheorie von einer nationalen Durchschnittsarbeit aus, wenn er sagt, dass die »Arbeit von 100 Engländern nicht für die von 80 gegeben werden kann.«³¹ Eine solche Quantifizierung unterstellt notwendig, dass die Arbeit eines Engländers, gleichgültig in welcher Branche er tätig ist, ob in der Wein- oder Tuchproduktion, ebensoviel gilt wie die Arbeit eines anderen Engländers. Allerdings war für Ricardo klar, dass für andere Länder wie zum Beispiel für Portugal ein anderer Durchschnitt existiert, so dass ein derartiger Tausch zwischen

Portugal und England sehr wohl möglich ist. Indem Ricardo die Arbeit länderweise quantifiziert, setzt er deren Wertschöpfende Kraft pro Zeiteinheit für ein Land als gleich groß voraus im Unterschied zu einem anderen Land.³²

Der Begriff der »gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit« weist in dieselbe Richtung. Marx versteht darunter die Arbeitszeit, die erforderlich ist, »um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen.«³³ Die Arbeit muss also hinsichtlich ihrer wertschöpfenden Kraft qualitativ gleich sein, d.h. unter normalen, allgemein gültigen Bedingungen verausgabt werden; sie muss wirkliche Durchschnittsarbeit sein, damit die Arbeitszeit als Größenmaß des Werts dienen kann. »Gesellschaftlich normale Produktionsbedingungen« sowie der »Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit« sind Standards, die lediglich im Wirkungsraum eines Gesamtkapitals, nicht aber global gelten. Dem entsprechend hat Marx den Begriff der Durchschnittsarbeit immer nur auf die Ökonomie eines Landes, d.h. auf die Arbeit bezogen, die ein Gesamtkapital (insgesamt) anwendet. Ihm war klar, dass es hierbei zwischen den Ländern beträchtliche Unterschiede geben würde.

Das Gesamtkapital haben wir bereits als eine dem Einzelkapital übergeordnete Einheit, als ein Gebilde eigener Art kennen gelernt. Hier sieht man nun, dass es auch die allgemeinen Produktionsbedingungen festlegt, unter denen die Einzelkapitale die Arbeiter anwenden. Darin eingeschlossen ist als besondere Wirkung des Gesamtkapitals das gesellschaftliche System der Produktivkräfte. Durch die Summe der miteinander verzahnten Einzelkapitale entstehen exklusive Produktionsvoraussetzungen, die nur auf dem Territorium Gültigkeit besitzen, auf dem das Gesamtkapital agiert. Alle Kapitale, die in einem Land angelegt werden, operieren unter dem dort allgemein gültigen System der Produktivkräfte. Solche Bedingungen bilden ein gemeinschaftliches Monopol der

²⁹ »Das unterschiedliche Niveau der Produktivität in der Welt ist nur zum Teil die Folge der verschiedenen Ausstattung der Räume mit den Gaben der Natur oder der Größe und Verteilung der Bevölkerung, vielmehr hängen diese Unterschiede in erster Linie ihrerseits von der bisherigen Ausstattung mit Kapitalgütern ab.« Kruse (1965), S. 112

³⁰ Auf der hier vorliegenden Abstraktionsstufe beinhaltet der Begriff »Land« noch keine nationalstaatliche Formbestimmung. Mit »Land« soll lediglich das natürliche Territorium gemeint sein, auf dem ein Gesamtkapital operiert. Wie es zur Trennung der territorial verwurzelten Gesamtkapitale notwendig kommen muss, werde ich im nächsten Absatz zeigen.

³¹ Ricardo (1821) S. 112

³² Kapitalwanderungen lässt Ricardo, wenngleich nur unter Schwierigkeiten, zu, ohne dass sich an den Durchschnittsbedingungen eines Landes etwas ändert. Er macht nicht den in der heutigen Globalisierungsdebatte anzutreffenden Fehler, als könnte etwa das portugiesische Kapital seine günstigeren Produktionsbedingungen auf das weniger entwickelte England (einen derart unterschiedlichen Entwicklungsgrad unterstellt Ricardo) übertragen.

³³ Marx, Kapital I (MEW 23), S. 53

im Land ansässigen Kapitale. Hierbei handelt es sich um ein aus der kapitalistischen Produktionsweise selbst entspringendes kollektives Monopol. Das Einzelkapital kann durch seine besondere Funktion, die es im Land verrichtet, nur einen bescheidenen Teil dazu beitragen, ohne aber das System der Produktivkräfte bestimmen zu können.

Widerspruch zwischen Gleichheit des Kapitals und Ungleichheit der Profitraten

Man hat also gesehen, dass in den Ländern aufgrund der Art, Qualität und Menge der Arbeitsmittel, der Gaben der Natur und des besonderen gesellschaftlichen Verbunds der Produktionszweige spezifische Produktivitäts- und Intensitätsbedingungen der Arbeit sowie bestimmte Lohn- und Gehaltsniveaus existieren. Dies hat Einfluss auf die Verwertungsstrukturen des dort agierenden Kapitals, und zwar auf dessen Wertzusammensetzung, auf die Umschlagszeit und auf die Mehrwertrate. Hierdurch wird die Höhe der Profitrate festgelegt.³⁴

Was passiert aber, wenn zwischen den Territorien unterschiedliche Verwertungsstrukturen mit unterschiedlichen Profitraten existieren?

Um das Geheimnis zu lüften, müssen wir uns die allgemeinen Bestimmungen des Kapitals in Erinnerung rufen. Kapital, allgemein betrachtet, ist prozessierender Wert: Ein Wert wird vorgeschossen, um sich zu verwerten, d.h. um vergrößert zum Ausgangspunkt zurückzukehren, um dann die profitable Bewegung erneut zu beginnen. Die allgemeine Bewegungsform des Kapitals lautet G-W-G': Ausgangs- wie Endpunkt sind Geld, nur verschieden in der Größe, nicht aber vom Inhalt. Diese Größe ist dabei wesentlich, bildet den einzigen Zweck der Kapitalbewegung.

Das Kapital, abstrakt gefasst, enthält alle Bestimmungen, die jedem Kapital als solchem zukommen. Seine Eigenschaften sind gleich, egal in welcher stofflichen Hülle es sich vorübergehend kleidet und in welcher Sphäre es operiert. Diese Gleichheit muss sich in der Verwertung zeigen. Das Maß dieser Verwertung wird gebildet durch die Profitrate, dem Verhältnis des vom Kapital angeeigneten Profits zum vorgeschossenen Wert. Gleiche Profitraten existieren aber nur für das Kapital eines Landes, nicht jedoch global.

³⁴ Vergleiche dazu die ausführliche Analyse von Marx, Kapital III (MEW 25), S. 59-86

Hier nun liegt der Widerspruch: Die Gleichheit des Kapitals fällt zusammen mit einer Ungleichheit der Profitraten. Nun ist aber diese Gleichheit des Kapitals nicht nur eine Gleichheit der Form – ein vorgeschossener Wert kehrt vergrößert (verwertet) zum Ausgangspunkt zurück – sondern gerade eine Gleichheit der Größe. Fehlt diese Bestimmung, dann ist Kapital in einem wesentlichen Punkt nicht gleich, sondern in sich etwas Verschiedenes, es unterscheidet sich von anderen. Es handelt sich nun um zwei Kapitale, ihrer allgemeinen Form nach zwar gleich – deshalb sind sie Kapital –, verschieden aber in der Verwertung. Aus der Gleichheit des Kapitals und der Ungleichheit seiner allgemeinen Verwertungsbedingungen entsteht die Notwendigkeit, dass sich die Kapitale entlang ihrer Verwertungsgrenzen voneinander separieren.³⁵ Abstrakt gefasst, d.h. ausgehend vom allgemeinen Kapitalbegriff, besteht das trennende Moment in dem Widerspruch von Gleichheit des Kapitals und Ungleichheit seiner Verwertung.

Das soeben formulierte Gesetz der Repulsion von Kapitalen mit unterschiedlicher Verwertung wirkt allgemein, also selbst auf der Ebene des Einzelkapitals. Hier reißen sich Ableger vom Originalkapital los und funktionieren als neue selbständige Kapitale in anderen Produktions-sphären mit höherer Profitrate. Nebenbei bemerkt ist dies der Grund dafür, warum trotz der wirksamen Konzentrations- und Zentralisations-

³⁵ Die tiefste und umfassendste Analyse des Kapitals findet der Leser in den Marx-schen drei Bänden des »Kapital«. Marx war sich darüber klar, dass ein solcher Widerspruch zwischen Gleichheit des Kapitals und Verschiedenheit der Profitraten nicht existieren kann. Im Zusammenhang mit der Herausbildung einer einheitlichen Länder-Profitrate, die zunächst auf unterschiedlichen Branchenprofitraten beruht, finden wir den folgenden Hinweis: »Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, dass in der Wirklichkeit, von unwesentlichen, zufälligen und sich ausgleichenden Unterschieden abgesehen, die Verschiedenheit der durchschnittlichen Profitraten für die verschiedenen Industriezweige nicht existiert und nicht existieren könnte, ohne das ganze System der kapitalistischen Produktion aufzuheben.« Marx, Kapital III (MEW 25), S. 162. Der Widerspruch wird hier dadurch gelöst, dass sich bei den kapitalistisch produzierten Waren ein von ihrer Wertgröße abweichender Produktionspreis mit darin enthaltenem Durchschnittsprofit herausbildet. Eine solche Lösung ist aber unmöglich zwischen den Kapitalen verschiedener Länder mit jeweils unterschiedlicher Profitrate. Hier existieren kollektive Monopole an dem dort existierenden Produktivitäts- und Intensitätsniveau der Arbeit. Ein Ausgleich der Profitraten durch Kapitalwanderung kann hier schon deshalb nicht stattfinden, weil eine entsprechende Preisbewegung gar nicht zustande kommen kann. Das »System der kapitalistischen Produktion« muss sich entsprechend separieren entlang der Verwertungsgrenzen.

tendenzen des Kapitals das Hilferdingsche Generalkartell eine logische Unmöglichkeit beinhaltet.

Nun sind die Kapitale mit ihren jeweiligen Territorien verbunden. Die Verwertungsgrenzen werden Bestimmungsmomente für Ländergrenzen. Das Land erhält dadurch eine spezifisch gesellschaftliche Form: Es steht nun nicht mehr, wie noch zu Beginn dieser Analyse, einfach für den Erdboden als natürliche Produktionsvoraussetzung. Auch hat sich darin nicht nur fixes Kapital eingegraben. Es dient vielmehr einem real agierenden gesellschaftlichen Gesamtkapital als Ort seiner Existenz im Unterschied zu anderen Länderkapitalen. Entsprechend separieren sich die Wirtschaften zu territorial abgrenzbaren Volkswirtschaften. Der Grund dafür liegt in der Ökonomie selbst, nicht aber in der Politik. Die Welt ist demnach nicht »wirtschaftlich entgrenzt«, wie die Globalisierungsthese nahe legen möchte, sondern bleibt unter kapitalistischen Voraussetzungen volkswirtschaftlich zersplittert.

Durch politische Ereignisse, insbesondere durch Kriege, können die ökonomischen Verwertungsgrenzen von Volkswirtschaften politisch verändert werden, so dass dann die tatsächlichen Grenzen nicht mehr mit den Bruchlinien der Verwertung übereinstimmen müssen. Solche Modifikationen setzen allerdings den zu modifizierenden Sachverhalt, nämlich die Existenz volkswirtschaftlicher Grenzen voraus.

Kapitel 4

Warum gliedert sich die Welt in Nationalstaaten? Auf der Suche nach einer Erklärung

1. Theorien über die Konstitution von Nationalökonomien

Die Frage, warum sich die Welt ökonomisch in eine Vielzahl von Nationalökonomien und politisch in eine Vielzahl von Nationalstaaten aufgliedert, hat die Menschen seit der Neuzeit immer wieder beschäftigt. Besonders die älteren Theorien stellten eine interessante Verbindung zwischen der nationalen Zersplitterung der Welt einerseits und dem dort operierenden Kapital andererseits her. Entsprechend sah man in der Fortentwicklung gerade solcher, für die Nation förderlicher Kapitalformen eine Stärkung der ökonomischen und damit zugleich der politischen Macht eines Landes.

Merkantilisten: Handelskonflikte erhalten nationale Bedeutung

Als typisch dafür stehen die entsprechenden Auffassungen der Merkantilisten. Für sie bestand das Kapital ganz selbstverständlich in endloser Geldvermehrung. Allein diese Erkenntnis erlaubte es ihnen, den Export von Geld oder Gold, den sie im Anfangsstadium ihrer Lehre noch scharf bekämpf hatten, in einem reiferen Stadium mit dem Argument zu akzeptieren, dass das als Kapital fortgegebene Geld zu seinem nationalen Ausgangspunkt vergrößert zurückkehren müsste, wodurch eine Vermehrung des so sehr gewünschten Reichtums zu erwarten wäre.

Die Merkantilisten hatten trotz der klaren Vorstellung von der Grenzenlosigkeit des Kapitals keine Angst, dass mit der Ausweitung des Kapitals der für sie wertvolle nationale Zusammenhang zersetzt werden könnte.

Im Gegenteil: Sie sahen in der Kapitalakkumulation die Grundlage für die Stärkung der nationalstaatlichen Macht. Demzufolge taten sie alles, um das produktive Kapital zu vermehren: Sie ließen Kanäle, Straßen und Manufakturen bauen, schützten diese vor der ausländischen Konkurrenz. Sie spürten offenbar, dass die Förderung kapitalistischer

Produktion das beste Mittel sei, um den Reichtum einer Nation und damit die Nation selbst zu stärken. Man kann nur daraus schließen, dass für sie das Kapital eine nationale Bedeutung gehabt haben musste. Und tatsächlich entwickelten sich während dieser Zeit Hand in Hand einmal die kapitalistische Produktion und zum anderen die nationalen Einheitsstaaten, die sich über ganz Europa verbreiteten.¹

Die merkantilistische Theorie mit ihrer nun positiv am Kapital ausgerichteten Vorstellungswelt bildet die erste Form und dazu die Grundform des modernen ökonomischen Denkens. Zuvor war das Kapital unter der Form des Kaufmanns und des Wuchergeschäfts mit großem Misstrauen betrachtet worden. Die Vorstellung des Aristoteles, wonach die Kaufmannskunst und das Zinsgeschäft widernatürlich und hassenswert seien und jenseits der naturgemäßen Erwerbskunst stehen würden, dominierte bis ins späte Mittelalter hinein im Großen und Ganzen das Denken. Die Sorge, die jenseits der Produktion operierenden Kaufmanns- und Wucherkapitale könnten die alte Produktionsweise ergreifen und revolutionieren, rief im späteren Mittelalter strenge Zunftordnungen hervor, die kleinlich genau darauf achteten, dass die Tendenz in Richtung einer Kapitalisierung der städtischen handwerklichen Produktion erstickt wurde.

Damals kauften die Kaufleute in der Hauptsache noch nicht kapitalistisch produzierte Waren, um sie teurer zu verkaufen. Sie bestimmten die Zirkulation, nicht aber die Produktion, wie sie umgekehrt auch nicht von der Produktion bestimmt wurden. Nur die Produkte waren ihnen

¹ Dieser Zusammenhang wiederholte sich vor rd. 15 Jahren in Osteuropa: Die Rekonstruktion kapitalistischer Verhältnisse ging dort einher mit der Etablierung neuer Nationalstaaten, verbunden mit der Entstehung zuvor unbekannter nationaler Feindseligkeiten. Überall im Osten Europas, auf dem Balkan und im Baltikum, in der Ukraine, in Russland und auf der Krim werden im Zusammenhang mit der Zerstückelung des einst weitgehend geschlossenen Wirtschaftsraums Ansprüche auf nationale Souveränität erhoben. Dass der Nationalismus bis dahin kaum in Erscheinung trat, lag keinesfalls an der besonderen Repression. Die Gewaltthese als Begründung für die fehlenden nationalen Kämpfe weist schon deshalb wenig Überzeugungskraft auf, als die Repressionen auf dem Balkan oder die des russischen Staates etwa gegenüber Tschetschenien kaum weniger gewaltsam ausfallen, ohne die nationalen Bewegungen unterdrücken zu können. Ohne der weiteren Argumentation vorgreifen zu wollen, erlaube ich mir bereits hier den Hinweis, dass der entscheidende Grund für die damals nicht anzutreffende nationale Feindschaft in den fehlenden ökonomischen Voraussetzungen zu suchen ist. Die mittel- und osteuropäischen Ökonomien waren zwar in den Weltmarkt eingebunden, jedoch nicht als sich selbst regulierende Gesamtkapitale sondern als Staatswirtschaften.

wichtig, soweit diese günstig gekauft und teuer verkauft werden konnten, nicht aber die Bedingungen der Produktion. Es fehlte dem im Waren- und Geldhandel steckenden Kapital die territoriale Fixierung, die Verbindung mit einem besonderen Gebiet. Das kaufmännische Interesse beschränkte sich auf das eigene Verkaufskontor, auf die Handelsplätze sowie auf die Aufrechterhaltung der Bezugs- und Absatzwege, also auf die wenigen Marktflecken und Transportverbindungen, die für das eigene Geschäft wichtig waren.

Die besonderen Verbindungen, die der damalige Kaufmann hatte, entschieden über die Höhe seines Profits und nicht etwa die Produktionsbedingungen seiner Umgebung. Es fehlten ihm aber nicht nur die Interessen an den allgemeinen Produktionsbedingungen, sondern zudem die Hartnäckigkeit, mit der er einen besonderen Standort verteidigte. Wurde es dem Kaufmann an einem Ort unbequem, weil er vielleicht Rechtsbruch seitens der Fürsten befürchtete, räumte er lieber schnell das Feld, um an anderen Orten sein Geschäft ohne größere Schäden fortzusetzen. Das territoriale Moment erhielt nur insofern Bedeutung, wie es der Aufrechterhaltung von Handelsverbindungen diene.

Wie wenig die Kaufleute mit einem besonderen Land verbunden waren, zeigt das Beispiel der Hanse. Ihr waren Kaufleute aus völlig verschiedenen Städten mit unterschiedlicher Kultur und Tradition angeschlossen; der Handel trug einen globalen, keinen nationalen Charakter. Außenhandel, Handelsbilanzüberlegungen oder die Förderung der Wirtschaft eines Landes waren dieser Welt des Handels fremd. Erst die Merkantilisten haben die Wirtschaftspolitik in den Vordergrund gerückt und sich dabei auf die Ökonomie eines Landes fokussiert. Das neue Denken knüpfte häufig noch an alte Vorstellungen an, versteckte in der Anfangszeit die neuen Inhalte hinter den alten Formen. Besonders in der kame-ralistisch geprägten Literatur des Merkantilismus findet man solche Spuren: Die kleine Ökonomie eines landwirtschaftlich geprägten Oikos bzw. die eines »ganzen Hauses« (Otto Brunner) wird vergrößert und auf die Wirtschaft eines Fürstentums bzw. Königreichs übertragen, wobei im völligen Gegensatz zum alten Denken die gesamte Wirtschaft eines Landes mehr und mehr unter kommerziellen Gesichtspunkten betrachtet wird. Der Kaufmann fungiert nun als wertvoller Diener des Königs, das ehemals besonders gehasste Wuchergeschäft wird als nützlich angesehen, um das Geld eines Landes, das nicht im Kasten ruhen darf, in Bewegung zu halten.

Mit erstaunlicher Treffsicherheit haben die seit Adam Smith als »naiv« bezeichneten Merkantilisten die Wirtschaft eines Landes als zusammenhängende Volkswirtschaft erkannt, die in jeder Hinsicht geschützt und gefördert werden musste. Sie sahen darin mal mehr mal weniger einen landesweit operierenden, großen Kaufmann, der zu einem höheren Wert ans Ausland verkaufen sollte, als er an Wert bezog. Diese Theorie der aktiven Handelsbilanz ähnelte der Vorstellung vom Handelsprofit als der Differenz zwischen dem Wert der verkauften und der gekauften Waren. Daneben findet man eine reichhaltige handelswissenschaftliche Literatur, worin alles zusammengetragen wurde, was ein guter Kaufmann wissen sollte. Die Mikro- und Makroebene ist erstmals klar formuliert. Die Begriffe, mit denen die volkswirtschaftliche Reichtumsproduktion ausgedrückt wird, tragen noch Spuren der kaufmännischen Rechnungslegung, wie sie ein einzelner Kaufmann vorzunehmen pflegt.

Die Merkantilisten ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass das Kapital eines Landes geschützt bzw. gefördert werden muss gegenüber der ausländischen Konkurrenz. In ihrer kindlichen Ehrlichkeit werden die Konflikte der Staaten untereinander nicht – wie heute üblich – aus kulturellen Unterschieden hergeleitet bzw. durch moralische Werte wie Menschenrechte oder durch geschürte Terrorismusängste vernebelt, sondern klar als ökonomische Konflikte, insbesondere als Handelskämpfe ausgewiesen. Der Handel erhält fortan politische Bedeutung. In letzter Instanz sollen die Konkurrenzkämpfe durch Kriege geführt und entschieden werden. Man vergleiche dazu den Handelskonflikt zwischen Holland und England, wie er von Thomas Mun, dem bekannten englischen Merkantilisten, dargestellt wird. In der Schrift »Englands Schatz durch den Außenhandel« aus dem Jahre 1664² lässt Mun keinen Zweifel darüber aufkommen, dass hinter dem nationalen Streit handfeste ökonomische Konflikte stehen: »In Wirklichkeit aber (wie man leicht beobachten kann) gibt es in der gesamten Christenheit kein zweites Volk, das sich so sehr bemüht, im Auslande und daheim uns zu schädigen, zu benachteiligen und zu verdrängen.... Wir dürfen ruhig behaupten, dass die Holländer nicht zu uns gehören, auch wenn sie unter uns leben; denn obwohl manche in unserem Land geboren und auferzogen wurden, so blieben sie trotzdem Holländer, weil sie nicht einen Tropfen englisches Blut im

² Muns Hauptwerk erschien bereits 1609, wurde gänzlich umgearbeitet und von seinem Sohn dann neu herausgegeben.

Herzen haben. Man könnte noch mehr über die Beutegier und die ehrgeizigen Unternehmungen der Holländer sagen; denn sie werden mit der Zeit reich und mächtig werden, wenn man ihnen nicht zur rechten Stunde Einhalt tut.«

Mun trägt hier das Handelsinteresse keineswegs als ein besonderes Anliegen der Kaufleute vor, sondern er stellt es als eine Sache des gesamten englischen Volkes dar. Überall in seiner Schrift erhält das besondere Interesse des Kaufmannsstands diese gemeinschaftliche Bedeutung. Um daraus ein außenpolitisches Anliegen Englands zu machen, kleidet er es in solche Formen, mit denen sich die Engländer damals identifizieren konnten im Gegensatz zu den konkurrierenden Holländern. Mun plaudert ganz nebenbei das innere Geheimnis der modernen Nation aus: Die Nation erscheint bei ihm als eine zum Teil völkische Form (»englisches Blut«), hinter der die auswärtige kommerzielle Konkurrenz inhaltlich steht. Ebenso hätte Mun andere Unterschiede herausgreifen können, etwa eine gemeinsame Sprache, die Kultur oder eine langlebige »Schicksalsgemeinschaft«, um dann solche an sich harmlose Unterschiede in nationale Gegensätze zu transformieren.

Die klaren Vorstellungen der Merkantilisten von den nationalen Gegensätzen übertreffen bei weitem die philosophische Beschaulichkeit, wie sie etwa Immanuel Kant in seiner bekannten Schrift »Zum ewigen Frieden« dokumentiert hat. Die Aufteilung der Menschen in Nationen sei eine ausgezeichnete Sache, habe sie doch u.a. die Entstehung einer Weltdespotie nach östlichem Muster verhindert. In Zukunft würden Handelsinteresse und Geldmacht für eine friedliche Fortentwicklung sorgen. »Es ist der Handelsgeist, der mit dem Krieg nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt.«³ Wie wir heute wissen, erwiesen sich »Handelsgeist« und »Geldmacht« in ihrer Allianz mit dem Industrieinteresse als mächtige Triebkräfte eines tragischen Kriegszeitalters, das auf der Grundlage einer kapitalistischen Ökonomie bis heute anhält.

Klassiker: Nationalökonomien mit Eigengesetzlichkeit

Die im Merkantilismus noch bestehende enge Verzahnung von Politik und Wirtschaft musste in dem Moment als überflüssig erscheinen, als die kapitalistische Wirtschaft eines Landes genügend gestärkt worden

³ Kant (1795), S. 309

war, um sich auf eigener Grundlage selbständig zu reproduzieren, und man keine vernichtende Konkurrenz mehr zu befürchten hatte. Es schlug die Geburtsstunde des Liberalismus, der ökonomisch in der Klassischen Politischen Ökonomie eine Grundlage hatte. Entsprechend bemühte man sich ernsthaft, die eigenständige Reproduktion einer Volkswirtschaft herauszustellen.

Was die Merkantilisten noch nicht kannten, war die Eigengesetzlichkeit der Volkswirtschaften, die selbst gesteuerte Reproduktion des Gesamtkapitals. Hier erzielten die Physiokraten unter Francois Quesnay den entscheidenden theoretischen Durchbruch. Sein »Tableau Economique« zeigt in wenigen Zahlen die Reproduktionsbewegung des Gesamtkapitals auf, ein »höchst genialer Einfall«, wie Marx diesen Versuch nannte, »unstreitig der genialste, dessen sich die politische Ökonomie bisher schuldig gemacht hat.«⁴

Das »Tableau Economique« fasst die Vielzahl individueller Tauschakte in ihrer charakteristisch-gesellschaftlichen Massenbewegung zusammen. Es stellt den ganzen Produktionsprozess des Kapitals als Reproduktionsprozess dar, zeigt den Zusammenhang der Zirkulation des Kapitals mit der allgemeinen Zirkulation, der Zirkulation nämlich zwischen Konsumenten und Produzenten, zeigt damit auch den Ursprung der Revenue in der Landwirtschaft, schließlich wird die Zirkulation zwischen den drei großen funktionell bestimmten Gesellschaftsklassen, den Pächtern (produktive Klasse), den Landlords und der sterilen Klasse (Manufaktur, Handel, Handwerk) sichtbar gemacht. Zum Schluss ist das Jahresprodukt der Gesellschaft unter die Klassen verteilt, so dass die Produktion von neuem einsetzen kann. Sowohl die produktive als auch die sterile Klasse haben nicht nur ihre verbrauchten Produktionsmittel erneuert, sie haben zugleich die nötigen Konsumtionsmittel erhalten, und ebenso ist die entsprechende Revenue an die Klasse der Grundeigentümer geflossen. Automatisch reproduziert sich das Gesamtkapital in all seinen Verästelungen, ohne dass der Staat steuernd eingreifen muss.

Das Gesamtkapital war also als eine sich selbst reproduzierende Gesamtheit, als ein Gebilde eigener Art im Unterschied zu den besonderen Einzelkapitalen bereits entdeckt, als Adam Smith sein berühmtes Buch »Der Reichtum der Nationen« verfasste. Als geradezu selbstverständ-

⁴ Marx, MEW 26.1., S. 319

lich betrachtet er das Kapital immer wieder in zweifacher Hinsicht, einerseits mikroökonomisch als besondere reelle Kapitale, andererseits makroökonomisch als Gesamtkapital. Smith spricht ausdrücklich vom »Kapital einer Person« und dem »Kapital eines Landes« bzw. von der »kommerziellen Gesellschaft«,⁵ vergleicht die Wertteile einer Ware mit den Wertteilen des »Volkseinkommens eines Landes« und wirft schließlich die Frage auf, inwieweit der Einzelnutzen dem Gesamtnutzen dienlich ist oder ihm widerspricht. Seine berühmt gewordene Antwort darauf fasst sich in dem geflügelten Wort von der »unsichtbaren Hand« zusammen, wodurch das Streben des Einzelnen nach seinem eigenen Vorteil »ganz von selbst oder vielmehr notwendigerweise dazu führt, sein Kapital dort einzusetzen, wo es auch dem ganzen Land den größten Nutzen bringt.«⁶

Für diese automatische Harmonie sorgt das Gesamtkapital, das die Bewegung der Einzelkapitale über die Bewegung der Profitrate reguliert. Sollte ein Unternehmer in einem Erwerbszweig zuviel investieren, werden ihn »Rückgang des Profits in dieser Branche und Anstieg in allen anderen unverzüglich dazu anhalten, die falsche Aufteilung zu ändern. Ohne jeden staatlichen Eingriff führen daher private Interessen und Neigungen die Menschen ganz von selbst dazu, das Kapital eines Landes so in allen vorhandenen Wirtschaftszweigen zu investieren, dass die Verteilung soweit wie möglich dem Interesse seiner Bevölkerung entsprechen wird.«⁷ Das Gesamtkapital reguliert sich selbst, steuert die Bewegung der Einzelkapitale, ohne dass ein staatlicher Helfer nötig wäre.

⁵ Dazu nur wenige Beispiele: »Im ersten Kapitel (des zweiten Buches) werde ich zu zeigen versuchen, in welche Teile oder Zweige sich das Kapital einer Person oder eines Landes auf natürliche Weise gliedern lässt.« (II, S. 228) Ab einer gewissen Entwicklung der Arbeitsteilung, behauptet Smith, »lebt jeder vom Tausch, oder er wird in gewissem Sinn ein Kaufmann, und das Gemeinwesen entwickelt sich letztlich zu einer kommerziellen Gesellschaft.« (I, Kap. 4, S. 23) »Wie ein einzelner so kann auch ein Land fortgesetzt unter Kapitalmangel leiden.« (II, 5. Kapitel, S. 300) »Denn das Kapital eines Volkes wird auf die gleiche Weise begrenzt wie das eines einzelnen« (ed. S. 301).

⁶ Smith (1789) IV, Kap. 2, S. 369

⁷ Smith (1789) IV, Kap. 7, S. 531; Es kann hier nur am Rande vermerkt werden, dass die Theorie vom Ausgleich der Profite bereits vor Erscheinen des Buchs »Wohlstand der Nationen« entwickelt war. Pierre Boisguilberts Denkschriften zur wirtschaftlichen Lage im Königreich Frankreich aus dem Jahre 1695 (Akademie-Verlag Berlin 1986) weisen fast 100 Jahre vor Smith sowohl auf die Harmonie von Einzel- und Gesamtinteresse (vgl. S. 184 u. S. 194) als auch auf den zugrunde liegenden Ausgleich der Profitraten hin (vgl. S. 196).

Man findet bei Adam Smith einige Hinweise, die eine Differenzierung des Kapitals bzw. dessen personelle Träger nach dem Grad der nationalen Zuverlässigkeit enthalten. Unter dem historischen Eindruck der Städtebünde, wie der Hanse, galt ihm der Kaufmann noch als unsicherer Bürger.

»Das durch Handel und Gewerbe erworbene Kapital ist solange für ein Land als Vermögenswert ungewiss und unsicher, bis nicht wenigstens ein Teil davon in Grund und Boden angelegt ist. Ein Kaufmann ist nämlich ... nicht zwangsläufig Bürger eines bestimmten Landes. Für ihn ist es höchst gleichgültig, von welchem Ort aus er seinen Handel betreibt. Schon kleinere Ärgernisse können ihn veranlassen, sein Kapital und damit auch das von ihm finanzierte Gewerbe in ein anderes Land zu verlagern. Keinen Teil seines Kapitals kann man dem Besitz eines einzelnen Landes zurechnen, ehe es nicht in Gebäuden oder zu dauerhaften Verbesserungen des Bodens investiert und so über das Land verteilt ist. So findet sich von dem großen Reichtum, den die meisten Hansestädte besessen haben sollen, heute nicht mehr als die Spuren in einigen zweifelhaften Geschichtsbüchern des 13. und 14. Jahrhundert.«⁸

Der entscheidende Unterschied zwischen dem Kaufmannskapital und dem mit dem Boden verbundenen Kapital wird mit Bezug auf den Reichtum eines Landes klar herausgestellt. Durch die territoriale Fixierung des Kapitals erhält das Land eine eigenständige ökonomische Bedeutung. Smith kannte noch nicht die große Industrie, das Übergewicht des fixen Kapitals gegenüber dem zirkulierenden, so dass er die Bedeutung des industriellen Gewerbes für die territoriale Fixierung des Kapitals immer wieder unterschätzte.

Kritisch an Adam Smith anknüpfend hat der deutsche Nationalökonom Friedrich List der Hanse jeglichen nationalen Charakter abgesprochen. Der Handel der Hanse beruhte nämlich, wie er meinte,⁹ »nicht auf dem Gleichgewicht der verschiedenen Zweige der nationalen Produktion ... nicht auf der inländischen Produktion und Konsumtion, auf der heimischen Landwirtschaft und Industrie. Er war nur ein im großem Maßstab betriebener Transithandel.« Die Hanse, so die Schlussfolgerung Lists, hätte es versäumt, zusammen mit den Manufakturen einen nationalen Handel zu begründen.

⁸ Smith (1789) III, Kap. 4, S. 343.

⁹ List (1838), S. 211

List wie Smith spürten, worauf es beim modernen nationalen Charakter der Ökonomie ankommt, nämlich auf die territoriale Fixierung des Kapitals, wodurch sich erst die Kapitalinteressen in die eines besonderen Landes verwandeln können. Soweit der Händler nicht in den Reproduktionszusammenhang des mit dem Territorium verbundenen Kapitals eingebunden ist, gilt er als unsicherer Kantonist, der sich jederzeit ins feindliche Ausland davon machen kann. Dies gilt nach Lists Meinung besonders für solche Kaufleute, die vom Außenhandel leben und schon deshalb zur Hälfte zum Ausland gehören würden. Sie werden im Kriegsfall, wie er meint, »niemals so gute Patrioten sein wie die Fabrikanten und Landwirte, deren ganze Existenz eng mit der Unabhängigkeit der Nation verknüpft ist.«¹⁰

Marx: Weltmarkt, dessen integrierende Teile die einzelnen Länder sind

Einen Höhepunkt in der politischen Ökonomie der Gesamtkapitale markiert die Marxsche Kapitaltheorie. Für Marx bildeten die Volkswirtschaften mit der darin eingeschlossenen Trennung von Binnen- und Außenhandel ein typisches Strukturmerkmal der bestehenden Gesellschaftsordnung. Als ganz selbstverständlich begriff er den Weltmarkt als die Basis und Lebensatmosphäre des Kapitals, gegliedert in eine Vielzahl von Volkswirtschaften, die Bestandteile des Weltmarktes bilden würden. Er geht zu Recht vom Kapital als die »alles beherrschende ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft« aus, erklärt neben der Reproduktion des Einzelkapitals auch die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. In der Werttheorie streift er die Frage, nach welchen Gesetzen sich der internationale Tausch vollzieht und warum die gesellschaftlichen Gesamtkapitale trotz großer Produktivitäts- und Intensitätsunterschiede nicht nieder konkurriert werden, wie es bei den Einzelkapitalen innerhalb eines Landes geschieht. Daraus entsteht eine besondere Lebensfähigkeit der gesellschaftlichen Gesamtkapitale, welche zusammen mit den darin eingebundenen Klassen die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft bilden würden. Marx plante, sein ökonomisches Gesamtwerk in sechs Büchern zu gliedern: Die ersten drei sollten sich auf die ökonomische Struktur, die drei weiteren auf den

¹⁰ List (1838), S. 26 »Sämtliche Interessen der Landwirte und Fabrikanten sind Interessen der Nation, denn ihre Existenz ist mit der Existenz der Nation identisch. Der Händler aber ist umso stärker zugunsten des Auslandes eingestellt, je näher er der Grenze wohnt.« List (1838), S. 129

Staat, den auswärtigen Handel und den Weltmarkt beziehen.¹¹ Wir wissen, dass die ungeheure Schaffenskraft von Marx nicht ausreichte, um alle Bücher zu vollenden. Es fehlt eine Ausarbeitung der Staatstheorie, der Außenhandelstheorie und eine Theorie des Weltmarktes.

Mit Bezug auf die vorliegende Fragestellung finden wir in seinen Werken zwei Auffassungen nebeneinander, die nicht miteinander vermittelt zu sein scheinen. Auf der einen Seite weist Marx nach, wie die große Industrie den Weltmarkt entwickelt und diesen zur Grundlage hat, wie die »Bourgeoisie durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet.«¹² Das Kapital besitzt also eine unzweifelhaft globale Tendenz.

Auf der anderen Seite geht Marx ebenso selbstverständlich von einer Vielzahl der Nationalökonomien und Staaten aus. Nirgends in seinem Werk finden wir auch nur den kleinsten Hinweis darauf, dass die globalen Tendenzen des Kapitals eine tendenzielle Abnahme oder eine Verschmelzung der verschiedenen Nationalökonomien bzw. Staaten erzwingen würden. Marx spricht deshalb auch nicht von einer Weltwirtschaft, sondern immer nur vom Weltmarkt, »dessen integrierende Teile die einzelnen Länder sind«, mit jeweils unterschiedlicher gesellschaftlicher Produktivität und jeweils unterschiedlicher durchschnittlicher Intensität.¹³ Wir müssen davon ausgehen, dass Marx diese Struktur als typisch für die gesamte kapitalistische Epoche annahm.

Es würde der Marxschen Theorie völlig widersprechen, die Existenz verschiedener Volkswirtschaften auf historische, politische oder gar ethnische Gründe zurückzuführen. Immer wieder hebt er die besondere

¹¹ Vergleiche Rosdolsky (1974), S. 24-78. Der ursprüngliche Plan von 1857 sah folgende Gliederung des Gesamtwerks vor: I. Kapital, II. Grundeigentum, III. Lohnarbeit, IV. Staat, V. Auswärtiger Handel, VI. Weltmarkt. Der spätere Plan modifizierte, wie Rosdolsky herausgefunden hat, die Bücher I bis III (Neue Fassung: Produktionsprozess des Kapitals, Zirkulationsprozess des Kapitals, Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion – bekannt als Kapital Bd. I bis III), nicht aber IV bis VI. »Wir glauben aus der Untersuchung der »Kapital«-Manuskripte den Schluss ziehen zu dürfen, dass von den ursprünglich geplanten sechs Büchern des Werkes die letzten drei von Marx nie endgültig »aufgegeben« wurden, sondern eher für die »etwaige Fortsetzung des Werkes« bestimmt waren.« ed., S. 75.

¹² Marx, (MEW 4), S. 466; Vgl. Zusätzlich die folgenden Textstellen: »Die große Industrie universalisierte ... die Konkurrenz, stellte die Kommunikationsmittel und den modernen Weltmarkt her... Sie erzeugte insoweit erst die Weltgeschichte.« Marx, (MEW 3), S. 60.

¹³ Marx, Kapital I (MEW 23), S. 584

Bedeutung des Kapitals für die Strukturierung der bürgerlichen Welt hervor. Würde das Kapital nur globale Tendenzen aufweisen, dann hätte es schon längst eine Globalökonomie mit einer Weltgesellschaft erzwingen müssen. Dies ist jedenfalls die notwendige Schlussfolgerung aus der Dominanzthese des Kapitals. Es muss noch gegenläufige Tendenzen geben. Solche Tendenzen können nur und ausschließlich im Kapital selbst begründet liegen.

Tatsächlich hat Marx im zweiten Band des Kapitals en détail nachgewiesen, wie sich ein Gesamtkapital konstituiert, wie es die Reproduktion aller Klassen der modernen Gesellschaft einschließt. Er entwickelte mit großer Klarheit den Begriff einer Volkswirtschaft. Marx bezweifelt nicht die Existenz mehrerer Volkswirtschaften, deren Vielzahl er immer unterstellt hat. Allerdings hat er nirgends die Frage aufgeworfen, wie es zu dieser Vielzahl kommt und wie sie sich trotz der Globalisierungstendenzen stets reproduziert.

Rosa Luxemburg: Von der Nationalökonomie zur nationalen Frage

Eine interessante Verbindung zwischen der Konstitution des Gesamtkapitals und den Erfolgchancen nationaler Tendenzen stellt Rosa Luxemburg in ihrer Dissertationsschrift »Die industrielle Entwicklung Polens« aus dem Jahre 1898 her. Entlang einer empirischen Untersuchung zur Entwicklung der polnischen Wirtschaft meint sie nachweisen zu können, dass die polnischen mit den russischen Kapitalen derart eng verflochten wären, bereits »einen komplizierten Mechanismus bilden«, so dass angesichts der »kapitalistischen Verschmelzung Polens mit Russlands« Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit Polens ökonomisch bereits überholt sein müssten.¹⁴

Auf diesen Verschmelzungsprozess der Kapitale kommt Rosa Luxemburg immer wieder zu sprechen: »Polen und Russland verwandeln sich in einen einzigen ökonomischen Mechanismus«,¹⁵ der weder vom Willen einzelner noch von dem der Parteien abhängig sei, und der »in erster Linie auf die Produktions- und Austauschbedingungen Polens zurückzuführen ist. Dies ist vom Standpunkt der nationalen Bestrebungen eine traurige Tatsache.«¹⁶ Den Grund für das Verblässen der polni-

¹⁴ Luxemburg (1898), S. 210f.

¹⁵ Luxemburg (1895/96a), S. 45

¹⁶ Luxemburg (1895/96a) S. 45f.

schen nationalen Frage sah sie im Fehlen einer Gesellschaftsklasse, die ein Interesse an der Wiederherstellung Polens und zugleich die Kraft hätte, dieses Interesse durchzusetzen. Die polnische Bourgeoisie komme dafür nicht mehr in Frage, ebenso wenig die Arbeiterklasse. »Indem Polen und Russland zu einem kapitalistischen Mechanismus werden, wird das polnische und das russische Proletariat zu einer Arbeiterklasse.«¹⁷

Rosa Luxemburg meinte, dass der Verschmelzungsprozess polnischer Kapitale mit den entsprechenden Kapitalen der beiden anderen Annexionsstaaten Österreich und Preußen ähnlich weit fortgeschritten wäre, so dass auch von dieser Seite her die Forderung nach einer Unabhängigkeit Polens ökonomisch bereits überholt sei: »Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Teilen Polens sind so geringfügig, dass sie für das ökonomische Leben derselben kaum in Betracht kommen. Dagegen beherrschen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen jedem Teil Polens und seinem betreffenden Annexionsstaat die gesamte Wirtschaft des ersteren, insofern diese eine moderne Gestalt angenommen. Die polnische Bourgeoisie schwärmt denn auch für nichts weniger als für die Wiedervereinigung Polens und für nichts mehr als für die ökonomische Ausbeutung der günstigen Bedingungen, die ihr die Zugehörigkeit zu den Annexionsstaaten darbietet.«¹⁸ Rosa Luxemburg sah also die polnische nationale Frage von der kapitalistischen Entwicklung gelöst, und zwar im negativen Sinn, durch die entsprechenden ökonomischen Verschmelzungsprozesse mit den russischen, österreichischen und preußischen Kapitalen.

Mir kommt es hier nicht darauf an, ob Rosa Luxemburg mit dieser Einschätzung empirisch richtig lag, ob tatsächlich das polnische Kapital mit den jeweiligen Annexionsstaaten derart eng verzahnt gewesen war, dass die Forderung nach Unabhängigkeit Polens ökonomisch auf »rein utopischem Boden«¹⁹ stand. Ihre besondere Leistung zeigt sich darin, die nationale Frage Polens als Frage nach der Konstitution eines entsprechenden Gesamtkapitals aufgeworfen zu haben. Auf diese Weise hat sie die ökonomischen Voraussetzungen für die Vielzahl der Nationalstaaten bzw. den Klassencharakter der Nationen freigelegt.

¹⁷ Luxemburg (1895/96a), S. 51

¹⁸ Luxemburg (1895/96b), S. 20

¹⁹ Luxemburg (1895/96b), S. 19

Allerdings hat sich Rosa Luxemburg nirgends dem Problem gestellt, wie es zu der Vielzahl von Gesamtkapitalen und einer entsprechenden Vielzahl von Nationalstaaten gekommen ist, auf welcher Grundlage sich die Trennung der Gesamtkapitale reproduziert. Entsprechend konzentrierte sie sich in ihrer Dissertation zur polnischen Frage lediglich auf den Verschmelzungsprozess, nicht aber auf mögliche repulsive Tendenzen der Gesamtkapitale gegeneinander.

In ihrer späteren Imperialismusschrift »Die Akkumulation des Kapitals« aus dem Jahre 1913 spielt die Pluralität von separaten Gesamtkapitalen nicht nur keine Rolle, die selbständigen Existenzweisen der Gesamtkapitale, ihre Fähigkeit, auf eigener Grundlage zu akkumulieren, wird von ihr generell in Frage gestellt. In ihrer Kritik der Marxschen Reproduktionstheorie bemüht sie sich über etliche 100 Seiten hinweg nachzuweisen, warum das Kapital zur Akkumulation unbedingt nicht-kapitalistische Abnehmer benötige.

Auf die Irrtümer, die Rosa Luxemburg in ihrer Kritik unterlaufen, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Hier geht es nur um die grundlegenden Weichenstellungen, die sie vorgenommen hat. Auf der einen Seite knüpft sie an der Reproduktion der Gesamtkapitale an, thematisiert auf diese Weise die ökonomischen Voraussetzungen für die Vielzahl der Nationalstaaten, auf der anderen Seite löst sie die Gesamtkapitale gleich wieder auf, indem sie deren Akkumulation und damit Reproduktionsfähigkeit auf rein kapitalistischer Grundlage bestreitet.

Die Kategorie des Gesamtkapitals verwandelt sie schließlich in eine fiktive Größe, wenn sie die Kapitale der Welt abstrakt zu einem »inneren Absatzmarkt« zusammenfügt, der als notwendige Ergänzung das nichtkapitalistische Milieu benötigt. »Von diesem Standpunkt, ökonomisch, sind Deutschland und England in ihrem gegenseitigen Warenaustausch für einander meist innerer, kapitalistischer Markt, während der Austausch zwischen der deutschen Industrie und den deutschen bürgerlichen Konsumenten wie Produzenten für das deutsche Kapital auswärtiger Marktbeziehungen darstellt.«²⁰ Die Kategorie des Gesamtkapitals als ein Gebilde eigener Art, als – wie sie zuvor noch herausgearbeitet hatte – »reale agierende Größe«²¹ liegt hier in Trümmern vor uns. Es gibt weder ein englisches noch ein deutsches Gesamtkapital; jegli-

²⁰ Luxemburg (1913), S. 315

²¹ Luxemburg (1913), S. 26

cher territoriale Bezug ist aufgelöst. Der an die Stelle der Länderkapitale gesetzte »innere kapitalistische Markt« konstituiert sich dann auch bei ihr in der üblichen Weise als Addition von Einzelkapitalen. In ihrer Imperialismusschrift hat sie also die so hoffnungsvoll begonnene Theorie des Gesamtkapitals als Grundlage einer Theorie der Nation selbst liquidiert. Ihre nationale Frage verliert den ökonomischen Kern, die materiellen Voraussetzungen.²²

Rosa Luxemburg lässt die Kapitale rund um den Erdball jagen, mit dem Ziel, die noch verbliebenen vorkapitalistischen Reste als ihr notwendiges Absatzgebiet aufzustöbern. Warum in einem solchen Feldzug die daran teilnehmenden Einzelkapitale nationalstaatlich organisiert sein müssen, kann nun nicht mehr aus den Kapitalverhältnissen heraus erklärt werden. Kaum, dass sie die lichten Höhen des Gesamtkapitals erklommen hat, fällt sie zurück in die Niederungen einzelkapitalistischen Konkurrenzgebarens, betrachtet selbst die Sache mal mehr mal weniger deutlich, wie sie ihren Kritikern vorgeworfen hatte, »vom Standpunkt der Marktoberfläche, d.h. des Einzelkapitals, dieser beliebten Plattform des Vulgärökonomen.«²³

Wirtschaftswissenschaften: Was ist Nationalökonomie?

Die moderne Volkswirtschaftslehre hat sich mit der Frage, wie sich ihr Gegenstand – die Nationalökonomie oder Volkswirtschaft – konstituiert, bislang kaum beschäftigt. Die Ökonomen gehen von der Volkswirtschaft als einem vorgegebenen Faktum aus. Sie erklären uns dies nicht, sondern schieben es in ihren Datenkranz ab. Sie geben uns keinen Aufschluss über den Grund der Zergliederung des Weltmarkts in verschie-

²² Bereits in ihrer Dissertationsschrift fällt Rosa Luxemburg immer wieder in den Fehler zurück, den Staat bzw. einzelne Maßnahmen des Staates, wie die Zollpolitik, der Konstitution eines russisch-polnischen Gesamtkapitals vorauszusetzen. Ebenso weist sie auf die Tendenz in Richtung eines gesellschaftlichen Weltgesamtkapitals hin, das aber nicht, wie bei Bucharin, Lenin oder Hilferding monopolistisch geprägt ist, sondern weiterhin aus selbständigen Einzelkapitalen besteht. Zur Tendenz in Richtung Weltgesamtkapital schreibt sie: »Es ist ein immanentes Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise, dass sie danach strebt, nach und nach die entlegensten Orte miteinander materiell zu verknüpfen, in ökonomische Abhängigkeit voneinander zu bringen und schließlich die ganze Welt (!) in einen einzigen (!) fest zusammengefügteten Produktionsmechanismus (!) zu verwandeln. Am stärksten wirkt diese Tendenz natürlich innerhalb eines und desselben Staates (!) innerhalb derselben politischen und Zollgrenze.« Rosa Luxemburg (1898), S. 209

²³ Luxemburg (1921) S. 387

dene Nationalökonomien. Einen solchen Mangel weist sowohl die Mikro- als auch die Makroökonomie auf, worin sich die moderne Volkswirtschaftslehre gliedert.

Die Mikroökonomien nehmen die individuellen Entscheidungen zum Ausgangspunkt, kategorisieren diese institutionell nach Haushalten und Unternehmen. Es geht ihnen nur selten um die Erklärung gesamtwirtschaftlicher Phänomene.

Kollektive Einheiten wie Klassen, Volkswirtschaften sind ihrer Meinung nach keine eigenständigen Gebilde mit eigenen Interessen. Was sie in ihren individualistischen Optimierungsmodellen ableiten, sind, wie Knut Borchardt prägnant formulierte, »nur axiomatisch deterministische Als-Ob-Bilder.«²⁴

Soweit die Mikroökonomien Volkswirtschaften überhaupt thematisieren, geschieht dies durch Addition von Individuen, genauer betrachtet durch Aggregation der entsprechenden individuellen Angebots- und Nachfragekurven. Sie machen sich keinerlei Gedanken über den Rahmen der Aggregation. Stillschweigend unterstellen sie die Staatsgrenzen als die ökonomischen Grenzen. Während sie ansonsten das Primat der Ökonomie hochhalten und gern damit kokettieren, jegliches Verhalten und selbstverständlich auch das politische mittels ökonomischer Kalküle zu erklären, folgen sie hier blind den politischen Vorgaben. Es kommt der Mikroökonomie nicht in den Sinn, über die ökonomischen Voraussetzungen der politischen Grenzziehung nachzudenken.

Dieser blinde Fleck hängt eng mit ihrem verdinglichten Kapitalbegriff zusammen. Danach besteht Kapital aus produzierten Produktionsmitteln, wie sie seit Beginn der Menschheitsgeschichte erzeugt worden sind. Kapital hat es scheinbar immer gegeben. Solch ein zeitloser und

²⁴ Borchardt (2001), S. 214; »Ein großer Teil der Arbeit der Wirtschaftswissenschaft ist nicht der unmittelbaren Erforschung der Probleme der realen Welt gewidmet, sondern der Untersuchung von gedanklichen Abbildern...Ob die hypothetischen Methoden mit denen gearbeitet wird, etwas mit der Realität zu tun haben, ob sie diese in einem bestimmten Sinn abbilden, ist eine immer wieder gestellte Frage. Oft ist von vornherein klar, dass es keine Möglichkeit gibt, an die Stelle der mathematischen Zeichen irgendwelche der Wirklichkeit entnommenen Zahlen zu setzen. Dann bleiben diese Modelle abstrakte Denkstrukturen. Sie werden möglicherweise von jenen bewundert, die ähnlich denken. Für andere bleiben sie Glasperlenspiele. Unglücklicherweise sind sie auch von Ökonomen außerhalb des Kreises der jeweiligen Spezialisten immer schwerer zu verstehen.« Borchardt (2001), S. 205

dazu reduzierter Kapitalbegriff lässt sich natürlich nicht mehr zur Erklärung moderner volkswirtschaftlicher Verhältnisse heranziehen. Die Ökonomen haben auf diese Weise die zentrale Reflexionsebene für eine Erklärung volkswirtschaftlicher Grenzen wegdefiniert.

Die nun jenseits des dinglichen Kapitalbegriffs stehenden Verhältnisse erklären sie in allgemein menschliche, die durch die innere Natur des Menschen festgelegt sein sollen. Einem solchen »homo-oeconomicus« werden dabei ganz unter der Hand die modernen kapitalistischen Verhaltensweisen als unumstößliche Naturgesetze der Gesellschaft untergeschoben. Es ist unmöglich, aus dem Wirken des »homo-oeconomicus« irgendwelche volkswirtschaftlichen Grenzen abzuleiten. Auf diese Weise hat man die formgebende Kraft einer Volkswirtschaft aus der Wirtschaft heraus katapultiert. Solch eine Sichtweise wird durch eine lückenhafte Reproduktionstheorie zusätzlich befestigt. Es ist nun auch von dieser Seite her unmöglich, die Volkswirtschaft ökonomisch als Gebilde eigener Art zu erkennen, das sich selbst reproduziert und dadurch eine ökonomische Eigenständigkeit erhält, wodurch der Globalisierung Grenzen gesetzt werden. Die Ökonomen begnügen sich dann mit der Andeutung, dass die Völker bzw. die Staaten mit ihren natürlichen Grenzen eine volkswirtschaftliche Segmentierung unseres Globus herbeiführen würden.

Die Makroökonomien gehen faktisch von der Volkswirtschaft aus, gliedern diese nach der Art der gehandelten Waren in Güter-, Geld- und Arbeitsmarkt bzw. nach Art der beteiligten »Wirtschaftssubjekte«, die aber im Unterschied zur Mikroökonomie nicht als isolierte Einzelwesen sondern immer als große Handlungseinheiten, als kollektive Subjekte auftreten. Es geht ihnen von vornherein um gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge. Aber auch sie setzen stillschweigend voraus, dass der Staatsraum den volkswirtschaftlichen Raum fixiert. Wir finden dort keinen ernsthaften Versuch, die ökonomischen Voraussetzungen für einen derartigen Staatsraum zu analysieren.

Selbst die Außenwirtschaftstheorie, die unmittelbar an der Nahtstelle verschiedener Volkswirtschaften steht, leistet keine nennenswerten Beiträge zu einer ökonomischen Theorie der Volkswirtschaft. Ein Großteil der Außenwirtschaftstheoretiker setzt die Volkswirtschaften ebenfalls als nicht weiter zu erklärendes Faktum voraus. Hier und da bemühen sie sich, Definitionen zu finden, um die Merkmale einer Volkswirtschaft kenntlich zu machen. In ihrer Theorielosigkeit verfangen sie sich in ei-

nem Gestrüpp von Widersprüchen.²⁵ Andere Ansätze, wie die Raumwirtschaftstheorie, übersehen die Konstitutionsbedingungen einer Volkswirtschaft, setzen die Wirtschaft als Weltwirtschaft voraus, die durch die Existenz verschiedener Staaten politisch zerstückelt werde. »Volkswirtschaft ist uns demnach ein ausschließlich politischer Begriff, nämlich die Gesamtheit der wirtschaftlichen Vorgänge in ihrer Ausrichtung auf die Ziele der Bevölkerung des Staatsgebiets.«²⁶ Eine solche Betrachtungsweise ist geradezu typisch und durchzieht, wie gezeigt werden konnte, auch die heutige Globalisierungsdebatte. Neuere Wirtschaftstheorien zum Außenhandel, wie die von Maurice Obstfeld von der Universität Kalifornien in Berkeley oder von Kenneth Rogoff (Harvard-Universität) verfahren ähnlich, wenn sie in Gestalt der »Handelskosten«, die neben den physischen Transportkosten der Waren zusätzlich Zölle, nichttarifäre Handelsbarrieren (wie Importbeschränkungen) und Kosten des Vertragsabschlusses enthalten, den Staat als eine die Weltwirtschaft zerstückelnde Macht, als Schöpfer der Volkswirtschaften, unterstellen. Sie verwandeln zuerst den Staatseinfluss in Handelskosten, um dann diese Handelskosten als Grund für die »Segmentierung der internationalen Gütermärkte« vorzubringen. Was die Außenwirt-

²⁵ »Die Volkswirtschaft ist ein Gefüge (?) von Einzelwirtschaften, die durch regelmäßige (?) Tauschbeziehungen aufeinander angewiesen und miteinander verbunden (?) sind. Eine Nationalwirtschaft als Volkswirtschaft eines abgegrenzten Gebiets, das heute in der Regel mit einem Staatsgebiet zusammenfällt, unterhält wirtschaftliche Beziehungen zu fremden Nationalwirtschaften. Die Gesamtheit dieser über die Grenzen hinweg reichenden Wirtschaftsbeziehungen nennen wir Außenwirtschaft.« Kruse (1965), S. 1. Besteht nicht auch eine Stadtwirtschaft oder die Wirtschaft einer Region aus einem »Gefüge von Einzelwirtschaften mit regelmäßigen Tauschbeziehungen«? Dies gilt bereits für die mittelalterlichen oder gar antiken Städte. Dass die Einzelwirtschaften »miteinander verbunden« und »aufeinander angewiesen« sind, ist nur ein anderer Name für das zuvor genannte »Gefüge« bzw. für die »regelmäßigen Tauschbeziehungen«. Besondere Bestimmungen für eine Volkswirtschaft werden nirgends genannt. Es bleibt letztendlich offen, wie es zu dem »abgegrenzten Gebiet« und damit zu der Notwendigkeit einer Außenwirtschaft kommt, worauf also die Reproduktion dieser Struktur beruht. Kruse scheint dennoch eine Ahnung davon zu haben, dass die Volkswirtschaft eine eigene ökonomische Grenzziehung besitzt, wenn er in seiner Definition auf ein Staatsgebiet hinweist, das nur »in der Regel« mit der »Volkswirtschaft eines abgegrenzten Gebiets« zusammenfällt. Würde er wissenschaftliche Neugier besessen haben, hätte er nach solchen ökonomischen Grenzen forschen müssen.

²⁶ Predöhl (1949), S. 15

schaftstheorie hauptsächlich tut, ist plausibel zu machen, wie sich unter dem bestehenden Verhältnis von Volkswirtschaft und Weltmarkt die Devisenmärkte und Handelsströme ins Gleichgewicht setzen. Sie klammern dabei immer aus, wie das Verhältnis selbst reproduziert wird.

Die Welt zerfällt trotz aller Globalisierungstendenzen immer noch in Nationalökonomien und Nationalstaaten – eine überzeugende Erklärung hat man dafür allerdings bis heute nicht gefunden. Der Schlüssel für eine Erklärung sollte nicht in der politischen Theorie, sondern in der Ökonomie selbst gesucht werden.

Wie ich versuchte zu zeigen, erhielt der Welthandel mit der Kapitalisierung der Produktion einen ungeheuren Globalisierungsschub, der bis heute angehalten hat. Zugleich sind örtlich gebundene Kapitalinteressen entstanden, die sich länderweise organisieren. Solche Volkswirtschaften verhindern, dass sich der Welthandel in eine wirklich globalisierte Weltwirtschaft fortentwickeln kann.

Als den Springpunkt meiner Analyse betrachte ich die Theorie der Gesamtkapitale. Diese separieren sich entlang ihrer Verwertungsgrenzen und stellen sich dann mystifiziert als ein System von Volkswirtschaften dar. Solche eigenständigen ökonomischen Gebilde stehen einer einheitlichen Weltwirtschaft oder Globalökonomie entgegen. Die politische Seite dieser volkswirtschaftlichen Zersplitterung soll nun soweit entwickelt werden, wie es für das Verständnis möglicher staatlicher oder nationaler Grenzen der Globalisierung erforderlich ist.

2. Globalisierung zwischen Setzen und Verändern von Grenzen

In der Theorie des Finanzkapitals gilt das Kapital – wie dargestellt worden ist – als grenzenlos mobil, als »ankerlos«, als »entkoppelte Sphäre der Nicht-Orte«, das die nationalen Territorialstaaten durch Herrichtung günstiger Standortbedingungen einfangen müssen. In dieser Vorstellungswelt verhalten sich die Nationalstaaten dem Kapital gegenüber äußerlich, stehen in ihrer territorialen Anbindung in einem Gegensatz zur Beweglichkeit des Kapitals.

Einen inneren Zusammenhang von Ökonomie und Nationalstaat kann es hier nicht geben. Die Staaten treten deshalb von außen her mechanisch, wie eine Art »Spermauer« (Holloway) dem Kapitalfluss entgegen,

ohne dass die Konstrukteure solcher mechanischer Gebilde thematisiert werden. Da die Nationalstaaten nur vorausgesetzt, nicht aber erklärt werden, ist die vorgebrachte These, dass dort Grenzen der Globalisierung liegen, kaum mehr als eine unbewiesene Behauptung. Die nachfolgende positive Darstellung des Verhältnisses von Ökonomie und Nationalstaat wird meine Kritik in der Weise vertiefen, dass die Voraussetzungen solcher Grenzen geklärt werden, um dann auf dieser Grundlage die These von der Eigenständigkeit der Politik im Prozess der Globalisierung zu prüfen.

Trennung von Politik und Ökonomie

Die Gestaltungsmöglichkeit, die Politik in der Globalisierungsfrage besitzt, hängt von den Voraussetzungen ab, auf denen die Politik selbst beruht. Solche Voraussetzungen sollen nun näher analysiert werden. Dabei geht es zunächst um eine grundsätzliche Frage, die in der Globalisierungsdebatte weitgehend ausgeblendet wird. Warum separiert sich die Politik von der Gesellschaft und erhält als Staat eine eigenständige Form?

Es ist gezeigt worden, dass in der Reproduktion des Gesamtkapitals alle Klassen, also auch die Lohnabhängigen, eingeschlossen sind. Die Kategorie des Gesamtkapitals beinhaltet die gesamte Warenproduktion, die materielle wie die geistige, ebenso die Distribution und den Austausch der Waren und schließlich die individuellen Bedürfnisse bzw. die Konsumtion. Das gesamte kommerzielle Leben, alle sozial-ökonomischen Elemente sind darin enthalten. Das Gesamtkapital konstituiert also eine komplette »kommerzielle Gesellschaft« (Adam Smith), die im 19. Jahrhundert vorzugsweise als »bürgerliche Gesellschaft« gekennzeichnet wurde. Eine solche Gesamtheit besitzt eine Eigenständigkeit, bildet das Primäre, Überindividuelle, wodurch die Zwecke und Bedingungen der Einzelnen gesetzt sind.

Das Besondere an dieser Gesamtheit besteht darin, dass sie auf keiner wirklichen Gemeinschaft beruht, sondern durch das Wirken des Wertgesetzes, gewissermaßen durch den Mechanismus des Marktsystems hinter dem Rücken der Individuen hergestellt wird. Der kritische Begriff der Warenproduktion hat diesen Sachverhalt in der Weise ausgedrückt, dass sich aufgrund der fehlenden gemeinschaftlichen Voraussetzungen der gesellschaftliche Charakter der in den Waren steckenden Arbeit erst im Nachhinein, nachdem die Waren produziert und sich die

Arbeit darin vergegenständlicht hat, ausdrücken kann, und zwar nur auf mystifizierter, dinglicher Weise nämlich als Preis der Ware.²⁷

Das Fehlen einer wirklichen Gemeinschaft korrespondiert mit einem spezifischen Eigentumsbegriff. Im Austausch der Waren muss sich das Eigentum als unabhängiges, souveränes Privateigentum realisieren, dem alle gemeinschaftlichen Nerven abgeschnitten sind. Im Kapital selbst, als auf Reichtum bezogener Reichtum, wird das Eigentum zur abstrakten Verselbständigung gebracht, das jeglicher gemeinschaftlicher Einwirkungsmöglichkeiten entzogen ist. Aller Schein des Gemeinwesens ist darin abgestreift. Die Deklaration der Menschenrechte hat die moderne Form des Privateigentums treffend als das Recht des Bürgers formuliert, willkürlich, ohne Beziehung auf andere Menschen, also unabhängig von einer Gemeinschaft, Vermögen zu genießen und darüber zu disponieren. Entsprechend basiert auch das Menschenrecht der Freiheit nicht auf der Verbindung der Menschen untereinander, sondern auf der Absonderung des Menschen von dem Menschen; das Freiheitsrecht erhält seine Grenzen in den Rechten eines anderen. Es handelt sich also

²⁷ Marx hat diese Besonderheit unter dem Titel »Fetischcharakter der Ware« ausführlich und äußerst präzise dargestellt. Er fasst seine Ergebnisse wie folgt zusammen: »Dieser Fetischcharakter der Warenwelt entspringt... aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert. Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind. ... Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb dieses Austausches.« Marx, Kapital I (MEW 23), S. 87. Anders u.a. im Mittelalter: »Persönliche Abhängigkeit charakterisiert die gesellschaftlichen Verhältnisse.... Die Naturalform der Arbeit... ist hier ihre unmittelbare gesellschaftliche Form.« (S. 89) Ebenso in der »ländlich patriarchalischen Industrie einer Bauernfamilie, die für den eigenen Bedarf Korn, Vieh, Garn, Leinwand, Kleidungsstücke usw. produziert. Diese verschiedenen Dinge treten der Familie als verschiedene Produkte ihrer Familienarbeit gegenüber, aber nicht sich selbst wechselseitig als Waren. Die verschiedenen Arbeiten ... sind in ihrer Naturalform gesellschaftliche Funktionen, weil Funktionen der Familie ... Die individuellen Arbeitskräfte (wirken) von Haus aus nur als Organe der gemeinsamen Arbeitskraft der Familie. Stellen wir uns ... einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben... Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl in der Distribution.« (92f.) Im Gegensatz zum Gesamtkapital und seiner Warenproduktion beruhen solche Ökonomien auf einer wirklichen Gemeinschaft (mit oder ohne Gegensätzen), so dass ihre Arbeit immer einen unmittelbaren gesellschaftlichen Charakter besitzt, also keinen sachlichen Vermittler wie das Geld (Preis) benötigt.

hier um die Rechte des Menschen als isolierter, auf sich zurückgezogener Monade.

Solche zersplitterten und isolierten Individuen verfolgen ihre Privatinteressen und dienen, indem sie nur ihre Privatinteressen verfolgen, zugleich den Privatinteressen anderer. In dieser Isolierung gegeneinander besitzt die Privatsphäre eine eigenständige Existenz.

Obwohl das Gesamtkapital eine Eigenständigkeit besitzt, sich durch das Wirken des Wertgesetzes eigengesetzlich reproduziert, besitzt es also nirgends eine wirkliche Sphäre des Gemeinwesens. Alle besonderen Elemente des wirtschaftlich-sozialen Lebens haben lediglich individuelle Bedeutung, sind Elemente des Privatlebens, worin das Gemeinwesen ausgelöscht ist. Das Gesamtkapital als lediglich funktional-ökonomisches Gebilde kann unmöglich existieren ohne eine gemeinschaftliche Ergänzung jenseits der eigenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Eine solche gesonderte Sphäre des Gemeinwesens, worin die allgemeinen »Volksangelegenheiten« eines Gesamtkapitals geregelt sind, ist der Staat.²⁸ Hier konzentrieren sich also alle politisch-gesellschaftlichen Elemente, von denen das Gesamtkapital in Gestalt der kommerziellen Gesellschaft abstrahieren muss. Die Trennung von Politik und Gesamtkapital ist kein einmaliger historischer Akt, sondern wird zusammen mit dem »unpolitischen« Gesamtkapital stets reproduziert.

Die Spaltung in Staat und Gesamtkapital bildet die Grundlage für die Zweiteilung des Menschen in den Staatsbürger (citoyen) und den Wirtschaftsbürger (bourgeois). Die gesamte Reproduktion des Menschen,

²⁸ Mit Bezug auf die moderne bürgerliche Gesellschaft hat Marx den Zusammenhang von Gesellschaft und Staat treffend wie folgt formuliert: »Die Abstraktion des Staates als solchem gehört erst der modernen Zeit, weil die Abstraktion des Privatlebens erst der modernen Zeit gehört. Die Abstraktion des politischen Staates ist ein modernes Produkt.« Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW 1, S. 233. Entscheidend dabei sei die Herausbildung des »unabhängigen Privateigentums«, wodurch sich die politischen Elemente der früheren Gesellschaft herausgelöst und sich als Staat separiert und darin konzentriert hätten. »Wenn also das »unabhängige Privateigentum« ... die Bedeutung der politischen Unabhängigkeit hat, so ist es die politische Unabhängigkeit des Staates.« Ebenda, S. 312. Das Eigentum entwickelt sich »bis zum modernen, durch die große Industrie und universelle Konkurrenz bedingten Kapital, dem reinen Privateigentum, das allen Schein des Gemeinwesens abgestreift und alle Einwirkung des Staates auf die Entwicklung des Eigentums ausgeschlossen hat. Diesem modernen Privateigentum entspricht der moderne Staat ... Durch die Emanzipation des Privateigentums vom Gemeinwesen ist der Staat zu einer besonderen Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft geworden.« Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 62

sein wirkliches egoistisches Leben, seine Klassenzugehörigkeit, seine sozialen Konflikte einschließlich aller Klassenkämpfe, seine geistigen und religiösen Vorstellungen, seine Bedürfnisse, die Art und Weise der Konsumtion etc. gehören zur kommerziellen Gesellschaft und bilden entsprechende Eigenschaften des egoistischen, in der Konkurrenz sich bewegenden Wirtschaftsbürgers. Hier steht er mit all seinen Besonderheiten und manchen privaten Kuriositäten als Privatmann außerhalb des Staates. Demgegenüber ist seine Existenz als Staatsbürger eine Existenz, die außerhalb seiner sozialen-klassenmäßigen Beziehungen liegt. Als Untertan des Staates besitzt er wie jeder andere die gleichen Staatsbürgerrechte, worin seine Teilnahme am öffentlichen Geschehen geregelt ist.

Erschien einst an der Oberfläche des Gesamtkapitals die kapitalistische Wirtschaft als die Wirtschaft eines Volkes (Volkswirtschaft), das Volk also als der Ausgangspunkt der Wirtschaft, so erscheinen nun die von ihrem wirtschaftlichen Zusammenhang abgetrennten Staatsbürger als Ausgangspunkt der Politik. Dem inneren Zusammenhang nach ist aber das Gesamtkapital sowohl in der Ökonomie die treibende Kraft, als auch die Voraussetzung und die entscheidende Macht des Staates, die der Politik ihren Inhalt liefert.

Diese Politik ist keine einfache Klassenpolitik, die ihren Bezugspunkt ausschließlich bei den Eigentümern und Besitzern des Kapitals hat. Die Gleichsetzung von Gesamtkapital und einer besonderen Klasse würde eine Amputation der Gesellschaft beinhalten und mit ihr eine unzulässige Einengung des politischen Blickwinkels. Der Staat ist vielmehr festgelegt auf die Reproduktion des Gesamtkapitals. Er bezieht alle Klassen, auch die der Lohnabhängigen, ein, aber nur soweit, wie die Lohnabhängigen eine Klasse des Gesamtkapitals und damit zugleich eine Klasse für das Kapital bilden. So löst sich das Rätsel, dass im Staat einerseits die Existenz verschiedener Klassen ausgelöscht ist, denn diese gehören zur kommerziellen Gesellschaft, dass der Staat aber andererseits in jedem Punkt seiner Politik vom Interesse des Kapitals als Gesamtkapital bestimmt wird.

Die Vernachlässigung der Kategorie des Gesamtkapitals bei der Herleitung des Staates bildete den theoretischen Grund dafür, dass die Staatsableitungsdebatte der 1970er Jahre, die erfolgsversprechend begonnen hatte, schließlich versanden musste. Man gab zwar vor, von der Marx'schen Kategorie des »Kapitals im allgemeinen« auszugehen, tatsäch-

lich jedoch wurde deren Inhalt kaum zur Kenntnis genommen. Der Begriff des Gesamtkapitals tauchte deshalb lediglich am Rande auf, versehen mit der Bedeutung, dass darunter kaum mehr zu verstehen sei als die Gesamtheit der Einzelkapitale. Die eigenständige Existenzweise des Gesamtkapitals, obwohl von Marx klar entwickelt und ausdrücklich herausgestellt, wurde gar nicht erst thematisiert. Da die zusammenhängende Einheit fehlte, herrschte große Willkür bei der Fixierung des »methodischen Ansatzpunkts« für die Staatsableitung. Einige glaubten, an der Zirkulation ansetzen zu müssen, am Kauf und Verkauf von Waren, mit den sich dabei geltend machenden Rechtsverhältnissen, andere wiederum wählten die Konkurrenz der Einzelkapitale und leiteten den Staat negativ, gewissermaßen als Lückenbüßer für unerledigte Reproduktionsfunktionen ab, oder man kam auf die Idee, nur die »Revenuen und ihre Quellen«, also gewissermaßen die Oberfläche eines nicht näher bestimmten Gesamtkapitals herauszugreifen, um daran die Staatsableitung unter Ausklammerung der inneren ökonomischen Zusammenhänge des Gesamtkapitals vorzunehmen.

Da es unklar blieb, von welchem Punkt des »Kapitals im allgemeinen« eine Staatsableitung auszugehen hat, erhielt der Staat mal einen stärkeren kapitalistischen Anstrich, dann wieder einen allgemeinen Inhalt, als sei der Staat eine Art wohlfahrtsorientierte Instanz für das Volk bzw. deren Einkommensbezieher.

Die Vernachlässigung der Kategorie des Gesamtkapitals hatte schließlich zur Folge, dass die Staatsableitungsdebatte das außenpolitische Element fast vollständig übersah, also dem Irrtum verfiel, den Staat im Singular und nicht im Plural abzuleiten. Hier zeigt sich eine Verbindungslinie zur heutigen Globalisierungsdiskussion: Der blinde Fleck in der Bestimmung der Staatsgrenzen ist theoriegeschichtlich gesehen auch eine Folge der gescheiterten Staatsableitungsdebatte der 1970er Jahre.

Der Staat als die politische Form des Gesamtkapitals besitzt zusammen mit »seinem« Gesamtkapital notwendig ein Außenverhältnis. Ökonomisch gesehen ist die auswärtige Beziehung durch die Konkurrenz der Gesamtkapitale um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Anlagesphären gekennzeichnet. Da es in dem vorliegenden Kapitel lediglich um die Bestimmung der politischen Grenzen der Globalisierung geht, muss auf eine Darstellung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt verzichtet werden.

Politisch gesehen sind die auswärtigen Interessen im Großen und Ganzen die Durchschnittsinteressen des Gesamtkapitals. Ein solcher

Durchschnitt kann aufgrund fehlender gemeinschaftlicher Voraussetzungen des Gesamtkapitals nicht einfach abgefragt werden, sondern bildet sich erst durch das Aufeinandertreffen der verschiedenen Interessen der Einzelkapitale heraus. Gleich einem Parallelogramm der Kräfte, worin die Einzelkapitale im Verhältnis ihres Anteils am Gesamtkapital wirken, konstituiert sich als resultierende Größe das gemeinsame außenpolitische Interesse. Nicht der Staatsapparat, sondern das Gesamtkapital schafft den Inhalt dieser Politik. Der Staat gleicht die Interessen lediglich aus, vereint sie, gibt ihnen schließlich eine gemeinschaftliche, d.h. politische Form. Er ist bloßer Sachwalter dieser Interessen gegen andere Staaten. Die Mittel, die er zur Durchsetzung der außenpolitischen Interessen einsetzt, reichen von der Diplomatie, über Schutzzölle, Handelsanktionen bis hin zum Krieg.²⁹

Die nähere Bestimmung des Verhältnisses von Ökonomie und Staat zeigt, wie widersinnig die in der Globalisierungsdebatte vertretene These ist, der Staat könnte gewissermaßen von außen und dazu gegen die Interessen des Kapitals auf den Globalisierungsprozess einwirken. In Wirklichkeit ist die Politik nichts anderes als der Repräsentant der Interessen des Gesamtkapitals. Wird ein »Globalisierungsschub« etwa durch die Liberalisierung der Märkte politisch begünstigt, dann reflektiert sich darin nur das ökonomische Expansionsbedürfnis entsprechender Gesamtkapitale, wie im umgekehrten Fall eine protektionistische Außenpolitik dem Schutzbedürfnis dient. Es ist nicht die Politik, die eine Globalisierung aufhalten kann, sondern es ist die Ökonomie selbst, die Grenzen setzt, die sich dann auch politisch geltend machen. Die auswärtigen Grenzen sollen nun näher untersucht werden.

Völker – Grenzen der Globalisierung? Zur Legende vom Werden der Nationen

Bei der Definition des Staatsgebiets und der entsprechenden äußeren Grenzen scheint das Volk eine wichtige Rolle zu spielen. In der ethnischen Sichtweise gilt das Volk als eine dem Staat vorausgesetzte, natür-

²⁹ Die Bedeutung der außenpolitisch-militärischen Komponente für die Konstitution des Staates hat die Klassik im Gegensatz zu heute durchaus zu würdigen gewusst. Adam Smith sah darin die »Hauptaufgabe« bzw. »die erste Pflicht« des Staates, neben den beiden anderen Funktionen, der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und der Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen, soweit diese vom Einzelkapital aufgrund langer Umschlagszeiten und anderer Besonderheiten nicht angeboten werden könnten.

liche, durch Sprache, Kultur und Abstammung geformte Gesamtheit, gewissermaßen als eine Art lebendiger Organismus, der sich im Laufe von Jahrhunderten herausgebildet habe. Nach außen hin soll sich die Souveränität des Volkes als Nation darstellen. Der Staat sei notwendig, damit ein Volk zur Entfaltung seiner Anlagen kommt.

In der liberalen, individualistischen Sicht entsteht das Volk scheinbar mechanisch aus der Summe der Staatsbürger, die sich in einem bestimmten Gebiet nach Gründen der Zweckmäßigkeit (wie Gewährung von Sicherheit und Eigentum) zusammenschließen. Im Einzelnen selbst soll der Grund für den Staat liegen. Das Volk muss allerdings auch hier als eine gewisse Gesamtheit dem Staat gegenüber zumindest soweit unterstellt sein, um daraus die äußeren Grenzen herzuleiten. Anderenfalls wäre nicht zu begründen, weshalb sich die Menschen nur gebietsweise zu den jeweiligen Staaten zusammenschließen und sich nicht global zu einem Weltstaat addieren.

Aus mehreren Gründen muss sowohl die offen ausgesprochene als auch die versteckte ethnische Sicht der staatlichen Grenzen als unzutreffend zurückgewiesen werden:

Erstens spricht die Analyse des Wirtschaftsprozesses gegen eine ethnische Definition der Staatsgrenzen: Die kapitalistische Epoche besitzt einen inhärent imperialistischen Charakter. Mit seiner allseitigen Durchdringung des Geldverhältnisses löst das Kapital die traditionellen Gemeinschaftsformen auf, schafft sich eine Gesellschaft ganz nach seinem Bilde. Unter solchen Rahmenbedingungen können historisch gewachsene Völker, selbst wenn es sie gegeben hätte, unmöglich zu einem ökonomischen Gliederungsprinzip werden.

Zweitens ist die Tatsache nicht zu übersehen, dass weder Zahl noch Ausdehnung moderner Staaten mit Zahl und Siedlungsgebieten von Völkern zusammenfallen. Bekanntlich bilden z.B. die USA und viele Länder Europas, Asiens und Afrikas ein buntes Völkergemisch, ohne dass deren Ökonomien und Staaten entsprechend zersplittert wären. Ein einheitliches, »organisch gewachsenes Volk« kann dort unmöglich die Grenzen bestimmt haben.

Drittens hat unter anderem die kulturgeschichtliche Schule darauf hingewiesen, dass es sich bei den Völkern um eine moderne Erfindung handeln würde. Wie neuere Forschungen zum Beispiel zur Entstehung europäischer Völker zeigen, gibt es weder eine natürliche, ewige Substanz der Völker, noch eine kontinuierliche Entfaltung ihrer Kultur. Statt-

dessen ist der Nachweis erbracht, dass die Völker nicht sonderlich alt sind; ihre Geschichte beginnt erst im 18. Jahrhundert. Homogene ethnische Gruppen, die bis heute in kaum veränderter Gestalt fortexistieren würden, habe es, wie Geary anhand der europäischen Entwicklung nachweist, nirgends gegeben. »In Wirklichkeit waren die europäischen Völker im ersten Jahrtausend weit wandlungsfähiger, komplexer und dynamischer als moderne Nationalisten es wahrhaben wollen. Viele Völkernamen mögen uns nach eintausend Jahren vertraut erscheinen, die soziale, kulturelle und politische Realität aber, die sie im frühen Mittelalter bezeichneten, unterscheidet sich von der heutigen radikal.«³⁰

Häufig seien die ethnischen Namen konstant geblieben, täuschten eine Kontinuität vor, die es tatsächlich gar nicht gegeben hätte. »Was immer man im 3. Jahrhundert im Königreich des Cniva unter der Bezeichnung ›Gote‹ verstanden haben mag – die Realität eines Goten im Spanien des 6. Jahrhunderts sah, was Sprache, Religion, politische und soziale Organisation, ja sogar Abstammung betrifft, vollkommen anders aus. Eine ebenso unermessliche Kluft unterschied die Franken, die im 4. Jahrhundert von Kaiser Julian geschlagen wurden, und jene, die Chlodwig im 6. Jahrhundert in die Schlacht folgten. Das gleiche gilt für die Römer, deren Transformation in derselben Phase nicht weniger dramatisch verlief....Namen waren erneuerbare Ressourcen und besaßen das Potential, Menschen von Kontinuität zu überzeugen, selbst wenn die gelebte Realität durch radikale Diskontinuität geprägt war.«³¹ Wanderungsbewegungen von Völkern dienten als Vehikel, um mythische »Gründungsurkunden« auf politische Einheiten des 19. Jahrhunderts zu projizieren. Der Vergangenheit würden bis heute Bedeutungsmuster übergestülpt, die dazu dienten, politisch-nationale Ziele zu legitimieren.

Wie man also sieht, beruhen die Staatsgrenzen keinesfalls auf historisch gewachsenen Völkern. Sowohl systematische als auch historisch-empirische Gründe sprechen gegen eine solche Sichtweise. Die ewige Substanz der Völker hat sich als Erfindung herausgestellt. Und dennoch hat man die Existenz von Völkern bei der Definition des Staatsgebiets vorausgesetzt. Wie konstituiert sich das moderne Volk, das dem Staat seine Grenzen definieren hilft?

³⁰ Geary (2002), S. 22

³¹ Geary (2002), S. 135

In der Kategorie des Gesamtkapitals sehe ich den Schlüssel für das Verständnis der modernen Völker. Es wurde bei der Analyse des Gesamtkapitals gezeigt, wie durch eine Reihe von Mystifikationen der Schein erzeugt wird, als wären solche Gesamtkapitale die Wirtschaft eines Volkes und somit das Volk die Voraussetzung, das prius, wodurch Grenzen nach außen hin entstehen. Dieser äußere Schein schlägt sich in besonderer Weise im ethnischen Verständnis der Volkssouveränität nieder. Tatsächlich aber bildet dem inneren Zusammenhang nach das Gesamtkapital die gestaltende Kraft. Es grenzt sich von anderen Gesamtkapitalen ab und erzeugt geopolitische Räume, wodurch die dort lebenden Menschen zum modernen Volk zusammengeschmiedet werden. Die Gesamtkapitale separieren und vereinen die Menschen zu Völkern. Das Volk kann also – wie die kulturgeschichtliche Forschung auch bestätigt hat – keine natürlich gewachsene Einheit sein, sondern wird durch besondere ökonomische Kräfte gebildet. In seiner modernen Existenz ist es zurückgeführt auf das Wirken seines Gesamtkapitals. Die Völker erhalten also erst durch die Gesamtkapitale ihr modernes Dasein. Entsprechend ist die Volkssouveränität nach außen nichts anderes als die mystifizierte Souveränität der Gesamtkapitale, die sich in Konkurrenz zueinander befinden und die kollektiven ökonomischen Subjekte des Weltmarkts bilden.

Die Reproduktion moderner Völker durch die entsprechenden Gesamtkapitale erklärt allerdings noch nicht die historische Entstehung. Wie in der Kapitaltheorie muss auch hier zwischen der historischen Konstitution eines Verhältnisses und der Reproduktion auf fertiger Grundlage unterschieden werden.

Die geschichtliche Entstehung des Gesamtkapitals kann nichts anderes sein als die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise selbst, in deren Mittelpunkt die »ursprüngliche Akkumulation« (Marx) steht. Indem das Kapital die Produktion erobert, formiert es sich zum Gesamtkapital, definiert entsprechend den Teil der Menschheit, der als das auserwählte Volk zu diesem Gesamtkapital gehört.³² Eine solche

³² Die These von der Konstitution der Völker durch die Entstehung der Gesamtkapitale trage ich bewusst einseitig vor, um darin die Hauptsache zu kennzeichnen. Kulturelle Zusammenhänge wie Sprache, Religion etc. und geografische Gegebenheiten spielen allerdings bei der Konstitution der Gesamtkapitale und damit indirekt auch bei der Konstitution moderner Völker eine Rolle, die in einer konkreten historischen Analyse nachzuweisen wäre.

Definition des Volkes ist gewissermaßen ein naturgeschichtlicher Prozess, der sich hinter dem Rücken der Menschen abspielt, dann aber mehr und mehr deren Wollen, Bewusstsein und Absichten bestimmt. Ohne Klarheit von diesen unterirdisch wirkenden Kräften zu haben, meinen die Menschen ihr Zusammengehörigkeitsgefühl als Volk zu spüren, dem sie dann in ihren nationalen Kämpfen Geltung verschaffen. Innerhalb der Grenzen der Gesamtkapitale entdecken sich die Menschen als Völker. Dass es in Wirklichkeit das Kapital in der Gestalt des sich konstituierenden Gesamtkapitals ist, wodurch die Menschen als Volk zusammengebracht werden, bleibt ihnen verborgen. Sie versetzen die Geburtsstunde ihres Volkes so weit in die Geschichte zurück, wie es erforderlich ist, um ihren neuen geopolitischen Raum als »erste Landnahme« zu rechtfertigen.

Eine besondere Rolle spielten hierbei die Geschichtswissenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts.³³ Mittels der Philologie und der Ethnoarchäologie hätten, wie Geary nachweist, die Historiker das Bild von klar einander abgrenzbarer Völker erfunden, die sich durch stabile, objektiv identifizierbare Merkmale wie Sprache, Religion, Brauchtum und Nationalcharakter voneinander unterscheiden würden. Solche Völker sollen entweder in einem fernen Moment der Frühzeit oder während des Mittelalters entstanden sein. Das Territorium, das sie angeblich bewohnten, diente dann den sich herausbildenden Nationen als Anspruchsgrundlage. Die Staaten hätten Apparate der nationalen Selbsterschaffung errichtet, zu denen ehrgeizige Erziehungsprogramme gehörten, um den von den Philologen als Nationalsprache definierten Dialekt innerhalb der geschaffenen oder beanspruchten Grenzen allgemein, d.h. gegen die große Mehrzahl des »Volkes«, die eine andere Sprache verwendeten, durchzusetzen.³⁴ Dabei diente die neue Nationalsprache als selbstver-

³³ »Die modernen Methoden der Geschichtsforschung und -schreibung«, fasst Patrick J. Geary, Professor für Mittelalterliche Geschichte an der University of California in Los Angeles, seine Ergebnisse mit Bezug auf die Philologie und Archäologie zusammen, »sind kein neutrales Instrumentarium der Wissenschaft, sondern wurden speziell zu dem Zweck entwickelt, nationalistische Ziele zu fördern.« Geary (2002), S. 25.

³⁴ Vergleiche dazu auch Hobsbawm (1991): Vor Einführung einer allgemeinen Schulpflicht gab es, wie Hobsbawm bemerkt, keine gesprochenen Nationalsprachen, die fast immer etwas von einem »Kunstprodukt« gehabt hätten. »Sie sind das Gegenteil dessen, wofür die nationalistische Mythologie sie ausgibt, nämlich die archaischen Fundamente einer Nationalkultur und der Nährboden des nationalen Denkens und Fühlens. Sie stellen gewöhnlich Versuche dar, aus einer Vielfalt von gesprochenen Idiomen (...) ein ein-

ständliches Medium zur Vermittlung der Nationalgeschichte. Neben Schulen und Militär erwiesen sich die aufkommenden Massenmedien, der Kunst- und Kulturbetrieb, Denkmäler, Vereine und nicht zuletzt der Sport als wichtige Einrichtungen für die Nationalisierung der Massen.

Es zeigt sich also, dass durch die Existenz von Völkern keine selbständigen Grenzen der Globalisierung geschaffen werden. Als feste ökonomische Barrieren stehen dahinter die auf den ersten Blick unsichtbaren Gesamtkapitale, die sich als Wirtschaft der entsprechenden Völker darstellen und auf diese Weise den Schein erzeugen, als wären es die Völker selbst, die durch ihre Existenz das jeweilige Staatsgebiet definieren würden. In Wirklichkeit sind es die Gesamtkapitale, die geopolitische Räume herstellen, wodurch sowohl die Völker als auch die auswärtigen Grenzen festgelegt werden. Die Staaten führen mit ihren politischen Grenzziehungen nur das Werk ihrer Gesamtkapitale mit anderen Mitteln fort.

Die populistische Seite der Nation

Der Begriff des Volkes steht in einem engen Zusammenhang mit der Nation, die in der Globalisierungsdebatte immer wieder als mögliches Gegenmittel zu den Kräften der Globalisierung angesehen wird. Oftmals verweisen Globalisierungsgegner wehmütig auf die Vielfalt der Kulturen oder gar auf den besonderen Wert der eigenen Kultur, welche durch einen mit der Globalisierung einhergehenden einseitigen Kulturimperialismus verschwinden könnte. Als Reaktion darauf wollen sie das eigene national-kulturelle Element gegen die globalen Kräfte des Finanzkapitals stärken. Als wie robust erweist sich eine solche nationale Grenze und in welchem Verhältnis steht das kulturelle und nationale Element zum Kapital?

heitliches Idiom zu machen, wobei das Problem hauptsächlich darin besteht, welcher Dialekt als Grundlage für die normierte und vereinheitliche Sprache gewählt werden soll. (...) diese Wahl (kann) durchaus willkürlich geschaffen worden sein...Zuweilen ist sie politisch motiviert.« (S. 68) Aus der Fülle von Beispielen, die Hobsbawm als Beleg für die geringe Verbreitung der späteren Nationalsprachen anführt, soll nur das vergleichbar früh zentralisierte Frankreich genommen werden. Das Französische, das Frankreich den Namen gab, wurde zur Zeit der Französischen Revolution »von 50 Prozent der Franzosen überhaupt nicht und nur von 12 bis 13 Prozent »richtig« gesprochen. (...) außerhalb einer Zentralregion wurde es in der Regel nicht einmal im Gebiet der langue d'oui ständig gesprochen, mit Ausnahme der Städte (und selbst dort nicht immer auch in den Vorstädten). In Nord- und Südfrankreich sprach so gut wie niemand Französisch.«(S. 75)

Auf den ersten Blick scheint das nationale Element schwer erklärbar zu sein, so vielfältig ist seine Erscheinungsweise und so unterschiedlich die Intensität, mit der seine verschiedenen Formen hervortreten. In der Theorie wird mal die subjektive, psychologische Seite der Nation zur Hauptsache gemacht,³⁵ ein anderes Mal erfolgt die Definition der Nation entlang sachlicher Merkmale. Zieht man etwa die ethnischen Merkmale heran, dann scheint die Nation in einer ethnischen »Abstammungsgemeinschaft« zu bestehen, werden hingegen kulturell-sprachliche Merkmale in den Vordergrund gerückt, dann meint man, es handle sich um eine »Kulturnation«. Die Folgerungen, die Nation sei eine Sprachgemeinschaft, eine Abstammungsgemeinschaft etc. verallgemeinert nicht nur eine besondere Form und übersieht damit die Vielfalt nationaler Erscheinungsweisen, sondern macht eine besondere Form zur Hauptsache. Was ist das Gemeinsame, das hinter der äußeren Vielfalt steckt?

Das, was die Nationen, etwa die deutsche, französische, US-amerikanische oder japanische, gemeinsam haben, ist der kommerzielle, gegensätzliche Charakter ihrer auswärtigen Interessen. Das Kapital eines Landes soll durch politische Mittel geschützt und gefördert werden gegenüber der auswärtigen Konkurrenz. Solche Interessen sind durch die entsprechenden Gesamtkapitale festgelegt. Dieser ökonomische Kern der Nation enthält immer einen äußeren Gegensatz, der durch die Dauerkonkurrenz der Gesamtkapitale stets erneuert wird.

Die große Bedeutung, die gerade die kommerzielle Seite für den modernen Begriff der Nation besitzt, zeigt sich im historischen Vergleich: Der Name »Nation« taucht bereits im Mittelalter auf, allerdings noch

³⁵ Für John St. Mill bildet ein Teil der Menschheit erst dann eine Nationalität, wenn seine Glieder durch gemeinsame Gefühle geeint sind, die zwischen ihnen und anderen nicht bestehen. Ein solches Nationalgefühl kann, wie er meint, seinen Ursprung in verschiedenen Ursachen (Gleichheit von Rassen und Abstammung, Gemeinsamkeit der Sprache, der Religion) haben. »Die stärkste von allen ist jedoch die Gemeinsamkeit des politischen Schicksals.« Mill (1873), S. 220. Ernest Renan definiert in seiner berühmten Rede »Was ist eine Nation?« aus dem Jahre 1882 die Nation als »ein geistiges Prinzip, das aus tiefen Verwicklungen der Geschichte resultiert, eine spirituelle Familie... Das Dasein einer Nation ist ... ein tägliches Plebiszit.« (1882), S. 307 und 309. Solche Vorstellungen tauchten in der späteren Diskussion immer wieder auf: »Wir müssen nicht aus der Nation das Nationalbewusstsein, sondern umgekehrt aus dem Nationalbewusstsein die Nation ableiten.« Oppenheimer (1923), S. 644. »Nationalismus ist eine Geisteshaltung, von der die Mehrheit der Bevölkerung ergriffen ist und die den Anspruch erhebt, die Gesamtheit der Bevölkerung erfassen zu können.« Kohn (1944), S. 23

mit einem völlig anderen Bedeutungsinhalt. Es fehlte sowohl der Gegensatz, die latente Feindseligkeit gegenüber anderen Nationen als auch das Bewusstsein der eigenen Identität.³⁶ Eine tief empfundene Interessengemeinschaft zwischen Adel, Bauern, Handwerkern oder Händlern war in der mittelalterlichen Ständegesellschaft gar nicht möglich. Auch lag den damaligen Dichtern, Philosophen, Künstlern etc. völlig fern, ihre Selbstidentifizierung in der frühen Geschichte der Völkerwanderung zu suchen. Sie identifizierten sich vielmehr mit der Gesellschaft und Kultur der Römer und nicht mit den Opfern des römischen Kaiserreichs. Erst in der späteren Renaissance, als die aufsprießenden Keime einer kapitalistischen Gesellschaft ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl weckten, suchte man seine Identität mehr und mehr bei den Germanen, den Galliern oder den Slawen.³⁷ Die harmlose und eher zufällige Kategorisierung von Menschen nach Nationen sollte bald in die bis heute fortbestehenden Gegensätze umschlagen, wobei die territorialen Elemente, die Heimstätten der Gesamtkapitale, eine besondere Rolle spielen.

Zurück zu den Formen der Nation. Wir haben es hierbei mit einem zweistufigen Prozess der Mystifikation zu tun: Zunächst erscheinen die miteinander konkurrierenden Gesamtkapitale unter der Form verschiedener Volkswirtschaften, d.h. als die Wirtschaft der jeweiligen Völker. Das gemeinsame auswärtige Interesse eines Gesamtkapitals erhält die politische Form eines Volksinteresses. Zugleich verliert der gegensätzliche Charakter des Interesses seinen Kapitalbezug und stellt sich als Interessengegensatz der Völker dar. Nun handelt es sich nicht mehr nur um die politische Form eines Volksinteresses, sondern um das Interesse

³⁶ »Das entscheidende Charakteristikum der modernen Nation (...) ist ihre Modernität. (...) Für das spanische Wörterbuch von 1726 (...) bedeutet das Wort patria oder das volkstümlichere tierra, die Heimat, lediglich den »Ort, die Gemeinde oder das Land, wo jemand geboren ist« oder »jene Gegend, Provinz oder jener Landstrich einer Herrschaft«. (...) Erst 1884 wurde tierra mit dem Staat verbunden, und erst 1925 hören wir den emotionalen Beiklang des modernen Patriotismus, der patria, definiert als »unsere eigene Nation, mit der Gesamtheit materieller und immaterieller Dinge in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, denen die liebevolle Treue von Patrioten gehört.« Hobsbawm (1991), S. 25ff. Im Niederdeutschen des Mittelalters hat der Begriff »natie«, der kaum allgemeine Verwendung gefunden haben sollte, noch nicht die Mitbedeutung von »Volk«, die er erst im 16. Jahrhundert annimmt. Wie im mittelalterlichen Frankreich bezeichnet »natie« die Geburt und die Abstammungsurkunde. Vergleiche Hobsbawm (1991), S. 27

³⁷ Geary (2002), S.29

eines bestimmten Volkes im Unterschied und im bewussten Gegensatz zum Interesse eines anderen.

Der Bezug auf das Kapitalverhältnis ist bereits vernebelt, bevor die Mystifikationen auftreten, die mit dem Begriff der Nation verbunden sind. Was die Nation dann noch hinzufügt, ist lediglich die spezielle politische Form, unter der das Volksinteresse nach außen hin ausgefochten wird. Wie unterscheiden sich die Völker, wenn nicht durch ihre tatsächlichen oder eingebildeten gemeinsamen kulturellen, religiösen, politischen, biologischen oder geografischen Merkmale. Solche Kriterien dienen sowohl der Abgrenzung als auch der eigenen Identifikation. Durch die auswärtige Konkurrenz werden die kulturellen oder natürlichen Unterschiede in einen nationalen Gegensatz transformiert. Auf diese Weise erhalten die Konkurrenzkämpfe der Gesamtkapitale den Schein von kulturellen oder ethnischen Konflikten. Meist ist dann nur noch diese äußere kulturelle bzw. natürliche Hülle sichtbar, während der bittere ökonomische Kern darunter versteckt bleibt. Hier nun haben wir den Begriff der Nation: Die besondere politische Form, unter der das Interesse eines Volkes – dem inneren Zusammenhang nach das Interesse des entsprechenden Gesamtkapitals – nach außen hin, gegenüber anderen Völkern vertreten wird, ist die Nation. Das Volk bildet nur insofern eine Nation, als es in Konkurrenz zu anderen Völkern steht, also einen ökonomischen Kampf dagegen führen muss.³⁸

Zur Illustration von Form und Inhalt der Nation soll der aktuelle Nationalismus der USA dienen. Man versucht dort das offensichtliche ökonomische Interesse im Irak auszublenden. Wie Jeremy Rifkin, Politikberater und Leiter der »Foundation on Economic Trends« in Washington beobachtet hat, glaubten die meisten US-Bürger ihrem Präsidenten, »wenn er von der moralischen Pflicht spricht, die Welt vor Saddam Husseins pathologischem Eifer zu schützen...Und doch wundere ich mich über die fast völlige Ausblendung der Öl-Connection durch die Politiker und großen Medien in Amerika.«³⁹ Rifkin schält im Weiteren das ökonomische US-Interesse heraus, nennt es vorsichtig das »zweite

³⁸ Die Nation als Kennung eines Volkes im Unterschied zu einem anderen prägt die entsprechenden Institutionen. Nach außen hin besitzt der Staat nun die Form eines Nationalstaats. Auch die Volkswirtschaft, die ich bereits stillschweigend mit einer nationalen Ökonomie gleichgesetzt habe, erhält eigentlich erst jetzt dieses Attribut. Nach außen hin, also unter dem Gesichtspunkt der Vielzahl konkurrierender Volkswirtschaften, nehmen diese den Charakter von National-Ökonomien an.

³⁹ Rifkin, Tagesspiegel vom 26.11.2002

Motiv« des Krieges im Unterschied zu den offiziellen Zielen (»moralische Pflicht«).

Rifkin deutet aber nicht nur den ökonomischen Inhalt (»zweites Motiv«) und die Form (»erstes Motiv«) der Nation an, er gibt zugleich Hinweise, warum es unbedingt der Form bedarf. Die meisten US-Bürger, meint Rifkin, wären davon überzeugt, dass ihre Regierung niemals bloß deshalb ein Land angreifen würde, »um Beute zu machen oder geopolitische Interessen durchzusetzen«. Dieses »zweite Motiv« sollte kaum ausreichen, um die nötigen Kriegsoffer zu bringen. Also braucht man, was Rifkin nicht mehr auszudrücken wagt, das gemeinsame, höhere moralische Anliegen, um auf diese Weise alle zum Mitmachen zu bewegen. Dies ist die Funktion der Nation. »Ja ich bin mir sicher, dass das amerikanische Volk einen Krieg gegen den Irak oder gegen ein anderes Land am Persischen Golf niemals gutheißen würde, wenn es bloß (!) Ölfelder zu erobern gäbe«. Der schnöde Mammon im Interesse der Konzerne reicht dem einfachen Bürger natürlich nicht aus, um sein Blut auf dem Schlachtfeld zu verspritzen oder einen Teil seines bitter verdienten Einkommens in Kriegen verschwenden zu lassen. Man stirbt nicht für Geschäfte sondern nur für Ideale; teures Blut soll sich freudig hingeben im Kampf gegen das Böse und für die Ehre der Nation.

Das nationale Element tritt im Zeitverlauf keineswegs gleichmäßig hervor. Es erhält einen besonders auffälligen Charakter, wenn sich der Staat bei Handelskriegen, im Vorfeld von Kriegshandlungen und vor allem in Zeiten tatsächlicher Kriege besonders gefordert sieht, die Volksmassen für sich in Bewegung zu setzen. Das in normalen Zeiten eher »unauffällige« Nationalgefühl wird zum Nationalhass gesteigert, wenn der Nationalstaat in Gefahr gerät oder seine Souveränität erst erkämpfen muss.⁴⁰ Dabei kommt eine einfache Regel zum tragen: Je größer die

⁴⁰ »Da ist der Hass gegen das fremde Volk nicht allein erlaubt, sondern geboten«, schrieb der einflussreiche nationale Propagandist Ernst Moritz Arndt 1813 mit Blick auf die Herstellung einer deutschen Nation. Der innere Zusammenhang von Ökonomie und dem Aufbrechen nationaler Gefühle ist ihm wie auch den späteren Autoren unbekannt geblieben. Die nationale Feindschaft siedelt er in der Kultur, insbesondere der Sprache an. »Jener Hass, den ich eben berührt habe, der aus angeborenen Verschiedenheiten der Völker entspringt, möge ich einen äußeren Hass nennen; innerlich wird er, wenn ein Volk sich einmal des Frevels unterstanden hat, seine Nachbarn unterjochen zu wollen: dann brennt er bei edlen Völkern unauslöschlich. So muss bei den Teutschen jetzt der Hass brennen gegen die Franzosen, denn sie haben sich der Kühnheit erfrecht, ein Volk unterjochen zu wollen...nein, wir sollten sie hassen, weil sie schon über drei Jahrhunderte unsere Freiheit hinterlistig belauert haben.« Arndt (1813), S. 329

Ziele sind, die der Staat durchsetzen will, desto mehr ist er auf das Mitmachen seines Volkes angewiesen. Hier liegt der Grund, warum der in Friedenszeiten vielfach kritisierte Nationalismus in Kriegszeiten zur Normalform wird. Gerade in derart kritischen Zeiten müssen Staat und Medien die breiten Volksmassen zur persönlichen Bewältigung der anstehenden Kriegsoffer intensiv vorbereiten. Eine nationale Sonderbehandlung wird nötig. Würden denn sonst die Soldaten mitmachen, wenn ihr Blut nicht für eine besonders ehrenwerte nationale Angelegenheit, sondern schlicht für die Bereicherung von Rüstungs- und Ölkonzernen, für Absatzmärkte, Rohstoffe oder für politische Einflussphären fließen soll?

Weil Opfer und Leid derart eng mit der Nation verknüpft sind, hat Ernest Renan in seinem bis heute berühmt gebliebenen Aufsatz »Was ist eine Nation?« darin die Hauptsache gesehen: »Ich habe soeben gesagt: ›Gemeinsam gelitten haben‹. Ja, das gemeinsame Leiden eint mehr als die Freude... Eine Nation ist also eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist.«⁴¹

Der Nationalismus besitzt notwendigerweise eine populistische Seite, spricht die Gefühlsebene an, erweckt Helden und Mythen der Vergangenheit zu neuem Leben. Es versteht sich für die Geschichte des Nationalismus von selbst, dass solche Suche nach den Ursprüngen leicht zur reinen Erfindung wird, in der Legenden und Mythen einander abwechseln. Die kritische Nationalismusforschung hat den Nationalismus als »ein im Innersten modernes Phänomen«⁴² nachgewiesen und ihn als eine Folgeerscheinung des besonderen Charakters unserer heutigen Welt allgemein angedeutet. Allerdings hat man nirgends die Entstehung des Nationalismus mit dem Kapital selbst, d.h. mit der spezifischen gesellschaftlichen Form der heutigen Ökonomie in Verbindung gebracht.

Kritisch gegen manche Vorstellungen innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung soll hier das Resultat festgehalten werden, dass die nationalen Elemente keine übrig gebliebenen, vorkapitalistischen Formen sind, die nach Belieben gegen die Globalisierung als äußere Barriere eingesetzt werden können. Die moderne Nation ist vielmehr die mysti-

fizierte politische Kampfform der jeweiligen Gesamtkapitale gegenüber anderen, eine populäre Art, um die breite Masse des Volkes einzubinden.

Der im Begriff der Nation enthaltene Gegensatz ist durch das kommerzielle Interesse der Gesamtkapitale gegeben. Würde man von diesem Gegensatz abstrahieren, zerfielen die Nation in ihre verschiedenen Erscheinungsformen, wobei sich dann die kulturellen, sprachlichen oder natürlichen Besonderheiten als harmlose, interessante Unterschiede darstellen würden. Die Absicht, die Kultur als Kampfmittel gegen die Globalisierung einzusetzen, bedeutet, die Kultur in ihrer nationalen Form einzusetzen, deren Inhalt nur das kommerzielle Interesse eines oder mehrerer Gesamtkapitale gegenüber anderen sein kann. Die Globalisierung lässt sich damit zwar »begrenzen«, jedoch es sind Grenzen, die mit dem Kapital selbst gesetzt sind. Einer Antiglobalisierungsbewegung bedarf es dazu nicht; die durch die eigengesetzliche Reproduktion der Gesamtkapitale stumm erzeugten ökonomischen Grenzen sind Hindernis genug, um die Globalisierung in Richtung einer einheitlichen Weltwirtschaft abzubremsen. Das Kapital selbst bewegt sich im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalisierung. Eine politische Bewegung, die sich zwischen solchen Grenzpfählen bewegt, kann nicht mehr sein als Spielball der jeweiligen Kapitalinteressen.

⁴¹ Renan (1882), S. 309

⁴² Gellner (1999), S. 151; Vergleiche auch Geary (2002), Anderson (1998), Hobsbawm (1991).

Ergebnis

In dieser Untersuchung wurde die Theorie des Finanzkapitals, mit der die Globalisierungsthese theoretisch fundiert worden ist, in dreifacher Hinsicht kritisiert:

Erstens habe ich die fehlende Konsistenz dieser Theorie, ihre Geschichtslosigkeit und Oberflächlichkeit sowie die Vernachlässigung des wirklichen Reproduktionszusammenhangs mit der damit einhergehenden Überschätzung des »Finanzkapitals« aufgezeigt: Sie hinterfragt nur wenig die aktuellen Entwicklungstendenzen, stellt diese kaum in einen historischen Zusammenhang, verlängert sie bruchlos in die Zukunft, vernachlässigt Gegentendenzen, so dass sich die Globalisierungsdebatte in Widersprüchen verwickelt und ihr schwerwiegende Fehleinschätzungen unterlaufen. Die These von der Hegemonie des Finanzkapitals musste als unbegründet und widersprüchlich zurückgewiesen werden. Damit sind die Konsequenzen fragwürdig, die aus der falschen Vorstellung vom Finanzkapital gezogen werden. Es muss bezweifelt werden, dass der Staat tatsächlich in einer »Globalisierungsfalle« steckt und dass es eine Tendenz in Richtung einer Auflösung der Nationalstaaten bzw. Nationalökonomien tatsächlich gibt.

Zweitens versuchte ich, die theoriegeschichtlichen und systematischen Bezüge der heutigen Diskussion zur Hilferdingschen Theorie des Finanzkapitals nachzuweisen. Dabei hat sich gezeigt, dass die moderne Globalisierungsdebatte den klassischen Hilferdingschen Begriff des Finanzkapitals weitgehend übernommen hat, ohne allerdings die theoretische Tiefe des Klassikers erreicht zu haben. Indem ich die Irrwege und Mythenbildungen in der entwickelteren klassischen Theorie aufzeigen konnte, habe ich zugleich die heutigen, weniger entwickelten Vorstellungen umfassend kritisiert. Die Widerlegung der Hilferdingschen Theorie liefert den Schlüssel zur Beurteilung der Globalisierungsdebatte unserer Zeit.

Die dritte Ebene meiner Kritik bildete die positive Darstellung des ökonomischen Reproduktionszusammenhangs einschließlich der nationalstaatlichen Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind. Mein Ziel be-

stand darin, einerseits die nationalökonomischen Grenzen der Globalisierung aufzuzeigen, die in der heutigen Diskussion übersehen werden, andererseits die dort genannten politischen und nationalen Grenzen einer Prüfung zu unterziehen. Ich habe versucht nachzuweisen, dass sich das Kapital makroökonomisch entlang seiner Verwertungsgrenzen als voneinander getrennte Gesamtkapitale formiert. Hier wirkt das Gesetz der Repulsion von Kapitalen unterschiedlicher Verwertung. Resultat davon ist ein sich stets erneuerndes Netz von Gesamtkapitalen, das sich über den gesamten Globus legt. Wie in der politischen Ökonomie generell zeigte sich auch bei der Analyse der Gesamtkapitale, dass sich in der Erscheinung die Dinge oft verkehrt darstellen. Solche Mystifikationen lassen die Gesamtkapitale als Volkswirtschaften bzw. Nationalökonomien erscheinen. Hierbei handelt es sich keinesfalls um die bloße Aggregation von Einzelwirtschaften, sondern um Gebilde eigener Art, die sich eigengesetzlich reproduzieren. Während die kapitalistische Ökonomie einerseits eine spezifische Art der Globalisierung schafft, indem sie den Weltmarkt fortentwickelt, erzeugt sie andererseits durch ihre territoriale Verankerung ein System von Nationalökonomien mit entsprechenden ökonomischen Grenzen, die eine wirkliche Weltwirtschaft oder Globalökonomie verhindern. Vernarrt in den Begriff des Finanzkapitals, hat die Globalisierungsdebatte solche dem Kapital immanenten Grenzen ausgeblendet. Meine Theorie des nationalen Gesamtkapitals verstehe ich als Gegenthese sowohl zur Theorie des Finanzkapitals als auch zu der daraus abgeleiteten Globalisierungsvorstellung.

Des Weiteren habe ich in einer Analyse des Verhältnisses von Ökonomie und Staat nachzuweisen versucht, dass die Gestaltungsmöglichkeiten, die staatliche Politik in der Globalisierungsfrage besitzt, durch die Interessen der jeweiligen Nationalökonomien festgelegt werden. Anders als manche Globalisierungskritiker meinen, können weder die staatlichen bzw. nationalen Grenzen noch die Besonderheiten von Völkern eigenständige Begrenzungsmittel der Globalisierung bilden. Solche Grenzen haben nationalökonomische Voraussetzungen. Es sind die auf den ersten Blick unsichtbaren Gesamtkapitale, die geopolitische Räume herstellen, wodurch sowohl die Völker als auch deren wirtschaftliche Grenzen festgelegt werden. Die Staaten setzen das Werk ihrer entsprechenden Gesamtkapitale mit anderen, nun politischen Mitteln fort, wenn sie ihre äußeren nationalen Grenzen fixieren und diese durch geeignete Maßnahmen mal mehr, mal weniger hervortreten lassen.

Die hier angesprochene Trennung von Politik und Ökonomie ergibt sich aus der »unpolitischen« Existenzweise der Gesamtkapitale. Als lediglich funktional-ökonomische Gebilde können die Gesamtkapitale ohne eine gemeinschaftliche Ergänzung jenseits der eigenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unmöglich existieren. Auch wenn sich das politische Moment notwendig absondern muss, bleibt es auf das Gesamtkapital bezogen.

Staatliche Politik ist demnach nicht, wie in der Theorie vom Finanzkapital und der daraus abgeleiteten Globalisierungsthese unterstellt wird, ein frei handhabbares Mittel, das willkürlich von außen gegen die Kräfte einer ökonomischen Globalisierung eingesetzt werden kann, sie ist vielmehr inhaltlich durch die Ökonomie selbst festgelegt. Das geforderte »Primat der Politik« hilft wenig, die Kräfte des Kapitals zu zähmen; die Forderung selbst ist nur Resultat solcher Kräfte. Politisch lässt sich zwar die Globalisierung begrenzen, jedoch es handelt sich hierbei um Grenzen, die mit dem Kapital selbst gesetzt sind. Einer Antiglobalisierungsbewegung bedarf es dazu jedenfalls nicht; die vom Gesamtkapital stumm erzeugten ökonomischen Grenzen sind Hindernis genug, um die Globalisierung in einer gewünschten Weise abzubremsen.

Literatur

- Albrow, Martin (1998): Abschied vom Nationalstaat, Frankfurt/M.
- Altvater, E./Blanke, B./Neusüß, C. (1971): Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: Prokla Nr. 1, S. 5ff.
- Altvater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung. Der Fall Brasilien, Hamburg
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung, Münster
- Anderson, Benedict (1998): Die Erfindung der Nation, Frankfurt/M.
- Arndt, Ernst Moritz (1813): Über Volkshass, in: Grenzfälle – Über neuen und alten Nationalismus, Hrsg. M. Jeismann/H. Ritter, Leipzig 1993
- Beck, Ulrich (1998): Was ist Globalisierung? Frankfurt/M
- Biermann, Werner/Klönne, Arno (2001): Globale Spiele. Imperialismus heute – das letzte Stadium des Kapitalismus? Köln
- Boisguilbert, Pierre le Pesant de (1986, zuerst 1712): Denkschrift zur wirtschaftlichen Lage im Königreich Frankreich. Übersetzt von Achim Toepel, Berlin
- Borchardt, Knut (2001): Anmerkung und Versagen. Ein Jahrhundert wechselnder Einschätzungen von Rolle und Leistung der Volkswirtschaftslehre in Deutschland, S. 200ff., in: Reinhard Spree (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München
- Bourdieu, Pierre/Eppler, Erhard/Ohr, Renate/Zwicker, Klaus (2000): Neue Wege der Regulierung. Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik, Hamburg
- Braunmühl, Claudia von (1973): Weltmarktbeziehung des Kapitals, Imperialismus und Staat, in: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, S. 11ff., Frankfurt/M.
- Braunmühl, Claudia von (1974): Kapitalakkumulation im Weltmarktzusammenhang. Zum methodischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Nationalstaats, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie Nr. 1, Frankfurt/M.
- Braunmühl, Claudia von (1976): Die nationalstaatliche Organisiertheit der bürgerlichen Gesellschaft. Ansatz zu einer historischen und systematischen Untersuchung, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie Nr. 8/9, S. 273ff., Frankfurt/M.
- Bucharin, Nikolai (1969, zuerst 1917): Imperialismus und Weltwirtschaft, Frankfurt/M.
- Bücher, Karl (1908): Die Entstehung der Volkswirtschaft, Vorträge und Versuche, 6. Auflage, Tübingen
- Burnham, Peter (1996): Kapital, Krise und das Internationale Staatensystem, in: Wildcat-Zirkular Nr. 30/31
- Busch, Andreas/Plümper, Thomas (1999): Nationaler Staat und internationale Wirtschaft, Baden-Baden 1999
- Busch, Andreas (1999): Die Globalisierungsdebatte. Ein einführender Überblick über Ansätze und Daten, in: Busch/Plümper
- Busch, Klaus (1974): Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbeziehung des Kapitals, Frankfurt/M.

Busch/Schöller/Seelow (1971): Weltmarkt und Weltwährungskrise, Bremen
 Conrad, Otto (1934): Die Todsünde der Nationalökonomie, Leipzig, Wien
 Dahrendorf, Ralf (2002): Die Krise der Demokratie, München
 Deutsch, K. W. (1966): Nationalism and Social Communication, Cambridge/
 Mass.
 Deutsch, K. W. (1972): Nationenbildung – Nationalstaat – Integration. Hrsg.
 von A. Ashkenasi und P. Schulze, Düsseldorf
 Forrester, Vivian (1997): Der Terror der Ökonomie, München
 Forrester, Vivian (2001): Die Diktatur des Profits, München/Wien
 Gahlen, Bernhad (1995): Standort und Region. Neue Ansätze zur Regionalöko-
 nomie, Tübingen
 Geary, Patrick J. (2002): Europäische Völker im frühen Mittelalter. Zur Legen-
 de vom Werden der Nationen, Frankfurt/M.
 Gellner, Ernest (1999): Nationalismus. Kultur und Macht, Berlin
 Giddens, Anthony (2001): Entfesselte Welt, Frankfurt/M.
 Girschner, Christian (1999): Politische Ökonomie und Weltmarkt, Köln
 Gutenberg, Erich (1973): Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band 1: die
 Produktion, Berlin/Heidelberg/New York
 Habermas, Jürgen (1998): Jenseits des Nationalstaates? Bemerkungen zu Fol-
 ge-problemen der wirtschaftlichen Globalisierung, in: Beck, Ulrich (Hrsg.):
 Politik der Globalisierung, Frankfurt/M.
 Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frank-
 furt/M.
 Harms, Bernhard (1925, zuerst 1912): Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Ver-
 such der Begründung einer Weltwirtschaftslehre, Verlag von Gustav Fischer,
 Jena
 Hilferding, Rudolf (1973, zuerst 1910): Das Finanzkapital, 2. Auflage Frank-
 furt/M.
 Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und
 Politik im globalen Kapitalismus, Berlin/Amsterdam
 Hobsbawm, Eric J. (1991): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität
 seit 1780, München
 Hofmann, Werner (1969): Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Reinbek
 bei Hamburg
 Hofmann, Werner (1971): Sozialökonomische Studientexte, 3 Bände: Wert- und
 Preislehre, Einkommenstheorie, Theorie der Wirtschaftsentwicklung, Berlin
 Holloway, John (1995): Globales Kapital und Nationalstaat, in: Wildcat-Zirkul-
 ar, Nr. 28/29
 Huffschnid, Jörg (1999): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg
 Kant, Immanuel (1795): Zum ewigen Frieden, in: Kant, Der Streit der Facultä-
 ten, Köln 1995
 Keynes, John Maynard (1994, zuerst 1936): Allgemeine Theorie der Beschäfti-
 gung, des Zinses und des Geldes, Berlin
 Kirchhoff, A. (1905): Zur Verständigung über die Begriffe Nation und Nationa-
 lität, Halle a. S.
 Kohn, Hans (1962, zuerst 1944): Die Idee des Nationalismus, Frankfurt/M.
 Kruse, Alfred (1965): Aussenwirtschaft. Die internationalen Wirtschaftsbezie-
 hungen, Berlin

Kurz, Robert (1999): Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Markt-
 wirtschaft, Frankfurt/M.
 Lenin, W.I. (1984, zuerst 1916): Der Imperialismus als höchstes Stadium des
 Kapitalismus, Berlin
 List, Friedrich (1982, zuerst 1841): Das nationale System der politischen Öko-
 nomie. Herausgegeben von Günter Fabiunke, Berlin
 List, Friedrich (1961, zuerst 1838): Das natürliche System der politischen Öko-
 nomie. Übersetzt von Günter Fabiunke, Berlin
 Luttwak, Edward (1999): Turbo-Kapitalismus. Gewinner und Verlierer der Glo-
 balisierung, Hamburg/Wien
 Luxemburg, Rosa (1974, zuerst 1895/96a): Der Sozialpatriotismus in Polen, in:
 Gesammelte Werke Bd. 1/1, Berlin
 Luxemburg, Rosa (1974, zuerst 1895/96b): Neuere Strömungen in der polni-
 schen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Österreich, in: Gesam-
 melte Werke Bd. 1/1, Berlin
 Luxemburg, Rosa (1974, zuerst 1898): Die industrielle Entwicklung Polens, in:
 Gesammelte Werke Bd. 1/1, Berlin
 Luxemburg, Rosa (1975, zuerst 1913): Die Akkumulation des Kapitals. Ein
 Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Gesammelte Werke
 5, Berlin
 Luxemburg, Rosa (1975, zuerst 1921): Die Akkumulation des Kapitals oder
 Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik.
 In: Gesammelte Werke 5, Berlin
 Mandel, Ernest (1972): Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M.
 Martin, Hans-Peter/Schumann, Harald (2002): Die Globalisierungsfalle. Der
 Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek bei Hamburg, 7. Auflage
 Marx, Karl (MEW 1): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Berlin 1974
 Marx, Karl/Engels, Friedrich (MEW 3): Die deutsche Ideologie, Berlin 1969
 Marx Karl/Engels, Friedrich (MEW 4): Manifest der Kommunistischen Partei,
 Berlin 1974
 Marx, Karl (MEW 23): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1,
 nach der vierten von Friedrich Engels herausgegebenen Auflage, Berlin 1970
 Marx, Karl (MEW 24): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 2,
 Berlin 1970
 Marx, Karl (MEW 25): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3,
 Berlin 1968
 Marx, Karl (MEW 26.1): Theorien über den Mehrwert, Band 1, Berlin 1970
 Mies, Maria (2001): Globalisierung von unten. Der neue Kampf gegen die wirt-
 schaftliche Ungleichheit, Hamburg
 Mill, J. St. (1873): Betrachtungen über Repräsentativ-Regierungen, in: Gesam-
 melte Werke, Bd. 8, Leipzig
 Mun, Thomas (1911, zuerst 1664): Englands Schatz durch den Außenhandel.
 Nach der Originalausgabe (1664) ins Deutsche übertragen von Rudolf Blach,
 Leipzig 1911
 Neustuß, Christel (1972) Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals,
 Erlangen
 Niehaus, Jürg (1995): Geschichte der Außenwirtschaftstheorie, Tübingen
 Oppenheimer, F. (1923): System der Soziologie, Bd. 1/2, Jena

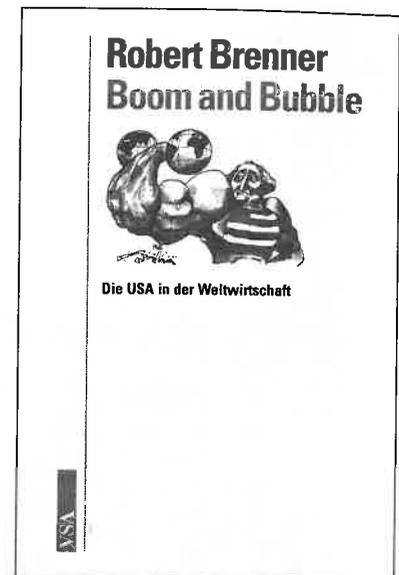
- Öner, Özgür (2002): Nation, Nationalismus und Globalisierung, Köln
- Pietranera, Giulio (1974): R. Hilferding und die ökonomische Theorie der Sozialdemokratie, Berlin 1974
- Predöhl, Andreas (1949): Außenwirtschaft, 2. neubearbeitete Auflage, Göttingen
- Renan, Ernest (1882): Was ist eine Nation?, in: Grenzfälle – Über neuen und alten Nationalismus, Hrsg. M. Jeismann/H. Ritter, Leipzig 1993
- Ricardo, David (1972, zuerst 1821): Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, Hrsg. von F. Neumark, Frankfurt/M.
- Rifkin, Jeremy (2000): Access. Das Verschwinden des Eigentums, Frankfurt/M.
- Rosdolsky, Roman (1974): Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital«, 2 Bände, Frankfurt/M.
- Rosecrance, Richard (2001): Das globale Dorf. New Economy und das Ende des Nationalstaats, Düsseldorf
- Sandleben, Guenther (1998): Drei Gesichter des Kapitals. Globalität, Nationalität, Individualität, in: Kalaschnikow, 2/98
- Schulze, Günther G./Ursprung, Heinrich W. (1999): Globalisierung contra Nationalstaat? Ein Überblick über die empirische Evidenz. In: Andreas Busch/Thomas Plümper (Hrsg.): Nationaler Staat und internationale Wirtschaft, Baden-Baden
- Smith, Adam (1993, zuerst 1789): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, Hrsg. von H.C. Recktenwald, München
- Soros, George (1998): Die Krise des globalen Kapitalismus, Berlin
- Soros, George (2001): Die offene Gesellschaft. Für eine Reform des globalen Kapitalismus, Berlin
- Sozialistische Studiengruppen (1981): Kapitalistische Weltwirtschaft, Hamburg
- Stiglitz, Joseph (2002): Schattenseiten der Globalisierung, Berlin
- Thurow, Lester C. (2001): Die Reichtumspyramide, Düsseldorf
- Tugan-Baranowsky, Michael von (1901): Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England, Nachdruck der Ausgabe Jena
- Wehler, Hans-Ulrich (2001): Nationalismus, München
- Wolf, Winfried (2000): Fusionsfieber oder: Das große Fressen, Köln

VSA: Politische Ökonomie



Jörg Huffs Schmid zeigt, wo Ansatzpunkte für eine wirtschaftspolitische Beschränkung und Steuerung des Finanzkapitals gegeben sind. Aktualis. und erw. Neuauflage 288 Seiten, Abbildungen, EUR 16.50 ISBN 3-87975-863-8

Joachim Bischoff
Flexibler Kapitalismus
 176 Seiten; EUR 14.80
 ISBN 3-89965-034-4



Aus dem Amerikanischen von F.O. Wolf
 »Brenners Buch ist harte, aber verständliche politökonomische Schule und untersucht die Entwicklungen der Weltökonomie v.a. der letzten Dekade.«
 350 Seiten; EUR 24.80
 ISBN 3-87975-886-7

Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.)
»Euro-Kapitalismus« und globale politische Ökonomie
 240 Seiten; EUR 16.50
 ISBN 3-89965-048-4

Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/
 Andreas Nowak (Hrsg.)
Mit Marx ins 21. Jahrhundert
 Zur Aktualität der Kritik der Politischen Ökonomie
 240 Seiten; EUR 15.50
 ISBN 3-89965-017-4
www.vsa-verlag.de

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
 St. Georgs Kirchhof 6
 20099 Hamburg
 Tel. 040/28 05 05 67
 Fax 040/28 05 05 68
 mail: info@vsa-verlag.de